

LATEIN AMERIKA

NACHRICHTEN

Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN informieren zuverlässig. Berichten engagiert. Analysieren Zusammenhänge. Mischen mit in der Solidaritätsbewegung. Sind selbst-verständlich-kritisch. Bringen jeden Monat Aktuelles und Hintergründe

- über Guerilleros, Generäle und Genlabors
- über Filme, Fidel und Finanzen
- über Atomanlagen, Armut und Aufstandsbekämpfung
- über Weltbank, Wohl- und Widerstand
- über Liebe, Linke und Landreform
- über Bush, Bananen und Befreiung
- über Urwald, Urlaub und und und

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN. Die Monatszeitschrift zu Lateinamerika. Seit 16 Jahren abhängig nur von ihren AbonnentInnen.

LATEIN AMERIKA

NACHRICHTEN

- Bitte schickt mir ein kostenloses Probeheft.
- Ich möchte ein Probe-Abo für 3 Monate (verlängert sich nicht automatisch; 10,- DM bitte Vorkasse, Verrechnungsscheck oder Briefmarken)
- Gute Idee, Ich will die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN verschenken. (für 1 Jahr, ab ___) Geschenkabo an _____
- Ich abonniere die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ab sofort/ab Heft _____*
- Ich bestelle folgende Bücher aus dem Vertrieb der LN: _____

Datum

Unterschrift

* Jahresabo (11 Hefte) incl. Porto: Inland und Europa DM 55,-; Übersee (Luftpost) DM 75,-; Institutionen DM 70,- bzw. DM 90,- (Übersee). Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, Kündigungsfrist 1 Monat. Garantie: Die Abonnementbestellung kann ich binnen einer Frist von einer Woche schriftlich widerrufen gegenüber: LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61. Zur Wahrung der Frist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs.

LATEIN AMERIKA

NACHRICHTEN

183/184 JULI/AUGUST 1989
DM 8,-



Themenblock Nicaragua: Frieden, Wahlen, Opposition ★ Die Contras im »Krieg um die Köpfe« ★ Jugendbanden in Managua ★ Gesundheit für alle? ★ Interview mit Tomás Borge ★ Gespaltene Soli-Bewegung
Außerdem in diesem Heft: Brasilien – »Retter der Nation« gesucht ★ Argentinien – Menem tritt an ★ El Salvador unter ARENA

Editorial	3
ARGENTINIEN: Der unrühmliche und vorzeitige Abgang des Raúl Alfonsín ..	5
Alle Macht den Mächtigen	7
Die Männer Menems	11
EL SALVADOR: Arena an der Macht	13
Aussage eines Folteropfers	17
Wirtschaft am Ende	18
BRASILIEN: Gesucht: Ein Retter des Vaterlandes	19
NICARAGUA: Solidarität und Hilfe – ideologische Hilflosigkeit	25
I Frieden, Wahlen und die Opposition	30
C Was ändert sich durch die Wirtschaftsreformen?	35
A »Es ist nicht das gleiche, eine Situation von fern zu sehen und mit ihr zu leben« – Interview mit Tomás Borge	42
R »Krieg um die Köpfe« – Europas Contra wird aktiv	54
A Staats- oder Volkskultur? Streit um die neue Kulturpolitik	58
G Straßenliquen und Jugendbanden – Provokation der Revolution? ..	63
U Gesundheit für alle – Medikamente für alle?	77
A Ein neuer Mittelamerika-Kanal zum Wohle aller?	91
Autonomía – con mayo ya! Nicaraguas Atlantikküste	94
REZENSIONEN: Mosquitia – die andere Hälfte Nicaraguas	103
Das Erbe der Conquista. Geschichte Nicaraguas	110
Carlos Fonseca: Unter den Fahnen Sandinos	111
URUGUAY: Die Linke zwischen Referendum und Wahlen –	
Interview mit Mauricio Rosencof	112
CX 44 – La Radio de la Gente	123
PERU: Zwischen Sendero und Sozialdemokratie: Perus Volksbewegung –	
Interview mit Lucas Cachay	124
Kommando Rodrigo Franco	131
CHILE: Gegen Straflosigkeit	133
Nachruf	137
Die Völker Amazoniens brauchen Hilfe! Spendenaufruf	138
Zeitschriftenschau	139
Eingegangene Bücher	140
Termine	141

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 183/184
 Juli/August 1989
 Jahrgang 17 der CHILE-NACHRICHTEN
 erscheint monatlich
 (mindestens 11 Nummern pro Jahr)

ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
 V.i.S.d.P.: Lisa Luger, Bernd Pickert
 Druck: Hilberts + Pösgel, Berlin-West
 Redaktionsschluß: 22. Juni 1989

Abo-Preise:
 Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-
 Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweise berechnet, angetragene Jahre anteilsmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 682 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
 im Mehringhof
 Gneisenaustraße 2
 1000 Berlin 61
 Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT

Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

EDITORIAL

Eigentlich sollten diese einleitenden Zeilen zum Nicaragua-Schwerpunktheft mit einem Zitat aus den Lateinamerika Nachrichten vom Juli 1979 beginnen, in dem wir die ganze revolutionäre Begeisterung der Anfangszeit wiederzufinden hofften. Doch die 79er-LN-Redaktion war offenbar nicht so begeisterungsfähig; nicht einmal ein Titelbild wurde der nicaraguanischen Revolution gewidmet. Stattdessen findet sich in der September-Nummer, der ersten nach dem Sieg der Revolution, ein Artikel über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten... LN als Propheten?

10 Jahre sandinistische Revolution, das ist für uns bei aller Skepsis ein Grund zur Freude. Und wenn auch die Solidarität als "Zärtlichkeit der Völker" im Falle Nicaraguas einiges an pikkelnder Erotik eingebüßt haben sollte, so ist doch aus dem Ferienflirt eine handfeste Beziehungskiste geworden. Der umfangreiche Themenblock Nicaragua erhebt allerdings nicht den Anspruch, alle Facetten dieser großen Liebe aufzuarbeiten...

Dennoch ist dieses Doppelheft 182/183 die wohl dickste LN aller Zeiten geworden. Die Sommerpause gibt Euch – hoffentlich – genug Zeit zum Lesen der stolzen 148 Seiten.

Weil die LN ja nicht nur eine Monatszeitschrift, sondern auch gesammelt ein nützliches Nachschlagewerk sind, bekommen mit dieser Ausgabe unsere AbonnentInnen auch – wie in jedem Jahr – einen umfassenden Index des vergangenen "blauen" Jahrgangs.

Der neue 17. Jahrgang nun präsentiert sich in neuem Gewand. Wir hoffen Euch – unseren LeserInnen – gefällt die neue Titelgestaltung so gut wie uns selbst. Ihrem Schöpfer Mark Bitter sei an dieser Stelle auf jeden Fall der allerherzlichste Dank ausgesprochen.



Viva Sandino!

NEU ERSCHIENEN

EDITION FDCL 6

NEU ERSCHIENEN

Michael Rediske

Umbruch in Nicaragua

Die Entstehung der
Revolution aus
dem Zerfall bürgerlicher
Herrschaft

Mit einem Vorwort von Peter von Oertzen



Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in Nicaragua sind zweifellos vor allem durch die Destabilisierungs- und Kriegspolitik der US-Regierung bedingt. Erfolge und Fehlschläge dieser Intervention werden jedoch nur verständlich durch die Vorgeschichte der sandinistischen Revolution.

Der Autor beschreibt Aufstieg und Konsolidierung der Somoza-Diktatur (1933-1972), den Weg in die Regimekrise (1973-1977) und den mit ungeheurer Schnelligkeit ablaufenden Prozeß der Jahre 1978 und 1979. Der Volksaufstand konnte zwar den Gewaltapparat der Nationalgarde überwinden, nicht aber alle ideologischen Elemente bürgerlicher Herrschaft in Nicaragua. In der Geschichte des Kampfes gegen die Diktatur finden sich gleichzeitig die Wurzeln für heutige Konflikte.

Diese Analyse wendet sich gegen idealisierende Interpretationen der Revolution in Nicaragua, um der Gefahr entgegenzuwirken, "daß die für dieses Land existenznotwendige Solidarität zerrieben würde zwischen der Hochstilisierung und Vereinnahmung als revolutionäres 'sozialistisches' Vorbild und der Enttäuschung darüber, daß die nicaraguanische Wirklichkeit der blinden Hoffnung jener nicht gerecht wird, die an dieses Vorbild geglaubt hatten." (P. v. Oertzen im Vorwort)

256 Seiten

DM 19,80

ISBN 3-923020-04-X

Sie erhalten das Buch in Ihrer Buchhandlung oder bei:

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN - Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

ARGENTINIEN

Der unrühmliche und vorzeitige Abgang des Raúl Alfonsín

Hyperinflation, Krisenkabinett, Verkündung der "Kriegswirtschaft", Plünderungen, Ausnahmezustand, und am Ende doch die vorzeitige Amtsübergabe an seinen am 14. Mai gewählten Nachfolger Carlos Saúl Menem: Der Scherbenhaufen, in dem Alfonsín seine Präsidentschaft beendet, könnte kaum größer sein.

Drahtzieher waren die leeren Taschen und Mägen, Ziele die Lebensmittelläden und Supermärkte: Anfang Juni entlud sich in Argentinien die seit langem aufgestaute Wut über die verheerende Wirtschaftspolitik der (noch) amtierenden Regierung Alfonsín, über die galoppierende Inflation, die die Löhne schon weit vor Monatsende auffrißt, über die für Viele so alltäglich gewordene Frage, womit die Nahrungsmittel für die nächsten Tage beschafft werden sollen. Ausgehend von den Industriestädten Rosario und Córdoba weitete sich die "pragmatische Lösung", das Plündern der Läden, in wenigen Tagen auf Städte im ganzen Land aus.

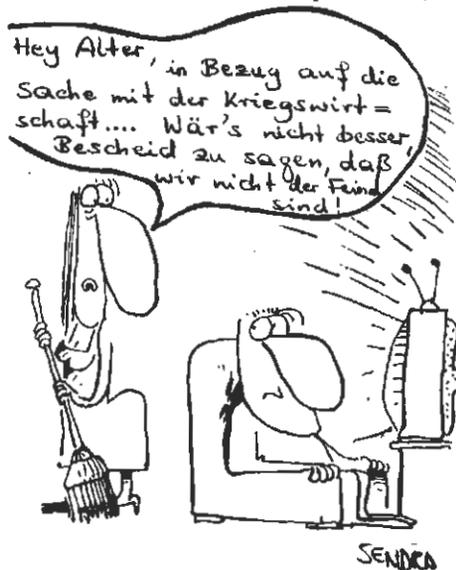
Diese ersten landesweiten Unruhen seit dem Übergang zur Demokratie vor sechs Jahren beantwortete die Regierung mit der Verhängung eines 30-tägigen Ausnahmezustands über das ganze Land. Wo das Krisenmanagement - kurzerhand eingerichtete Volksküchen und die offizielle Verteilung von Lebensmittelpaketen - versagte, wurden diese "Hungerrevolten" durch den massiven Einsatz von Polizei und Grenzschutz kompromißlos niedergeschlagen. 15 Tote, mehr als 100 Verletzte und weit über 2.000 Verhaftete waren das Ergebnis. Die Armee blieb derweil zwar in den Kasernen, Präsident Alfonsín übertrug ihnen jedoch die Aufgabe, mit geheimdienstlichen Methoden nach "Subversiven" zu fahnden.



Die "Verantwortlichen" hatten die Regierung Alfonsín und die - zumeist peronistischen - Provinzregierungen schnell bei der Hand: "Extremistische Aktivisten" hätten die Unruhen geschürt, wie auch die an mehreren "Tatorten" gefundenen Flugblätter des trotzkistischen *Movimiento al Socialismo* (MAS) und der marxistischen *Partido Obrero* (PO) belegten. Insbesondere die *Partido Obrero*, deren politische Bedeutung(slosigkeit) die vergangene Wahl mit 0,3% der Wählerstimmen bezifferte, wurde zur Zielscheibe der auf die Plünderungswelle folgenden Repression. Die Parteibüros wurden durchsucht, Materialien und Druckmaschinen beschlagnahmt und der gesamte Parteikader vorübergehend verhaftet, der PO-Vorsitzende Jorge Altamira pikanterweise im Pressesaal der *Casa Rosada*, dem argentinischen Präsidentenpalast.

Dieser unkontrollierte Ausbruch sozialen Protests kam jedoch keineswegs überraschend. Unter dem Eindruck der jüngsten großen Unruhen in der Hauptstadt Venezuelas (s. LN 180), war schon seit geraumer Zeit offen über einen argentinischen *Caracazo* spekuliert worden. Denn seit dem endgültigen Scheitern der letzten Wirtschaftsmaßnahmen Alfonsíns und der Freigabe des Wechselkurses für den US-Dollar Anfang Februar war die Entwicklung der Preise für die Bevölkerung schlichtweg dramatisch geworden: Von 8,9% im Januar stieg die monatliche (!) Inflationsrate auf 9,6% im Februar, 17,0% im März und 33,4% im April. Im Mai erreichte die unkontrollierte Hyperinflation den historischen Negativrekord von 78,5% - bei steigender Tendenz. Die reale Kaufkraft der Löhne war damit seit Alfonsíns Amtsantritt 1983 auf weniger als ein Drittel (!) zusammengeschrumpft. Selbst einfachste Grundnahrungsmittel wie Milch und Käse sind damit für breite Schichten der Bevölkerung zu teuren Luxusartikeln geworden.

In dieser explosiven Situation legte die aggressive Fernsehansprache, mit der Alfonsín am 28. Mai ein neues Programm der "Kriegsökonomie" ankündigte, Feuer an die Lunte. Drei Tage vor Monatsende waren die Löhne aufgebraucht und bei Vielen die "Opferbereitschaft" und Geduld am Ende, man nahm sich in den Supermärkten, was frau nicht hätte bezahlen können.



Menem seinen definitiven Rücktritt zum 30. Juni: "Kein Präsident hat das Recht, seinem Volk endlos Opfer abzuverlangen, während ihm sein Gewissen sagt, daß sein eigenes Opfer sie vermindern könnte."

Dabei hatte Alfonsín nach der verheerenden Niederlage seiner Partei bei den Präsidentschaftswahlen am 14. Mai (s. LN 182) dem siegreichen Peronisten Carlos Menem angeboten, über eine Vorverlegung der - von der Verfassung erst für den 10. Dezember vorgesehenen - Amtsübergabe zu verhandeln. Doch Menem zeigte wenig Interesse, schon früher, inmitten dieser tiefen Krise und zudem noch arg unvorbereitet, die Amtsgeschäfte zu übernehmen. Diese massive Plünderungswelle jedoch machte Alfonsíns letzten verzweifelten Versuch zunichte, sich doch noch mit einem völlig unbildeten Krisenkabinett und einem rigiden Wirtschaftskurs bis zum 10. Dezember über die Runden zu retten. Nun ließ er seinem Nachfolger keine Wahl mehr. In einer Fernsehansprache verkündete er ohne Absprache mit



"Ich wußte, daß der neue Präsident unter starkem Druck steht, aber das habe ich nicht erwartet", sagt der Mann im Anzug.

"Sie haben das Recht zu schweigen... Sie haben das Recht auf einen Anwalt... Alles, was sie sagen oder machen, kann gegen Sie verwendet werden", sagt Alfonsín.

Menem: "Ja, ich schwöre."

Wohl oder übel wird Menem jetzt bereits Anfang Juli den Präsidenten-Eid ablegen müssen. Wenn es nach ihm geht, kriegt er nun also am 9. Juli, dem Tag der argentinischen Unabhängigkeit, mit Pomp und Gloria die Präsidentschärpe umgehängt.

Roman Herzog / Bert Hoffmann

Alle Macht den Mächtigen

Der "Menemismo" tritt an

Die Armen haben Menem gewählt, die Reichen bekommen die Regierung: Im Namen der "Sozialen Harmonie" vereint der "Erbe Peróns" in seinem Kabinett praktisch alle Machtgruppen des Landes. Den unruhigen Militärs winkt er mit Begnadigung und "Nationaler Versöhnung". Und noch vor Amtsantritt präsentiert Menem ein furioses Wirtschaftskonzept für seine "Produktive Revolution" - ausgearbeitet von dem größten argentinischen Multi Bunge & Born, der im übrigen auch den Wirtschaftsminister stellen darf.

Ganz im Stile des großen Vorbilds Perón will der am 14. Mai gewählte Präsident nicht nur eine neue Regierung anführen; der *Menemismo* soll vielmehr eine alle umfassende "Nationale Bewegung" werden, eine neue Epoche begründen. Keine Machtgruppe der argentinischen Gesellschaft will Menem gegen sich stellen, ganz im Gegenteil, alle sollen - gemäß seinem Ideal sozialer Harmonie - Teil eines gemeinsamen nationalen Projekts sein. Die Verteilung der Ministerposten macht dies deutlich: Das Arbeitsministerium bekommt ein rechter Gewerkschaftsführer; Erziehungsminister wird ein "Mann der Kirche"; Verteidigungsminister wird der - damals gegen Alfonsín unterlegene - peronistische Kandidat für die Präsidentschaftswahl '83, der sogar das noch von der Militärjunta ausgearbeitete "Selbstamnestie-Gesetz" übernehmen wollte; das Außenministerium erhält ein Intimus der Finanz-Mächtigen, der einstige Zentralbank-Chef der Militärdiktatur; und das Wirtschaftsministerium erhalten die Bosse der Groß-Industrie in der Gestalt von Miguel Roig, dem langjährigen Vize-Präsidenten des argentinischen Multis *Bunge & Born*. Und über allen schwebt gottgleich Carlos Saúl Menem.

Die "Produktive Revolution" und der schwierige Spagat der Gewerkschaften

Etlichen "Unabhängigen" und sogar traditionellen Gegnern des Peronismus hat Menem höchste Posten gegeben. Das traditionelle "Rückgrat" des Peronismus allerdings, die mächtigen, für den Wahlsieg Menems so entscheidenden Gewerkschaften, stürzte die Zusammensetzung des Kabinetts in heftigste Konflikte. Denn das ihnen "zustehende" Arbeitsministerium vergab Menem an den unternehmerfreundlichen Führer der Kunststoffarbeiter Jorge Triaca, der zu der extrem rechten Gewerkschaftsgruppe der 15" gehört. Die Mehrheit der moderaten oder kämpferischen Gewerkschaften hingegen gingen bei Menems Verteilung der Pfründe leer aus. Und als Minister Triaca noch vor Amtsantritt von den Gewerkschaften eine Verpflichtung einforderte, zur Stabilisierung der Regierung Menems in den kommenden zwei Jahren zu keinerlei Streiks aufzurufen, kam es schon zum ersten offenen Krach. Auf eine derartige Verpflichtung wollte sich der Boß des peronistischen Gewerkschaftsdachverbandes CGT, Saúl Ubaldini, dann doch nicht festnageln lassen. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Plünderungswelle Ende Mai befürchtet er, das dann entstehende "Protest-Vakuum" könnten "linke Elemente" für sich nutzen. Und der Spagat der Gewerkschaften zwischen Vertretung der Arbeiterinteressen einerseits und der Loyalität zum peronistischen "Gesamtprojekt" dürfte auch mit "Streikerlaubnis" schwer genug werden.

Denn Menems Wirtschaftsprogramm bestimmen andere Kräfte. In einem spektakulären Coup zauberte der größte argentinische Multi *Bunge & Born* ein komplettes Wirtschaftskonzept aus dem Hut - und lieferte mit seinem ehemaligen Vize Miguel Roig auch gleich den Wirtschaftsminister dazu. *Bunge & Born* ist ein Konglomerat von gegenwärtig 89 Firmen. Mit einer Million Hektar einer der großen Landbesitzer Argentiniens ist *Bunge & Born* der zweitgrößte Agrarexporteur des Landes. Daneben hat *B & B* inzwischen aber auch eine diversifizierte Industriestruktur aufgebaut, die den Konzern mit 150 Mill. US-\$ im Jahr '88 auch bereits auf den 10. Rang unter den argentinischen Industrieexporteuren bringt. Wenn der Wirtschaftsminister nun - ernsthaft - den "Plan BB" für Argentinien entwirft, dann steht nicht nur *Bunge & Born* dahinter, sondern praktisch die Gesamtheit der wichtigen privaten Industriegruppen sowie des exportorientierten Agrarsektors. Mit anderen Worten: Die Machtgruppen, die die Wirtschaft bestimmen, sollen sie nun auch bestimmen.



"Das Land dem, der es bebaut!"

"Der Weizen dem, der ihn kultiviert!"

"Die Dollars dem, der sie finanziert!"

Damit kann der *Plan BB* aber auch ganz anders ansetzen als die so zahl- wie erfolgreichen Wirtschaftspläne Alfonsíns: Die Bekämpfung der (Hyper-)Inflation soll einhergehen können mit wirtschaftlichem Wachstum, oder um mit Menem zu reden, mit einer "produktiven Revolution". Als Startkapital für den *Plan BB* haben *Bunge & Born* sowie andere Exportfirmen (insbesondere aus dem Erdöl-Bereich) bereits versprochen, umgehend 3,5 Mrd. (!) US-\$ als internen Standby-Kredit zur Verfügung zu stellen. Dies soll - so das Modell der Wirtschaftsexperten von *Bunge & Born* - möglich machen, was sich in Argentinien zur Zeit nur wie ein Traum anhört: In 18 Monaten wird die Wirtschaftsaktivität um 7,5% steigen, die reale Kaufkraft der Löhne sich um 9,5% erhöhen und die Inflationsrate auf jährliche (!) 12,4% gesunken sein. Fürwahr verlockende Versprechen in einem Land, das in der wohl tiefsten Wirtschaftskrise seiner Geschichte steckt.

Lohnerhöhungen sollen den Binnenmarkt wiederbeleben, während über einen staatliche festgesetzten hohen Dollarkurs Agrar- wie Industrieexporte gefördert werden sollen. Eine neue Währung, der *Federal*, soll einen "Vertrauensschock" mit sich bringen. Weitere Punkte der geplanten Wirtschaftspolitik: Die Senkung der Staatsausgaben, der Abbau des staatlichen Defizits; "Effizienzsteigerung" der staatlichen Unternehmen beziehungsweise deren Privatisierung; Senkung der Importzölle; Lohn- und Preisabsprachen durch einen "Sozialpakt" zwischen den - ja schon in die Regierung integrierten - Unternehmern und Gewerkschaften.

In Klein we trust

In seiner Konzeption greift der *Plan BB* auf die theoretischen Arbeiten des US-amerikanischen Ökonomie-Professors Lawrence Klein zurück. Sein Name ist in Argentinien fast zu einer Zauberformel geworden, seit Menem die Übereinstimmung von Kleins "Econometrics" - die diesem 1980 immerhin den Nobelpreis einbrachten - mit der *Doctrina Peronista* und seiner *Revolución Productiva* absegnete. Lawrence Klein, der von der *Wharton School of the University of Pennsylvania* kommt und zu den sogenannten "Postkeynesianern" zählt, war Berater des ehemaligen demokratischen US-Präsidenten Jimmy Carter. *Bunge & Born* präsentierten nun eine auf Argentinien angewandte Version dieser hochkomplexen, mit einer Unzahl von Variablen operierenden, als "technizistisch" verschrieenen *Econometrics*, die - nicht nur - Menem begeisterte. "Daß der größte Multi Argentiniens bereit ist", so der zukünftige Präsident mit dem ihm eigenen Pathos, "aktiv einen Wirtschaftsplan zu entwickeln und einen seiner Männer als Grantie zu geben, daß die Gewerkschaften diesen Vorschlag akzeptieren, und dies alles im Rahmen eines peronistischen Regierungsprojekts - das ist der höchste Ausdruck der Nationalen Übereinkunft!" (Página/12, 27.5.89)

(Der führende Unterhändler von *Bunge & Born* in den Gesprächen mit Menem, Moises Ikonikoff, ist für die bundesdeutsche Linke im übrigen kein Unbekannter - und könnte ihr zu denken geben: Er war einer der "Ankläger" in dem großangelegten *Tribunal gegen die Politik des IWF* während der Anti-IWF-Kampagne im Herbst vergangenen Jahres in Berlin - s. LN 174.)

"Über unsere Gläubiger sorgen wir uns später"

Wenig Klarheit konnte der *Plan BB* bislang darüber bringen, wie er mit dem Problem der enormen Auslandsverschuldung fertig werden will. Zwar sieht er die verstärkte Umwandlung von Schuldtiteln in private Unternehmensanteile (*debt-to-equity-swaps*) vor, doch dies allein wird für eine "Lösung" kaum ausreichen. Eine zentrale Figur in den kommenden Verhandlungen mit den Gläubigern wird mit Sicherheit der neue Außenminister Domingo Cavallo spielen, der seit seiner Zeit als Zentralbank-Chef der Militärs über allerbeste Kontakte zur internationalen Finanzwelt verfügt. Noch unter der Regierung Alfonsíns reiste Cavallo bereits Mitte Juni nach Caracas zu dem Treffen der *Gruppe der Acht* (Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Mexiko, Peru, Uruguay, Venezuela und - zur Zeit suspendiert - Panama). Seit April letzten Jahres leistet Argentinien keine Zinszahlungen mehr, und - wie Cavallo in Caracas erklärte - wird es seine Zinszahlungen

auch nicht aufnehmen, bis es seine Wirtschaft wieder in Ordnung gebracht hat. "Alle unsere Anstrengungen", so Cavallo, den viele als 'zweiten Wirtschaftsminister' ansehen, "konzentrieren sich darauf, die Inflation zu stoppen, den öffentlichen Sektor in Ordnung zu bringen und Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum zu schaffen. Über unsere Gläubiger sorgen wir uns später." Ob die Gläubiger damit jedoch einverstanden sind, muß sich erst noch erweisen.



Den Militärs winken Versöhnung und Gnade

Ihren Test noch vor sich haben auch Menems vollmundige Versprechen, wieder für "Ruhe" in den Streitkräften zu sorgen, die sogenannte "nationalistische" mit der sogenannten "liberalen" Fraktion der Armee und beide mit der Gesellschaft zu "versöhnen". Auch wenn der gelernte Rechtsanwalt Menem während der Militärdiktatur selbst inhaftiert war und später persönlich einen Prozeß gegen den ehemaligen Junta-Chef Videla anstrebte, richten sich auf ihn die Hoffnungen vieler Offiziere. Nach seriösen Schätzungen haben in der Präsidentschaftswahl rund 80% der Soldaten für den Peronisten mit den markigen Sprüchen gestimmt. Und die Anführer der *Nationalisten* in den Militärrevolten der vergangenen Jahre, Oberst Seineldín und Oberstleutnant Aldo Rico, haben aus ihrer Sympathie für Menem nie ein Hehl gemacht. Zwischen ihnen und der von den *liberales* dominierten Heerespitze um Armee-Chef Gassino kam es Ende Juni bereits zu heftigen verbalen Scharmützeln - Konkurrenzkämpfe innerhalb des Militärs, aber auch: erste Warnschüsse an die neue Regierung.

Derweil beschwört Menem die "Einheit der Armee" und verspricht ihr eine stolze Position in seinem zukünftigen Argentinien. Die von Menem mit Militär-Fragen betrauten Politiker sind durchweg als "armeefreundlich" einzustufen - allen voran der neue Verteidigungsminister Italo Lúder, der schon 1975 jenes fatale Dekret der damaligen peronistischen Regierung unterzeichnete, das die Armee mit der "Vernichtung der Guerilla" beauftragte. Auch den Militärs selbst öffnet Menem wieder die Türen in hohe Ämter: So soll die zivile Präsidentin der Nationalen Atomenergiebehörde (CNEA) abgelöst werden von dem Ex-General Castro Madero, der schon während der Militärdiktatur Chef der CNEA war. Eine förmliche *Amnestie* der - wenigen - noch wegen Menschenrechtsverbrechen verurteilten Militärs hat Menem bislang wiederholt zurückgewiesen. Kaum jemand jedoch zweifelt daran, daß es mit Menem - über eine *Begnädigung*, ein *Plebiszit* oder eine andere juristische Konstruktion - eine schnelle "Klärung" dieses "Problems" im Sinne des Militärs geben wird.

Roman Herzog / Bert Hoffmann

Die Männer Menems

Zuerst natürlich der **Präsident Carlos Saúl Menem** selbst, die so charismatische wie unanfechtbare Führerfigur der neuen Regierung. Stichpunkte seiner Biographie: 55 Jahre alt, Sohn syrischer Einwanderer, Rechtsanwalt, wurde nach dem Putsch gegen Perón 1955 Peronist; 1973-76 Gouverneur der kleinen Anden-Provinz La Rioja, nach dem Militärputsch fast fünf Jahre in Haft und unter Hausarrest; seit 1983 erneut Gouverneur von La Rioja, 1987 mit überwältigender Mehrheit in diesem Amt bestätigt; seit 1987 auch Erster Vizepräsident der peronistischen *Partido Justicialista*; um peronistischer Präsidentschaftskandidat 1989 zu werden, mußte Menem zuvor in spektakulären parteiinternen Wahlen den Partei-Chef Cafiero besiegen (s. LN 171).

Vizepräsident Eduardo Duhalde verdankt seinen Posten Menems taktischem Kalkül in dieser innerperonistischen Auseinandersetzung. Denn als Ergänzung für seine Wahlformel brauchte der Provinz-Caudillo Menem einen Vize aus dem strategisch so wichtigen Industriegürtel um Buenos Aires - und fand ihn in dem jungen, politisch bislang recht blassen, zum *Erneuerer*-Flügel der Peronisten zählenden Duhalde.

Mit **Eduardo Menem** als **Präsident des Senats** ist ein Bruder von Carlos Saúl Menem der Verfassung nach der "Dritte Mann im Staat". Zeit seines politischen Lebens immer im Windschatten seines Bruders, dürfte Eduardo Menem zum "innersten Zirkel der Macht" um den Präsidenten gehören.

Zu diesem Kreis engster politischer Vertrauter Menems zählen neben seinem **Präsidentenstabssekretär** (vergleichbar dem Bonner "Chef des Bundeskanzleramts") **Alberto Kohan** auch der neue **Innenminister Eduardo Bauzá** und der **Minister für Gesundheit und soziale Wohlfahrt, Julio Corzo**. Sowohl der Nudelfabrikant Bauzá wie auch der ehemalige rechte Gewerkschaftsführer Corzo sind langjährige Freunde des Präsidenten. Julio Corzo war bis dato Abgeordneter von Menems Provinz La Rioja im argentinischen Parlament.

Mit **Wirtschaftsminister Miguel Roig** und **Außenminister Domingo Cavallo** hat sich Menem zwei Schwergewichte aus der Wirtschaft in sein Kabinett geholt, die beide nicht der peronistischen Partei angehören. Miguel Roig, bis vor kurzem in führender Position bei dem argentinischen *Multi Bunge & Born*, brachte von dort gleich sein eigenes komplettes Wirtschaftskonzept mit. Der Harvard-Ökonom und einstige Zentralbank-Chef der Militärdiktatur Domingo Cavallo, den Viele als sicheren Anwärter auf das Wirtschaftsressort gesehen hatten, erklärte bereits, daß er auch als Außenminister nicht viel anderes zu tun gedenke: Die Diplomatie wolle er den *Professionales* überlassen, ihm gehe es darum, Investitionen ins Land zu holen. Den führenden Wirtschaftsfachmann der peronistischen Partei, **Guido di Tella**, verwies Menem auf den untergeordneten Posten eines **Sekretärs für ökonomische Koordination**. Sekretär für **Nationalen Handel** wurde mit **Alberto Albamonte** sogar ein Mitglied der erz-konservativen, wirtschaftsliberalen, traditionellen anti-peronistischen UCeDé. Neuer **Zentralbank-Präsident** wurde **Javier González Fraga**, **Energiesekretär Julio César Aráoz** und **Landwirtschaftssekretär** der zu den peronistischen *Erneuerer* gehörende **Felipe Solá**.

Ganz in der Hand der Rechten blieb bei Menems Regierungsbildung alles, was mit Militär zu tun hat. Neben **Verteidigungsminister Italo Lúder**, mit dessen Ernennung die noch wegen Menschenrechtsverbrechen inhaftierten Militärs schon die Freiheitsglocken läuten hören können, ist insbesondere der neue **Justizsekretär Julio Oyhanarte** von Bedeutung, da er für die juristische Lösung dieses "problema militar" zuständig wird. "Dieser angese-

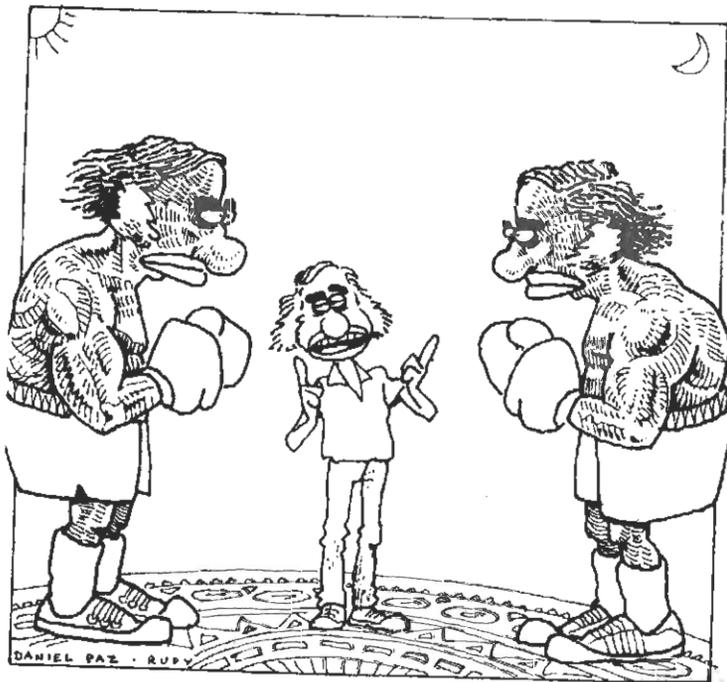
hene Jurist", wie die *Neue Zürcher Zeitung* (15.6.89) über Oyhanarte schreibt, "war bereits Berater der Regierung von General Videla, half aber auch Alfonsín, als dieser nach Lösungen suchte, um die Militärprozesse einzuschränken." Mit dem überraschenden Posten des Ministers für öffentliche Werke hat Menem auch seinen persönlichen Militärberater José Roberto Dromi (s. LN 181) ins Kabinett gehievt.

Hefig umstritten in den peronistischen Gewerkschaften ist die Besetzung des Arbeitsministeriums mit Jorge Triaca, dem unternehmerfreundlichen Führer der Kunststoffarbeitergewerkschaft. Entscheidend für die Ernennung des orthodoxen Triaca war offensichtlich die Unterstützung seiner Ambitionen durch den innergewerkschaftlich fast allmächtigen Boß der Metallergewerkschaft, Lorenzo Miguel.

Zum Erziehungsminister machte Menem Antonio Salonia, der über engste Beziehungen zum katholischen Klerus Argentiniens verfügt. Salonia, der Mitglied der kleinen "industrialistischen" Partei MID ist, war bereits unter Präsident Frondizi in den 60er Jahren in diesem Amt. Der Kirche garantiert er praktisch jeglichen Verzicht auf den Versuch, ihren starken Einfluß im Erziehungsbereich zu beschneiden. Erziehungssekretär unter ihm wurde - Menem macht's möglich - mit Julio Bárbaro einer der (bislang?) originellsten und kritischsten Köpfe innerhalb der prominenten peronistischen Erneuerer. Über seinen jetzigen Präsidenten sagte er 1987 in einem Interview*: "Menem ist eine momentane groteske Erscheinung, die eine Weile andauern mag. Das mit Menem ist Teil einer Krise der Gesellschaft, mehr als einer Krise nur des Peronismus. Wenn wir in zehn Jahren daran denken, daß einige sich Menem als Staatspräsidenten vorstellten, werden wir lachen, uns aber auch ein bißchen schämen."

Bert Hoffmann

* in: Gordillo, Marta / Lavagno, Víctor (ed.): *Los Hombres de Perón - El Peronismo Renovador*; Buenos Aires (puntosur), 1987



EL SALVADOR

Arena an der Macht

Die unabhängige Menschenrechtsorganisation in El Salvador registrierte vom 19. März bis Mitte Juni in einer vorläufigen Statistik 517 getötete SalvadorianerInnen, 325 Festnahmen und 56 Festnahmen. Innerhalb der seit dem 1. Juni regierenden ARENA-Partei ist ein gnadenloser Kampf um die zukünftige Linie ausgebrochen. Den Vertretern des totalen Krieges gegen das Volk stehen die "Gemäßigten" gegenüber, die zwar ebenfalls eine massive Verschärfung der Repression befürworten, aber gleichzeitig gegenüber den USA eine zivil-demokratische Fassade aufrechterhalten wollen. Die Nominierung einer Reihe von Anhängern der Todesschwadronen in das Kabinett von Alfredo Cristiani läßt Schlimmes für die nächsten Monate befürchten.

Nach außen sichtbar werden diese Auseinandersetzungen z.B. in dem Attentatsversuch auf drei Ordensschwwestern, von denen zwei US-amerikanischer Nationalität sind. Der offensichtlich von neuen Todesschwadronen verübte Maschinengewehrbeschuß, der eine der Nonnen schwer verletzte, weckt Erinnerungen an die Vergewaltigung und Ermordung von vier Nonnen durch Nationalgardisten im Jahre 1980. Oder die Ermordung des ARENA-Ministers José Antonio Rodríguez Porth am 9. Juni in San Salvador. Rodríguez Porth gehörte zu den Moderaten, die in der Öffentlichkeit Verhandlungen mit der FMLN befürworteten. Die neue Regierung machte zwar städtische Kommandos der FMLN für diese Tat verantwortlich und benutzt sie für ihre Propagierung der geplanten Reform des Strafrechts und der Strafprozeßordnung (Anti-Terror-Gesetz). Es ist jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Ultrarechte sich hier eines innerparteilichen Widersachers entledigt hat, zumal die FMLN sich in aller Regel zu ihren Anschlägen bekennt, wie zuletzt am 26. Juni, als sie die "Hinrichtung" des Obersten Roberto Armando Rivera bekanntgab.

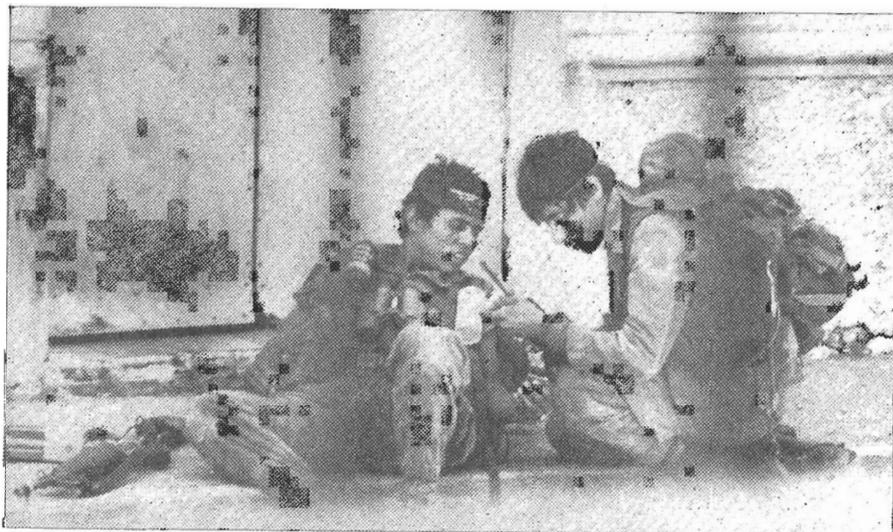
Staatsterror und Psychologische Kriegsführung

In die gleiche Richtung ist das Bombenattentat auf dem Zentralmarkt in San Salvador am 23. Juni einzuordnen, dem zwei Menschen zum Opfer fielen; 30 weitere wurden verletzt. Dazu die FMLN in ihrem Kommuniqué vom 23. Juni 1989: (Dieser Anschlag) "...ist Teil einer kaltblütig berechneten Politik, die darin besteht, kriminelle Aktionen..durchzuführen, um in der Bevölkerung eine Ablehnung gegenüber der FMLN zu schüren... Wir verurteilen den Todesschwadronen-Terrorismus von

ARENA; die Verbrechen gegen das Volk werden nicht ungesühnt bleiben."

Hauptziel der staatlichen Repressionsorgane sind derzeit die legalen Volksorganisationen und die Zivilbevölkerung in den Konfliktzonen. Am 1. Juni, dem Tag der Amtseinführung Cristianis, drangen Militäreinheiten in die Rücksiedlung San José Las Flores (s. LN 159) ein, wo sie im Kinderhort des Ortes Granaten zur Explosion brachten. Das Elitebataillon Bracamonte trieb die Einwohner des Ortes auf dem Platz vor der Kirche zusammen, bedrohte sie, und hielt sie dort zwei Stunden lang fest. Ähnliche Aktivitäten werden aus den Provinzen San Miguel und Usulután gemeldet.

Am 5. Juni umstellten Militärs (wieder einmal, s. LN 178) die Universität in San Salvador und nahmen Victor Hugo Duenas, einen Journalistikstudenten, ohne ersichtlichen Grund gefangen. Weitere Studenten bildeten sofort eine Kette, um den Abtransport des Gefangenen zu verhindern, als ein Kleinbus mit nicht weiter identifiziertem Fahrer in die Gruppe hineinfuhr und mehrere Studenten, darunter zwei schwer verletzte. Als sich die Proteste daraufhin verstärkten, eröffneten die Regierungstruppen das Feuer und schossen Carlos Rodriguez an. Die Soldaten verweigerten den zum Abtransport der Schwerverletzten herbeigerufenen Krankenwagen die Zufahrt auf das Universitätsgelände. Das Universitätsgelände ist weiterhin von Regierungstruppen eingeschlossen. In den folgenden Tagen wurden weitere Studenten beim Versuch, den Campus zu betreten, verhaftet.



Das Militär ist allgegenwärtig

Aufnahme: Jens Holst

Folter gegen die UNTS

Am 14. Juni wurden drei Gewerkschafter entführt, darunter Tomas Mazariego, Vorstandsmitglied im Gewerkschaftsdachverband UNTS. Bewaffnete griffen ihn in der Nacht, am Vorabend seiner geplanten Abreise in die USA, in San Salvador auf und zertrümmerten ihn in einen Lieferwagen. Mazariego wollte in den USA unter anderem mit Kongreßabgeordneten zusammentreffen, die sich für einen Stopp der US-Wirtschafts- und Militärhilfe an das mittelamerikanische Land einsetzen wollen. Am Tag darauf wurde er von der berüchtigten "Policia de Hacienda" wieder freigelassen, mit dem Hinweis jedoch, daß nun mit allen Gewerkschaften Schluß gemacht würde.

Bereits am 25. Mai war Francisco Martinez, Mitglied des Exekutivkomitees der UNTS und Generalsekretär der Gewerkschaft der Textilarbeiter, entführt und anschließend gefoltert worden. Von seinen Folterern wurde ihm mitgeteilt, daß es mit Cristiani keine Amnestie geben werde und daß sie jeden verprügeln können, ohne daß sich irgendwer einzumischen hat. Am 2. Juni wurde er freigelassen mit der Ankündigung, daß es keine weitere Verhaftung geben werde; das nächste Mal würde er gleich umgebracht werden.

Die Köpfe der Bewegung abschlagen

Dies sind nur einige wenige Beispiele der beschleunigten Repressionsspirale. Sie machen jedoch deutlich, wohin der Weg führt: Während die FMLN und insbesondere die städtischen Kommandos ihre militärischen Aktivitäten nochmals steigern, um endlich Verhandlungen mit der Regierung zu erzwingen, steigt die Verhaftungswelle gegen die VertreterInnen der legalen Volksorganisationen. Wenn auch eine Eskalation wie 1980-82 in der näheren Zukunft nicht wahrscheinlich ist, so scheint eine Lähmung eben dieser Organisationen durch Verhaftung und Ermordung der führenden Köpfe sowie der Verbindungsleute der Einzelorganisationen durchaus eine reale Gefahr zu sein.

Gleichzeitig kündigt die neue Regierung drastischere Maßnahmen gegen AusländerInnen an; vor kurzem wurde bereits ein Belgier ausgewiesen.

Stopp der "Entwicklungshilfe"!

Nach dem Wechsel im Weißen Haus in Washington hatte es auch innerhalb der FMLN Hoffnungen gegeben, daß sich ein pragmatischerer Kurs der USA gegenüber El Salvador durchsetzen könne. Diese konnten spätestens mit dem zweiten Besuch des Vizepräsidenten Quayle in El Salvador Anfang Juni fürs erste begraben werden. Zwar treibt die US-Administration noch die Angst um, die Ultra-rechte um Roberto d'Abuissou könne die Macht in der ARENA übernehmen. Dies hinderte Quayle jedoch nicht, sich mit dem bekannten

Drahtzieher der Todesschwadronen zu treffen und Cristiani allen Protesten zum Trotz weitere Unterstützung zuzusichern. Und die Regierung der BRD trottet hinterher. Es wurden zwar in einer windelweichen Entscheidung Neuzusagen für Entwicklungsprojekte auf Eis gelegt, doch zu einem Stopp der sogenannten Entwicklungshilfe, die nun in die Taschen der Partei der Todesschwadronen fließt, konnte sie sich bisher nicht durchringen. Dazu Humberto Centeno, UNTS: "Wir denken, daß die internationale Gemeinschaft gegenüber EL Salvador eine entschieden feindseligere Haltung einnehmen muß."

Unterschriftenlisten, in denen der Stopp der "Entwicklungshilfe" der BRD gefordert wird sowie Aktionsmaterialien sind anzufordern bei:

medico international

Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1

Hinweis: Kürzlich eröffnete **Radio Venceremos** ein Büro in Berlin, Kohlfurter Str. 40, 1000 Berlin 36 Tel.: 030/65 66 80. Das Büro stellt aktuelle Informationen über El Salvador von Radio Venceremos und anderen nationalen Radio- und Fernsehsendern zur Verfügung.

Kurznachricht

Nur wenige Wochen, nachdem Cristiani die Präsidentschaft übernahm, gelingt es der FMLN, in fast allen Landesteilen militärische Aktionen unterschiedlichen Ausmaßes erfolgreich durchzuführen, darunter Angriffe auf Kasernen und Militärfahrzeuge, Sabotageakte gegen die Stromversorgung. Die Elektrizitätsgesellschaft, CEL, vermeldet ein Defizit von 20% in der Stromversorgung am 6. Juni; in einzelnen Landesteilen fällt der

Strom zeitweise völlig aus. Emilio Ponce, Chef des Generalstabs, sagte bei der Befehlsübergabe an neue Kommandeure: "In diesen Momenten, wo unsere Heimat vom internationalen Kommunismus bedroht ist, müssen die Streitkräfte drei wichtige Fähigkeiten zeigen: Einheit, Professionalität und hauptsächlich mehr Effizienz im Gefecht... Diese propagandistischen Dialoge, die uns nichts gebracht haben, müssen in Vergessenheit geraten."

EL SALVADOR LIBRE
SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
28859-107
Bankleitzahl 10010010
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65



Kontostand 20.06.89:
4.217.438,59 DM

bisherige UnterstützerInnen:

AIB; Arbeiterkampf; Cuba Si; Ides; Ila-Info; Inprekorr; KONKRET; Radio Dreyeckland; Radio Z; extraBLATT; Lateinamerika Nachrichten; Blätter des IZ3w

Auszug aus den Aussagen von Reina Isabel Hernandez, Präsidentin von CRIPDES, dem Christlichen Komitee der Kriegsvertriebenen, die gemeinsam mit über 70 Menschen am 19. April im Büro von CRIPDES verhaftet wurde:

Ich konnte mich kaum noch halten, zwei Nächte ohne zu schlafen, ohne Essen und Trinken, mit starken Magen- und extremen Kopfschmerzen, die von den Schlägen herrührten. Wegen der Schreie der anderen, die auch gefoltert wurden, war ich mit den Nerven völlig am Ende.

Zum fünften Mal brachten sie mich in den Verhörraum... Der Folterer war nun ein anderer. Drei weitere kamen hinzu und begannen, mich zu schlagen. Sie schlugen mich eine zeitlang und verließen dann den Raum. Ein einzelner kam zurück und sagte: "Ich weiß alles von dir, ich habe jetzt die Beweise, um dich ins Gefängnis bringen zu lassen. Mit mir kannst du nicht spielen, denn ich weiß, daß alles, was du gesagt hast, nur Lügen waren. Aber mir wirst du die Wahrheit sagen. Dies ist die PH (Policia de Hacienda), und von hier geht keiner weg, ohne zu sagen, was er ist."

... Er setzte das Verhör fort und, nachdem ich ihm wieder dieselben Antworten gegeben hatte, sagte er: "Kapiertst du denn nicht? Wenn du nicht die Wahrheit sagst, wirst du hier sterben." Mit einem Schlag warf er mich auf den Boden, nahm mir die Handschellen ab, drückte mir die Arme nach hinten und stülpte mir eine Plastiktüte über den Kopf. Er schlug mir auf den Rücken und begann, die Tüte zuzuziehen. Er ließ erst los, als ich fast erstickt war. Nachdem ich wieder zu mir gekommen war, sagte er mir: "Sag endlich die Wahrheit", und ich erwiderte ihm: "Ich sagte Ihnen schon die ganze Wahrheit. Erneut stülpte er mir die Plastiktüte über und schlug mich noch härter, so daß ich auf dem Boden herumflog und durch die vielen Schläge erbrechen mußte. Als er mir die Tüte das fünfte Mal überstülpte, zog er mich hoch, mit dem Kopf nach unten und den Händen hinter dem Rücken zusammengebunden. Überall schlug er mich und mit seinem Knie auf meinen Brustkorb und aufs Steißbein. Dann verlor ich das Bewußtsein. Als ich aufwachte, trat er mich, damit ich aufstand. Ich fiel zu Boden, mein ganzer Körper zitterte, und erneut wollte er mir die Kapuze überziehen. Ich sagte ihm, daß ich es nicht mehr aushalte, und daß ich die Anschuldigungen, die er gegen mich erhob, akzeptieren würde."

Die regierungsunabhängige Menschenrechtskommission, CDHES-NG, hat diese Aussagen am 22. April aufgezeichnet. Reina Isabel Hernandez sitzt zur Zeit im Frauengefängnis in Ilopango ein.

Wirtschaft am Ende?

Die Salvadorianische Stiftung für Wirtschafts- und Sozialentwicklung (FUSADES), die dem modernisierungswilligen Unternehmertum nahesteht, hat in ihrer jüngsten Wirtschaftsstudie über das mittelamerikanische Land festgestellt, daß Alfredo Cristiani ein bankrotttes Land übernimmt.

Die Situation sei dramatisch, und alle ökonomischen Indikatoren deuteten den Tiefpunkt in der Geschichte des Landes an. So sei das Bruttoinlandsprodukt auf dem Stand von 1963, bei einer Arbeitslosenquote von 50% und Exporten, die kaum die Hälfte der von 1980 erreichten. Die industriellen Kapazitäten seien nur zu 40% ausgelastet. Zusätzlich würde jede Wirtschaftsaktivität durch hohe Inflationsraten gehemmt. Zwar beeinflusse der bewaffnete Konflikt in starkem Maß die Abwärtsentwicklung, doch die Krise hat - so FUSADES - an erster Stelle strukturelle Ursachen.

So ist z.B. die Agrarschuld, die Verbindlichkeiten der Bauern im "reformierten Sektor" gegenüber den Großgrundbesitzern auf vier Milliarden Colones gestiegen (1\$ = 6,5 Colones). Dies führt dazu, daß die betroffenen Bauern keinerlei Kredite zu erwarten haben. (Die Bauern in den Konfliktzonen bekommen ohnehin kein Geld). Es müssen also mehr Nahrungsmittel importiert werden, die aber durch die drohende Abwertung des Colóns noch weiter verteuert würden. Bohnen kosten heute bereits acht Colones pro Pfund und sind damit für weite Bevölkerungskreise zu einem unbezahlbaren Luxusgut geworden.

Nach einem UNICEF-Bericht von 1989 sterben 5,4% der Säuglinge, bevor sie das erste Lebensjahr vollendet haben. Von den Überlebenden sind 55% unterernährt, 34% aller Kinder im schulfähigen Alter können keine Schule besuchen.

Aus Gewerkschaftskreisen verlautet, daß die gemeinsame Rate aus Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung derzeit 82% der Erwerbsbevölkerung beträgt.

Zur Überwindung der Krise will der neue Präsident Cristiani das klassische Programm des Internationalen Währungsfonds anwenden: Sanierung des Staatshaushalts durch Entlassung der öffentlichen Angestellten und Ausgabenkürzung, Abwertung der Währung zur Steigerung der Exporte und Zurückdrängung der staatlichen Aktivitäten, die nur zur Verzerrung der Märkte beitragen. Vor allem die Reprivatisierung des Kaffeeaußenhandels war eine zentrale Forderung der Oligarchie des Landes und entsprechend Programm für ARENA.

Der Erzbischof von San Salvador, Rivera y Damas hat mittlerweile das Wirtschaftsprogramm der neuen Regierung kritisiert, da es seiner Meinung nach nur eine Minderheit begünstige.

BRASILIEN Gesucht: Ein Retter des Vaterlandes

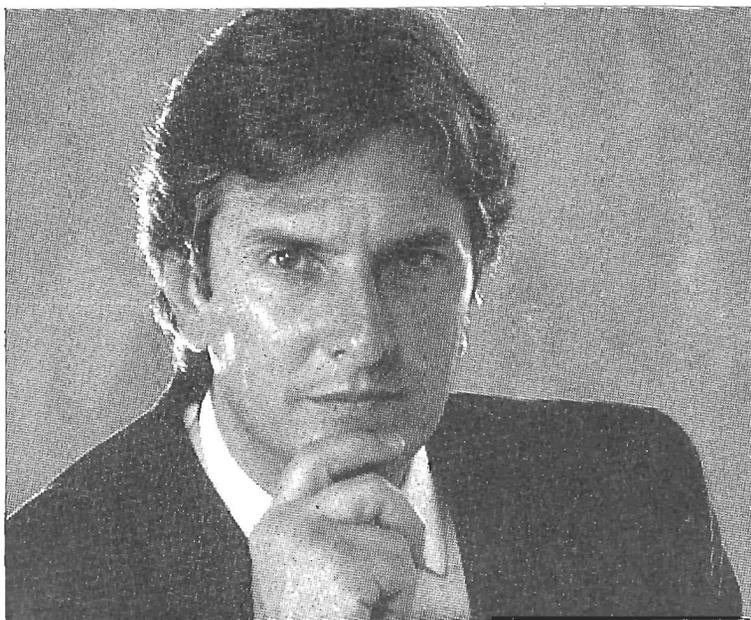
Am 15. November wird in Brasilien ein neuer Präsident gewählt, zum ersten Mal seit 28 Jahren in direkten Wahlen. Wenn - so hieß es mit bitterem Sarkasmus - das Land bis dann überhaupt noch existiert. Tatsächlich ist die jetzige Regierung Sarney auf der ganzen Linie gescheitert. Ihr letzter Versuch, die Inflation in den Griff zu bekommen (der "Sommerschok") hat nur vorübergehende Wirkung gezeigt, die Inflation erreicht wieder zweistellige Ziffern pro Monat und die Kapitalflucht - bisher kein großes Problem in Brasilien - hat bedrohliche Ausmaße angenommen. Die Wahlen finden am Rande des (ökonomischen) Abgrundes - sprich Hyperinflation - statt.

Die Einkommenseinbußen durch den Sommerschock waren drastisch und entgegen ersten Zusagen hat die Regierung keine ausreichende Lohnanpassung vorgenommen. Folge war eine Streikwelle in einer Größe und Militanz, wie sie Brasilien bisher kaum gekannt hat. Am drastischsten entlud sich die Wut bei VW, Lastwagen wurden beschädigt, Büros von streikbrechenden Angestellten verwüstet.

Auch das Fernsehen beteiligt sich am Wahlkampf. Seit Monaten flimmert die Fortsetzungsserie "Salvador da Patria" (Retter des Vaterlandes) über die Mattscheiben. Es ist die Geschichte eines Landarbeiters, der zum Bürgermeister einer Kleinstadt gewählt wird und sich in den Intrigen der Hintermänner und -frauen hoffnungslos verstrickt: Merke: Politik ist ein schmutziges Geschäft - und ein Kandidat aus dem Volk ist da erst recht verloren.

Der neue Star: Ein bunter Smartie

Der gerade begonnene Wahlkampf hat schon seinen "shooting star": Fernando Collor de Mello katapultierte sich in wenigen Wochen an die Spitze der Umfragen und führt dort einsam und allein mit 43%. Jung, dynamisch, gut aussehend scheint er den Werbeseiten der Illustrierten entsprungen zu sein: ein Star aus der Retorte, der den Beinamen "Jäger der Maharadschas" führt. Fernando Collor war bekannt geworden, weil er als Gouverneur des Kleinstaates Alagoas einige Vielverdiener und Nichtsteuer (eben die sogenannten Maharadschas) aus dem Staatsdienst gefeuert hatte. Daher sein Ruf als Saubermann. Zum Gouverneur war er als Kandidat der PMDB gewählt worden, der Regierungspartei. Diese hat er inzwischen verlassen und seine eigene Partei ("Partei der nationalen Erneuerung") gegründet. Die Kandidatur des schicken Fernando ist somit außerhalb des brasilianischen Parteiensystems angesiedelt, sie ist eine populistische Kandidatur, ganz auf die Person des



Kandidaten konzentriert. Collors Erfolg ist genau damit zu erklären. Er ist ein Produkt des Unmuts, ja der Wut über die Politik der etablierten Parteien. Ein klares Programm hat Collor nicht einmal in Ansätzen zu bieten, im Umlauf sind nur recht beliebige Sprüche wie: "Ich werde innerhalb von 90 Tagen mit der Inflation aufräumen." Aufsehen hat allerdings seine Äußerung erregt, er werde am ersten Tag seiner Amtsübernahme den militärischen Geheimdienst (SNI) auflösen, weil der nur unnützen Klatsch liefere.

Die anderen Kandidaten und alle, die nicht von der Collor - Welle erfaßt sind sehen in seinem Erfolg ein Strohfeuer. Brizola verweist auf seine eigenen Erfahrungen: Als er zum Gouverneur von Rio gewählt wurde, lag zunächst Sandra Cavalcanti in den Umfragen weit vorne, um schließlich abgeschlagen auf dem 5. Platz zu landen. Auch für Collor sieht er einen "Cavalcanti - Effekt" voraus. Aber das "Projekt" Fernando Collor de Mello ist komplexer als es auf den ersten Blick erscheinen mag: Er ist keineswegs nur der kecke Außenseiter, als den er sich verkauft.

Collor stammt aus einer alten Politiker-Dynastie. Sein Großvater war in den dreißiger Jahren Arbeitsminister unter dem populistischen Diktator Getulio Vargas und sein Vater eine Politikgröße im Nordosten des Landes. Er selbst gehörte der Partei der Militärs an, die ihn zum Bürgermeister von Maceio (Hauptstadt von Alagoas) machte. Bei den letzten indirekten Wahlen stimmte er noch für den extrem rechten Kandidaten Paulo Maluf, um wenig später

die Partei zu wechseln und zum Gouverneur gewählt zu werden. Eine nicht untypische Politikerkarriere in Brasilien, die weniger auf Opportunismus als auf Geschicklichkeit hindeutet.

Fernando Collor ist durch Heirat mit einer der mächtigsten Finanzfamilien des Landes verwandt. Er ist Besitzer einer lokalen Fernsehstation, die mit dem TV-Globo, dem übermächtigen Privatsender, verbunden ist. Und der Globo - Chef Roberto Marinho scheint nicht abgeneigt zu sein, Collors Kandidatur zu unterstützen. Collor ist ein Außenseiter, der mit beiden Beinen im etablierten System steht.

Noch ein anderer Umstand kommt Collor zugute: Die Rechten hat bisher keinen Kandidaten ins Rennen gebracht, der auch nur zwei Hunderte hinter dem Ofen hervorlocken könnte. Die rechten Präsidentschaftsanwärter bringen es bei Umfragen nur auf kümmerliche 1%. Wenn sich das nicht ändert - und bisher ist kein vorzeigbarer Kandidat in Sicht - wird ein großer Teil der Rechten Collor unterstützen, um den Sieg eines linken Kandidaten zu verhindern. Aus dem Smartie kann also durchaus ein dicker Brocken werden.

Ulysses Guimarães - der Senior im Spagat



Ulysses ist in gewisser Hinsicht das Gegenstück zu Fernando Collor. In den Umfragen liegt er bei 3%, ist aber Kandidat der größten Partei des Landes, der PMDB. Eigentlich wollte in der Partei niemand so recht Ulysses als Kandidaten, da ihm wenig Chancen eingeräumt werden zu gewinnen. Aber in zähen, innerparteilichen Kämpfen hat sich Ulysses dann doch gegen die Kandidaten vom rechten und linken Flügel der Partei durchgesetzt. Seinen Kontrahenten vom linken Flügel der Partei-Waldir Pires, der Gouverneur von Bahia-ernannte er zum Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten.

Ulysses hat sich letztendlich wohl durchgesetzt, weil er als einziger Kandidat die endgültige Aufsplitterung der PMDB verhindern kann. Er ist seit Jahren die bestimmende Persönlichkeit dieser Partei und er war die Schlüsselfigur beim Übergang von der Militärdiktatur zur zivilen Regierung. Bei der Kampagne für die Direktwahlen im Jahre 1984 erwarb er sich den Titel des "Senhor Diretas", um dann aber die Machtübernahme der PMDB durch indirekte Wahlen zu managen.

Das größte Problem seiner Kandidatur dürfte sein, daß die PMDB als Regierungspartei Mitverantwortung für die katastrophale Bilanz der Regierung Sarney trägt. Zwar hat die PMDB inzwischen offiziell mit der Regierung gebrochen, aber Vertreter des rechten Parteiflügels besetzen weiterhin zwei wichtige Ministerien (Landwirtschaft und Soziales). Die PMDB verstößt keineswegs diese "Dissidenten", denn schließlich sind sie einflußreich in der Partei und verfügen über einen gewaltigen Apparat. Wenn auch eine Unterstützung durch Sarney selbst eher als Judaskuß gilt, kann es Ulysses nicht riskieren mit den PMDB-Leuten in der Regierung zu brechen. Ulysses ist der Kandidat einer Oppositionspartei, die an der Regierung beteiligt ist - oder pointiert: Er ist Kandidat von Regierung und Opposition zugleich. Das ist ein zumindest riskanter Spagat. Dennoch - die Kandidatur des 73 jährigen sollte nicht unterschätzt werden. Ulysses ruft zwar keine Begeisterungstürme hervor, aber er gilt als gewiffter und nicht-korrupter Politiker, sein Vize ist durchaus populär und die PMDB immer noch die größte Partei im Lande.

Brizola - der ewige Kandidat



Seit Jahren steht es für Brizola und - viele Brasilianer - fest: Wenn es freie Wahlen geben wird, dann gewinnt Brizola. Er gilt vielen als der verhinderte Präsident. Brizola ist ein Überlebender der von den Militärs gestürzten linkspopulistischen Regierung, ein Schwager Goularts, des weggeputschten Präsidenten. Er war daher immer ein rotes Tuch für die Militärs, er gehörte zu den wenigen Politikern, die bereit waren, einen militanten

Widerstand gegen den Putsch zu organisieren. Aber schon vor den brasilianischen Wahlen hat Brizola ein anderes Amt errungen: Am 21. Juni wurde er zum Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale gewählt und seine Partei, die PDT in die SI aufgenommen. Allerdings ist die PDT alles andere als eine sozialdemokratische Partei, sie ist vielmehr ganz die Partei ihres "caudillo", sie steht völlig im Schatten Brizolas: ein Sammelbecken diverser Grüppchen, politisch kaum einzuordnen. Fast alle, die neben Brizola an Bedeutung gewannen, sind aus der Partei ausgetreten, haben sich mit ihm überworfen. Die PDT - das unterscheidet sie von den argentinischen Peronisten - besitzt kaum Einfluß in der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung. Brizola bemühte sich daher den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft von Sao Paulo Medeiros als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten zu gewinnen. Medeiros gehört zu den sogenannten Gewerkschaftern der "kon-

kreten Resultate", die von dem rechten US-amerikanischen Dachverband AFL/CIO unterstützt werden. Hingegen tummelt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung bei dem linken CUT, den scharfen Widersachern der Medeiros - Leute.

Diese Episode ist typisch für den Wahlkampf Brizolas. Er will offensichtlich auf der rechten Seite Stimmen gewinnen und versucht etwas von seinem linkspopulistischen Image loszukommen. Der neue Brizola lobt die Militärs und zur Frage der Auslandsschulden verspricht er lediglich eine Mobilisierung der internationalen Öffentlichkeit. Offensichtlich spekuliert er damit, daß ihm die Stimmen der Linke im zweiten Wahlgang (wenn keine der Kandidaten im ersten die absolute Mehrheit erringt) eh sicher sind, und daß seine Kandidatur nur nach rechts hin ausbaufähig ist. Die letzten Umfragen sehen ihn bei 11% der Stimmen, das ist der zweite Platz hinter Collor.

Lula mit Schlips, Kragen und Gabeira?



Den Kandidaten der PT (Arbeiterpartei) haben wir bereits in den LN 179 ausführlicher vorgestellt. Auch Lula versucht offensichtlich seine Kandidatur auf seriös zu trimmen. Immer häufiger ist der ehemalige Metallarbeiter in Schlips und Kragen zu sehen und vor US-amerikanischen Geschäftsleuten in Washington beteuerte er, daß jede Regierung ausländische Investitionen ermutigen müsse. Eine aufschlußreiche Diskussion hat sich in der PT um

die Nominierung des Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten entwickelt. Der Parteikongreß der PT hat Mitte Juni Fernando Gabeira, den Vorsitzenden der Grünen Partei, zum Kandidaten gewählt - gegen den entschiedenen Widerstand der Mehrheit des Direktoriums. Gabeira ist ohne Zweifel eine schillernde Persönlichkeit. Beteiligt an der Entführung des US-amerikanischen Botschafters 1969 wurde er verhaftet und 1970 durch die Entführung des deutschen Botschafters von Holleben befreit. Lange Jahre im Exil, darunter auch einige Jahre in Berlin, machten ihn mit den Ideen der europäischen Linken und der grünen Bewegung vertraut.

Franciso Weffort, Mitglied des Parteidirektoriums und einflußreicher PT - Ideologe, hat in der Folha de Sao Paulo ausführlich gegen Gabeira Stellung bezogen: dieser würde mehr Wähler verschrecken als hinzugewinnen. Als Beispiel führt er das Schicksal Fernando Henrique Cardosos an, der als Kandidat in Sao Paulo strauchelte - und schließlich fiel - , als er auf die Frage, ob er an Gott glaube, ins Stottern geriet. Es gehört wenig Fantasie dazu sich auszumalen, welche Schlammschlachten die Rechte gegen einen Ex-Guerilleiro als Kandidaten führen wird, der explizit

den Kampf gegen die Diskriminierung der Homosexualität auf seine Fahnen geschrieben hat. Weffort verweist auf die BRD. Auch dort mag die Grüne Partei zwar sympathischer sein als die SPD, aber sie greife nur Minderheitenthemen auf (als Beispiel nennt er gar die Atomkraft), Vorbild für die PT müsse aber die SPD sein, die "moderne" Forderungen, die mehrheitsfähig sind, organisieren. Selten ist so offen einer sozialdemokratischen Orientierung der PT das Wort geredet worden.

Aber die Entscheidung zugunsten Gabeiras ist noch nicht endgültig, man hat sich ein Hintertürchen offengelassen: Falls sich noch ein Kandidat findet, der eine breitere Front garantiert (die Kandidatur Gabeiras hat bereits die PCdoB, eine kommunistische Partei mit albanischer Orientierung, gründlich verschreckt), so kann das Parteidirektorium neu entscheiden. Zumindest ein hoffnungsvoller Name ist im Gespräch: Miguel Araes, Gouverneur von Pernambuco und alter Linkspolitiker mit Gelüsten die PMDB zu verlassen. (Die letzten Schlagzeilen hat Araes allerdings durch die brutale Zerschlagung eines Streiks im Gesundheitswesen gemacht) Araes könnte die Chancen Lulas erheblich verbessern. Zur Zeit liegt er bei den Umfragen mit nur noch 8% auf Platz drei.

Parlamentarischer Putsch?

Eines beunruhigt: Die Militärs sind offensichtlich mit keinem der angebotenen Kandidaten zufrieden. Auch der mögliche Sieg Collors bereitet ihnen Kopfzerbrechen. Seine Wahl hätte plebiszitäre Züge - gegen das bisherige Parteiengefüge. Collor ist zwar kein Linker, aber das Problem mit Populisten ist immer ihre Kontrollierbarkeit. Nun haben führende Militärs - unterstützt von der verzweifelten Rechten - einen neuen Plan lanciert. Die gerade erst verabschiedete Verfassung sieht für das Jahr 1993 ein Plebiszit über die Regierungsform vor: Präsidialsystem oder parlamentarische Demokratie. Die Militärs schlagen jetzt vor, das parlamentarische System sofort einzuführen, und somit entfielen die Präsidentschaftswahlen. Die Diskussion über das Regierungssystem ist eine Sache, die andere ist mit welcher Unverfrorenheit am Wahlsystem aus kurzfristigen Opportunitätsgründen herummanipuliert werden soll. Der "casuismo" - das willkürliche Ändern von Gesetzen für eine Wahl - hat eine lange Tradition. Aber dieses wäre wirklich der Gipfel: Ein Regierungssystem, das gerade der Modernisierung der brasilianischen Politik dienen sollte, wird von den Militärs zur vermeintlichen Machterhaltung ("Abwehr des Chaos heißt" das natürlich) mißbraucht.

Trotz der inzwischen massiven Stimmen für diesen Vorschlag scheint das Risiko zu hoch. Seit 1984 (dem Jahr der großen Kampagne für Direktwahlen) warten die Brasilianer auf die Präsidentschaftswahlen. Sie jetzt abzusagen, könnte die Situation zum explodieren bringen. Zwar glauben laut einer Umfrage unter Studenten in Sao Paulo 40% der Befragten an fliegende Untertassen und 93% nicht an die Politiker, dennoch wollen fast alle wählen.

Thomas W. Fatheuer

NICARAGUA

Solidarität und Hilfe - ideologische Hilflosigkeit

Unter dem Titel "10 Jahre Revolution in Nicaragua - 10 Jahre Solidaritätsbewegung" fand vom 16.-18. Juni ein Kongreß der Soli-Gruppen in Wuppertal statt. Es wurde keine Jubelfeier auf die kontinuierlichste und langfristige Solidaritäts-Bewegung der BRD. Die Gruppen diskutierten mit lateinamerikanischen Sozialwissenschaftlern die unterschiedlichen Sichtweisen der aktuellen Entwicklung Nicaraguas. Aber auch über die in wesentlichen Teilen unterschiedlichen Ansätze der Solidaritätsarbeit stritten sich die TeilnehmerInnen leidenschaftlich. Ein parteiischer Bericht.

Die Besonderheiten der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung mit Nicaragua im Vergleich zu anderen, vorangegangenen Soli-Bewegungen beschreiben Karl Rössel und Werner Balsen in ihrem Buch "Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der BRD" (Köln, 1986) vor allem damit, daß die Bewegung erst dann eine Breite erlangte, als die Sandinisten bereits an der Macht waren. Bei anderen nationalen Befreiungskämpfen (Vietnam, Algerien...) fand eine große Solidarität während der Phase des militärischen Kampfes statt, worauf sich danach die Bewegung ziemlich rasch in nichts auflöste, weil sie sich nicht mit den politisch-militärischen Strukturen beschäftigt hatte, die der Befreiungskampf hervorgebracht hatte und ihre eigenen revolutionären Wünsche nicht erfüllt sah. Anders in Nicaragua: Die Beschäftigung mit diesem Land setzte erst nach dem Sieg der Sandinisten intensiv ein, und die sandinistische Revolution schien alle erdenklichen Möglichkeiten zur Solidarisierung zu bieten: ihr humanistischer Charakter, breites Klassenbündnis, Einbeziehung des Christentums, Alphabetisierungskampagne usw. Dazu kam sicher, daß das Vorgängerregime, die Somoza-Diktatur, eigentlich von niemandem mehr öffentlich hatte unterstützt werden können. Daraus entwickelte sich hier eine Solidaritätsbewegung, die alle Schattierungen des "linken Spektrums" einschloß.

Aber in diesen Ansätzen sind auch die Konflikte angelegt, die die Bewegung seit ihrer Entstehung beschäftigen; völlig unterschiedliche Erwartungen an die Perspektiven und zum Teil überhöhte Einschätzungen der tatsächlichen Realisierungsmöglichkeiten revolutionärer Utopien in einem ausgebluteten, unterentwickelten Land werden - verstärkt seit den wirtschaftlichen Maßnahmen der letzten Zeit - mit der Realität Nicaraguas konfrontiert. Hatte der intensive Krieg

der US-bezahlten Contras noch Einigkeit herstellen können, so brechen jetzt, wo ein Ende der militärischen Konfrontation greifbar zu sein scheint, die schon immer latent vorhandenen Konflikte auf.

Streitpunkt : Nicaraguas Wirtschaftsmaßnahmen

Die wirtschaftlichen Maßnahmen, die die Regierung besonders seit der Währungsreform im Februar 1988 getroffen hat (sh. Wirtschafts-Artikel in diesem Heft) haben die unterschiedlichsten Reaktionen ausgelöst. Für zahlreiche Soli-Gruppen hatten diese Maßnahmen - insbesondere das lange Festhalten an einem schnell völlig unrealistisch gewordenen Dollar-Cordoba-Kurs im letzten Jahr - damals das Aus für ihre Projekte bedeutet; Unverständnis war die Reaktion. Mittlerweile ist zwar immer noch von "IWF-Maßnahmen" die Rede (sh. dazu Borge-Interview in diesem Heft), jedoch scheinen die Zwänge, in denen sich die sandinistische Regierung befindet, in der Soli-Bewegung anerkannt worden zu sein. Dennoch läuft in einigen Gruppen offensichtlich eine Diskussion über eine Verlagerung des Objektes ihrer solidarischen Begierde: So argumentierte ein Gewerkschaftsvertreter in einer AG: "Wenn die sandinistische Regierung - aus ihrer Sicht verständlich und richtig - bestimmte Maßnahmen ergreift, die direkt die Arbeiterinteressen berühren und die sandinistische Gewerkschaft (die wie die anderen Massenorganisationen wieder stärker zur Interessenvertretung ihrer Mitglieder werden soll) dagegen angeht, dann wäre unsere Solidarität sicher mit der Gewerkschaft." Das scheint symptomatisch zu sein: Verbal werden die Zwänge anerkannt, verbal wird auch die sandinistische Revolution als ganzes unterstützt; in kritischen Einzelfragen wird dann aber doch der einfachste Weg der Solidarisierung gesucht. Dem scheint ein latentes Mißtrauen gegenüber der sandinistischen Regierung zugrunde zu liegen, man scheint ihr doch zu unterstellen, daß sie anders könnte, wenn sie wollte. Hauptursache des Anstoßes: Zur Steigerung der Produktion werden den Unternehmern von der Regierung Anreize geboten.

Dabei ebenfalls symptomatisch für die Linke: Die eigentlichen Feinde der Revolution, die im COSEP zusammengeschlossenen Unternehmer, die sich beharrlich weigern, das Investitionsvolumen zu steigern, die USA und die anderen imperialistischen Länder werden höchstens noch in Sonntagsreden kritisiert; Hauptzielscheibe sind oft die Sandinisten. Ich will nicht der kritiklosen Übernahme aller Forderungen und Maßnahmen der sandinistischen Führung das Wort reden; problematisch finde ich aber, wenn die Symptome angegriffen werden, nicht die Ursachen.

Streitpunkt: EG-Hilfe

Nicaragua, genau wie alle anderen zentralamerikanischen Länder, fordert Finanzhilfe durch die EG und ihre Mitgliedsländer. Praktischster Ausdruck dieser Forderung ist die Europa-Reise von Daniel Ortega vor einigen Wochen, von der sich Nicaragua Zusagen über ein

Gesamtvolumen von 250 Mio. US-Dollar erhoffte, um damit seine Zahlungsbilanz ausgleichen zu können. Ganze 50 Mio. wurden tatsächlich zugesagt, die Bundesregierung ließ Ortega mit leeren Händen gehen. Angesichts der nur begrenzten Hilfe der RGW-Länder und der wirtschaftlichen Krisensituation Nicaraguas war es für die Soli-Bewegung kaum eine Frage, ob die Forderung Nicaraguas berechtigt sei oder nicht. Ein Streitpunkt ist allerdings, welche Rolle die Soli-Bewegung dabei spielen soll, begreifen doch die meisten von uns die EG und den Europäischen Binnenmarkt ab 1992 vor allem als Instrumente imperialistischer Politik gegenüber den Ländern der "Dritten Welt". Für einige - auf dem Kongreß z.B. vertreten durch Ralf Syring - ist es daher klar, daß es nicht Aufgabe der Soli-Bewegung sein kann, sich der Nicaragua-Forderung an die EG einfach anzuschließen, so berechtigt sie auch sei. Die Soli-Bewegung solle vielmehr diese EG an sich bekämpfen und ihre Funktion gegenüber den Ländern der "Dritten Welt" aufzeigen. Anderen kommt diese Position etwas schizophren vor: Wenn akzeptiert sei, daß die Sandinisten diese Hilfe derzeit fordern müssen, dann müsse sich die Soli-Bewegung dem auch anschließen, denn von unseren Bedenken würde die Revolution auch nicht überleben können.



Auffallend ist bei dieser Diskussion, genau wie in der Frage, ob die Soli-Bewegung die Wiederaufnahme der BRD-Entwicklungshilfe fordern solle, daß zumindest auf solchen Großtreffen mehr mit Schlagworten um sich geworfen als tatsächlich analysiert wird. Denn so imperialistisch wie "Entwicklungszusammenarbeit" auch immer sein mag, so klar ist doch auch, daß (nicht nur im Fall Nicaraguas) vor allem der Stopp dieser Beziehungen zum Druckmittel wird. Deshalb fordern viele doch auch die Einstellung aller Hilfe und Zusammenarbeit mit Südafrika und El Salvador, deshalb hat doch auch die BRD die Hilfe

an Nicaragua eingestellt und jetzt gleiches für die VR China beschlossen. Das Argument, daß Abhängigkeiten geschaffen werden, zieht hier nicht, denn die Abhängigkeiten sind objektiv bereits gegeben und werden erst dann zum vehementen politischen Hebel, wenn die Beziehungen ausgesetzt werden. Zumal sich - aus der Sicht Nicaraguas - die Frage nach einer weiteren Diversifizierung oder Umstrukturierung der Abhängigkeiten z.B. auf die RGW-Länder so nicht stellt.

Hier muß die Soli-Bewegung sich noch bewußter werden und Instrumente imperialistischer Politik genauer untersuchen. Bei jeder Forderung nach Wiederaufnahme der Hilfe muß natürlich das Wort "bedingungslos" nicht nur Sprechblase bleiben, sondern inhaltlich gefüllt und zum innenpolitischen Konflikt gemacht werden.

"Sozialdemokratisierte Städtepartnerschaften und anti-imperialistische Kampfzellen"

Der Hauptkonflikt über die Art und Aufgabe von Solidaritätsarbeit entzündete sich wieder einmal an den Städtepartnerschaften, wobei das wahrscheinlich nur der Ausdruck der Frage "Wo liegt unser Schwerpunkt, hier oder in Nicaragua?" ist. Die Vorwürfe gegenüber den Städtepartnerschaften pfeifen seit einiger Zeit die Spatzen von den Dächern: Keine politische Perspektive, Sozialdemokratisierung, Projektfixierung, "Tonnenideologie" usw. Dem stellen die Partnerschaftsinitiativen die ursprüngliche politische Zielsetzung dieser Partnerschaften gegenüber: Aufbrechen der politischen Isolation Nicaraguas durch Einbeziehen auch staatlicher Exponenten in die Solidaritätsarbeit; Verbreiterung der Basis der Solidaritätsbewegung ("Heraus aus dem linken Ghetto!") und Verbreitung von Gegeninformationen über Nicaragua; Effektivierung materieller Hilfe durch Konzentration auf ein Gebiet; Anheizen einer innenpolitischen Diskussion über das Nord-Süd-Verhältnis, die Rolle der BRD und der USA von der kommunalen Ebene aus.

Gegen diese Ansätze kann wohl niemand etwas haben, warum also die ganze Kontroverse? Die Argumente: Städtepartnerschaftsgruppen sind aufgrund ihrer Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen nicht in der Lage, einen konsequenten politischen Standpunkt zu Nicaragua zu entwickeln. Die allzu starke Konzentration auf die Projektebene verdrängt die politische Auseinandersetzung hier, es wird lediglich "Alternative Entwicklungshilfe" geleistet, und nicht jede Diskussion über Nicaragua ist per se politisch. Städtepartnerschaften bewegen sich in den Grenzen dieses Systems, sie arbeiten nicht gegen das System. Wenn Nicaraguas Revolution eine antiimperialistische war, dann kann die Soli-Bewegung "Im Herzen der Bestie" nicht mit dem System arbeiten. Die Zusammenarbeit mit der SPD - die überall zur Errichtung der Städtepartnerschaften gebraucht wird - verkleistert die realen Widersprüche und endet für die Gruppen in Opportunismus gegenüber der Sozialdemokratie. Die Aufgabe der Soli-Bewegung

müsse es sein, nicht nur über die Situation in Nicaragua zu mobilisieren, sondern einen Kampf zu führen, der dort wie hier stattfindet und der ein antiimperialistischer und antikapitalistischer sein muß.

Bedauerlich an der Diskussion war anfangs wieder, daß sehr viel auf der Erscheinungsebene diskutiert wurde. Städtepartnerschaften wurden nicht mehr als ein Teil der Soli-Bewegung diskutiert, sondern als Alternative. Kaum eine Städtepartnerschaftsgruppe kann alle genannten Vorwürfe von sich weisen, Tendenzen zur Entpolitisierung werden wohl überall vorhanden sein. Darüber jedoch die Möglichkeiten, die Städtepartnerschaften tatsächlich bieten, völlig zu negieren, greift m.E. wesentlich zu kurz und hilft auch nicht weiter. Städtepartnerschaften müssen Teil der Soli-Bewegung sein und bleiben, und es muß eine gegenseitige Anerkennung von Arbeitsformen unter einer gemeinsamen Zielsetzung erreicht werden. Zu dem Ansatz von Städtepartnerschaften, in weitere gesellschaftliche Bereiche eindringen zu können, die von der traditionellen antiimperialistischen Linken nicht erreicht werden, wußte niemand eine Alternative anzubieten. Erstaunlich war, daß die Ebene der materiellen Hilfe (Syring: "Hilfe ist nur ein Teil von Solidarität") überhaupt nicht diskutiert wurde, ja geradezu verpönt war. Für die meisten DiskutantInnen stand die politische Arbeit hier absolut im Vordergrund, kaum jemand mochte der Projektarbeit noch positive Seiten abgewinnen, zumindest nicht öffentlich. Was auch dabei übersehen wurde war, daß die Projektarbeit vielen Menschen einen Ansatzpunkt zur Mitarbeit und Solidarisierung ermöglicht, die sonst nicht erreicht würden. Allerdings impliziert das auch die Gefahr, auf der Betroffenen- und Projektebene stehen zu bleiben und die Politisierung zu vernachlässigen. Dieser Gefahr müssen sich die Städtepartnerschaftsgruppen bewußt sein und dementsprechend arbeiten. Dennoch: Die Alternativ-Diskussion "Städtepartnerschaften contra antiimperialistische Kampfzellen" ist nicht besonders fruchtbar und treibt eine Spaltung voran, die die ganzen Jahre über vermieden werden konnte.

Bernd Pickert



Frieden, Wahlen und die Opposition

Von den Sozialdemokraten bejubelt, von der Bundesregierung und den USA verleumdet, von Teilen der Soli-Bewegung scharf kritisiert: Seit der Verabschiedung des Mittelamerika-Friedensplanes von Esquipulas II im August 1987 hat sich in Nicaragua einiges verändert. Welche Herausforderungen hat die sandinistische Revolution jetzt zu bewältigen? Versuch einer Bilanz.

Als sich die fünf mittelamerikanischen Präsidenten am 7. August 1987 von der feierlichen Unterzeichnung des Friedensplanes für Zentralamerika erhoben, schien auf der Ebene lateinamerikanischer Souveränität und subkontinentaler Diplomatie ein neues Kapitel angebrochen zu sein. Gegen die USA, die noch zwei Tage zuvor einen Gegenvorschlag in die Diskussion gebracht hatten, wurde der Plan auf der Grundlage des Vorschlags von Costa Ricas Präsident Arias unterzeichnet. Nach dem jahrelangen Versuch der Contadora-Gruppe, auf lateinamerikanischer Ebene eine Einigung zu erzielen, der immer wieder am Widerstand der USA gescheitert war, schien nun der Durchbruch erreicht. Zentralpunkte des Friedensplanes waren:

- Schaffen eines Waffenstillstandes in allen Ländern
- Keine externe Unterstützung "irregulärer Truppen" (womit grundsätzlich sowohl die salvadorianische Guerilla als auch die Contra-Söldner gemeint waren)
- Kein Land darf sein Staatsgebiet Truppen zur Verfügung stellen, die gegen andere Länder operieren
- Abhaltung freier Wahlen in allen Ländern, Demokratisierung
- Gründung eines mittelamerikanischen Parlamentes und Wahlen dazu zum baldmöglichsten Zeitpunkt

Was hat der Plan nach zwei Jahren gebracht? Weder in Guatemala noch in El Salvador ist ein Waffenstillstand vereinbart worden, noch wurden jemals ernsthafte Verhandlungen mit der linken Opposition geführt; auch die nationalen Versöhnungskommissionen blieben Makulatur. Honduras stellt weiterhin sein Staatsgebiet den Contras zur Verfügung, auch wenn seitdem in einigen weiteren Verhandlungen und Resolutionen die Auflösung der Lager auf honduranischem Gebiet gefordert wurde. Costa Ricas Präsident Arias hat den Friedensnobelpreis erhalten und uns ein schönes Hochglanzbüchlein mit ausgewählten Reden und einem Vorwort von Hans-Dietrich Genscher besichert.

Es scheint sinnvoll, doch noch einmal auf den damals von den USA ins Spiel gebrachten "Friedensplan" zu schauen. Zentrale Punkte waren:

- Die nicaraguanische Regierung soll direkt mit der Contra über einen Waffenstillstand verhandeln
- Der Ausnahmezustand in Nicaragua soll aufgehoben, eine aus mehreren Parteien bestehende Wahlkommission gebildet werden
- Amnestie für Contra-Kämpfer und deren Eingliederung ins politische Leben Nicaraguas
- Abzug ausländischer Militärberater, Einstellung der Militärhilfe der UdSSR an Nicaragua soll Gegenstand von Verhandlungen der mittelamerikanischen Länder sein

Hauptkritikpunkt der 5 versammelten Präsidenten war damals, daß dieser Plan sich nur auf Nicaragua beziehe und daher kein Konzept zur regionalen Konfliktlösung darstelle. Es wurden "Essentials" der Sandinisten berührt, die die Unterzeichnung eines solchen Plans als sehr unwahrscheinlich erschienen ließen. Außerdem zeigten sich die Präsidenten verärgert über die Vorgehensweise der USA, den Plan so kurzfristig einzubringen. So wurde dieser Plan nicht einmal in die Tagesordnung übernommen, er schien "gestorben". Ein Beweis für mittelamerikanische Souveränität? Nach Unterzeichnung des Friedensplanes schwenkten die Regierungen Honduras' El Salvadors, Costa Ricas und Guatemalas direkt auf die Aussagen des US-Planes ein, und die "Weltöffentlichkeit" richtete ihr Augenmerk nur noch auf Nicaragua. War in den Friedensplan von Esquipulas ausdrücklich nicht der Passus von direkten Gesprächen mit der bewaffneten Opposition aufgenommen worden, um eine Unterzeichnung des Planes durch die Sandinisten zu ermöglichen, so forderte Oscar Arias nur wenige Wochen danach von Nicaragua eben dieses. Wenn die mit den USA verbundenen Präsidenten in der Folgezeit immer wieder davon sprachen, daß Nicaragua die Bestimmungen des Planes nicht erfüllt habe, dann schienen sie sich nicht auf das von ihnen unterzeichnete Dokument zu beziehen, sondern auf den "in der Schublade verschwundenen" US-Plan. Zum propagandistischen Problem wurde es, daß die Sandinisten mittlerweile die Auflagen beider Pläne nahezu komplett befolgt haben, ohne daß freilich die USA die in ihrem eigenen Plan angekündigten Gegenleistungen (Stopp der Contra-Hilfe, Einbeziehung Nicaraguas in regionale Hilfsmaßnahmen etc.) erbracht hätten.

Der Ausnahmezustand, der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Planes bestand, wurde mittlerweile aufgehoben, die seinerzeit verbottene Oppositionszeitung "LA PRENSA" darf seit dem 1. Oktober 1987 wieder völlig unzensuriert erscheinen. Die Nationale Versöhnungskommission wurde bereits am 9. September 1987 gegründet und mit Vertretern der wichtigsten Hauptströmungen der Opposition besetzt. Zwar wurde auch in Nicaragua der im Friedensplan vorgegebene Zeitrahmen für die Errichtung eines Waffenstillstandes nicht eingehalten, die Sandinisten haben jedoch alles getan, von der Aufnahme direkter Gespräche mit der Contra bis zur Ausrufung eines einseitigen Waffenstillstandes. Tatsächlich haben als Folge dieser Poli-

tik die bewaffneten Auseinandersetzungen an Quantität seit den Direktverhandlungen von Sapoa im März 1988 deutlich abgenommen, was allerdings nicht darauf zurückzuführen ist, daß die Contra tatsächlich den Waffenstillstand eingehalten hätte sondern eher auf ihre militärische Schwäche. Aber das war auch die Position, aus der heraus die Sandinisten Verhandlungen mit der Contra führen konnten: Eine Woche vor den ersten Direktverhandlungen auf nicaraguanischem Gebiet in der Stadt Sapoa hatte das sandinistische Heer im März 1988 eine letzte Großoffensive, die Operation "Danto 88" gestartet und damit die Contra-Lager auf nicaraguanischem Gebiet komplett zerstört. Da diese Kämpfe im Grenzgebiet zu Honduras stattfanden und die USA die Verhandlungsposition der Contra stärken wollte, sprach Washington von einer Invasion nicaraguanischer Truppen auf honduranisches Gebiet. Nach 12 Stunden intensivster diplomatischer Tätigkeit schloß sich die honduranische Regierung dieser Anklage an und bat die USA um "Hilfe", die zu dem Zeitpunkt längst unterwegs war: 3500 US-Soldaten wurden ins honduranische Grenzgebiet geschickt, Nicaragua reagierte mit einer Generalmobilisierung. Zwei Tage später begannen in dieser hochmobilisierten Situation die Gespräche in Sapoa.

Tatsächlich wurde in Sapoa mit der Contra-Delegation unter Leitung von Adolfo Calero ein Waffenstillstand und Folgegespräche vereinbart. Hauptproblem in dem danach einsetzenden Prozeß waren die internen Streitigkeiten innerhalb der Contra, in deren Verlauf sich der Hardliner-Flügel unter Führung des ehemaligen Offiziers der somozistischen Nationalgarde Enrique Bermudez, gefördert von den USA, durchsetzte. In den Folgegesprächen in Managua fielen die Contras immer wieder hinter die Vereinbarungen von Sapoa zurück, es kam zu keiner dauerhaften Einigung. Vor diesem Hintergrund ist die Intervention des CDU-MdB Scharrenbroich zu verstehen, der - ähnlich wie SPD-Wischnewski für die Sandinisten - auf Seiten der Contras zu vermitteln suchte. Die Sandinisten protestierten damals nicht dagegen, sondern begrüßten den Versuch ausdrücklich in der Hoffnung, damit einen kompetenten und verbindlichen Verhandlungspartner zu haben, was jedoch nicht gelang. Dennoch sollte hier nicht in Vergessenheit geraten, wen die CDU als Träger einer "Demokratisierung" in Nicaragua vorsieht.

Bedeutend ist das seit Esquipulas II nahezu perfekte Zusammenspiel zwischen Contra und interner Opposition, beide dirigiert durch die CIA. Die interne Opposition genoß seit Abschluß des Vertrages eine fast völlige Narrenfreiheit und versuchte, die Sandinisten zu Überreaktionen zu provozieren, die das Bild Nicaraguas im Ausland demolieren und beweisen sollten, daß Nicaragua die Forderungen des Abkommens nicht erfülle. Zentrale Stätten dieses Zusammenspiels: Die US-Botschaft in Managua und die Zeitung "LA PRENSA", deren Verlegerin Violeta Chamorro sich nicht entblödete, den Ex-Somozisten Bermudez bei seinem Aufenthalt in Managua vor laufender Kamera in die Arme zu schließen, worauf BARRICADA und NUEVO DIARIO mit großformatigen Bildern der Leiche ihres 1978 von der Nationalgarde



Violeta Chamorro - die Corazón Aquino von Nicaragua ?

ermordeten Mannes, des Verlegers Pedro Joaquín Chamorro Cardenal reagierten.

Höhepunkt der Provokation war die oppositionelle Demonstration im Juni 1988 in dem Ort Nandaime, wo - organisiert von der US-Botschaft - mit Stangen bewaffnete Schlägertrupps Randalen anstellten und die daraufhin erfolgte Auflösung der Demonstration und Verhaftung von Oppositionsführern durch die Polizei den Sandinisten den Ruf einbrachte, eben doch Meinungsfreiheit zu unterdrücken, Oppositionelle zu verfolgen etc. Zentrale Propaganda-Stellen dabei: Die PRENSA und die US-Nachrichtenagenturen.

Unter diesen Umständen schien es fast ausgeschlossen, daß in Nicaragua der Boden für eine tatsächliche politische Auseinandersetzung im Rahmen der 1987 verabschiedeten Verfassung bereitet sein könnte. Doch ist nach der Ausweisung des US-Botschafters Melton und der monatlichen Verlängerung des Waffenstillstandes durch die Sandinisten, der nur durch kleinere bewaffnete Aktionen der Contra unterbrochen wird, nach der Verkündung des neuen Wahl- und Mediengesetzes und der Willensbekundung der mittelamerikanischen Präsidenten vom Februar 1989, einen Plan zur Demobilisierung der Contra auszuarbeiten sowie der Zusage der Sandinisten, den Wahltermin auf Februar 1990 vorzuverlegen ein Prozeß in Gang gekommen, der die Opposition schließlich doch dazu zwingt, ein demokratisches Mäntelchen umzulegen. Einige Contra-Führer (Alfredo Cesar, Alfonso Robelo) kehrten bereits nach Nicaragua zurück und gliederten sich den Oppositionsparteien an.

Allerdings wäre es grundfalsch anzunehmen, die Konfliktlinien seien nicht mehr die gleichen oder es gäbe nun tatsächlich die Möglichkeiten für eine rein innernicaraguanische Lösung. Präsident Bush, über dessen "neue" Mittelamerika-Politik lange gerätselt wurde, scheint stärker als sein Vorgänger Reagan eine Doppelstrategie zu fahren: Aufrechterhaltung der Contra durch "humanitäre Hilfe" (wie er sagt bis zu den Wahlen 1990, um ein Druckmittel zu haben, das die Sandinisten zur Einhaltung ihrer Versprechen zwingt) und gleichzeitig massive ideologisch-politische Propaganda gegen die Sandinisten, mit dem Ziel, die Wahlen bereits im Vorfeld als illegitim darzustellen. Dem schließt sich die deutsche Bundesregierung voll an, die Äußerungen, die Bundesminister Warnke bei der Rückkehr aus Nicaragua machte, mögen dafür Beleg genug sein. Das Ziel der USA, die Machtübergabe der Sandinisten, hat sich nicht verändert, nur die Mittel sind - auch als Ergebnis von Esquipulas II - etwas subtiler geworden. Was bleibt den USA auch anderes übrig, scheint es doch so, daß diese unorganisierte, vom Caudillismo geprägte aber ohne einen wirklich charismatischen Caudillo ausgestattete Opposition kaum in der Lage sein wird, eine tragfähige Alternative zur FSLN aufzubauen. Zwar sehen (von der Opposition in Auftrag gegebene) Meinungsumfragen die gesammelte Opposition nur 3% hinter den Sandinisten (Latin America Weekly Report 89/15: 32,7% FSLN, 29,8% Opposition, 29,5% unentschieden, 12,5% wahrscheinliche NichtwählerInnen), doch was nutzt den USA eine Opposition, die sich nicht nur nicht einigt, sondern sich im Gegenteil weiter spaltet und die Wahlen letztendlich doch verlieren wird?

Aber auch andersherum: Die Sandinisten benötigen diese Wahlen nicht nur, um im Innern ein Placet der Bevölkerung für ihre Wirtschaftspolitik zu bekommen und den Fortgang der Revolution auch mit dem Stimmzettel abzusichern. Was die sandinistische Regierung vor allem erreichen will, ist die internationale Anerkennung dieser Wahlen und damit die Anerkennung der demokratischen Legitimität ihrer Regierung. Auf diesem Hintergrund sind die Konzessionen zu verstehen, die die FSLN nach allen Seiten macht, auch die angebliche Zusage an Warnke, das Wahl- und Mediengesetz nochmals zu reformieren (WELT v. 12.6.89), ist so zu deuten. Nur: Wenn der Gegendruck innerhalb der imperialistischen Länder nicht stärker wird, dann haben die Positionen dieser Regierungen nichts mit den tatsächlichen Verhältnissen in Nicaragua zu tun, dann wäre eine Änderung der US- und BRD-Regierungspolitik gegenüber Nicaragua nur zu erwarten, wenn die Sandinisten sich selbst abgeschafft hätten.

Bernd Pickert

Was ändert sich durch die Wirtschaftsreformen?

Nach neun Jahren "gemischter Wirtschaft" leitete die sandinistische Regierung Anfang 1988 eine Wirtschaftsreform ein, die rigide Sparmaßnahmen, Pleiten, Entlassungen und Hunger zur Folge hatte. Ähnliche Maßnahmen sind für Länder der sogenannten "Dritten Welt" nicht ungewöhnlich. Doch selten sind diese Maßnahmen wie in Nicaragua national eingeleitet, sondern sie werden normalerweise vom IWF befohlen und daher nicht primär durchgeführt, um die Wirtschaft zu stabilisieren, sondern um die Zinszahlungen an die Banken der imperialistischen Staaten sicherzustellen; ein Ziel, das in Nicaragua nicht verfolgt wird.

Die seit 1988 durchgeführten Wirtschaftsmaßnahmen sind nicht ohne die seit 1979 praktizierte Wirtschaftspolitik zu verstehen, welche Nicaraguas wirtschaftliche Entwicklung ebenso bestimmte wie die Einbindung in den Weltmarkt, die von Somoza ererbte Wirtschaftsstruktur und der Contrakrieg, der eine eigenständige Entwicklung Nicaraguas vielleicht am nachhaltigsten behinderte.

Rahmenbedingungen vor der Reform

Die Maßnahmen vom Januar 1988 waren eine Reaktion auf die nicht mehr zu kontrollierende Situation Ende 1987. Ein permanentes Außenhandelsdefizit von jährlich zwischen 350 und 600 Mio. US-Dollar, eine sich auf über 6,2 Mrd. US-Dollar akkumulierte Außenschuld 1987, ein wachsendes Haushaltsdefizit und eine einsetzende Hyperinflation von 1000 % waren die äußeren Daten, die die Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform anzeigten. Da 1987 die Contra weitgehend zurückgedrängt werden konnte, verringerte sich die direkte Belastung der Bevölkerung durch den Krieg. Diese Situation erlaubt der sandinistischen Regierung, die Bevölkerung mit Wirtschaftsmaßnahmen zu belasten, die eine Stabilisierung der nicaraguanischen Wirtschaft zur Folge haben soll. Die Ziele der Reform sind die Zurückdrängung der Inflation, Beseitigung der Verzerrung der relativen Preise, Senkung des Haushalts- und des Außenhandelsdefizits und Verkleinerung des informellen Sektors.

Währungsreform

Das Kernstück der als monetaristisch bezeichneten Reform war die Währungsreform. Am 14. Februar 1988 wurden neue Cordobas zu einem Kurs von 1000:1 ausgegeben und ein neuer Wechselkurs zum Dollar von 10:1 festgelegt, der eine faktische Abwertung von 3000 % bedeutete. Zum ersten Mal seit 1979 existierte damit ein einheitlicher Wechselkurs für Importe und Exporte. Zuletzt gab es noch zwei verschiedene Wechselkurse, doch Anfang

der 80er Jahre bestand ein kompliziertes System verschiedener Importwechselkurse, das den Preis des Dollar abhängig von der Notwendigkeit der Importe festlegte. Z.B. war der Wechselkurs für den Import von Ersatzteilen und Lebensmitteln geringer als der für Luxuskonsumgüter. Der Wechselkurs wurde zur Förderung der Industrialisierung und zur Kanalisierung der Investitionen eingesetzt. Dieses Steuerungsinstrument ist jetzt suspendiert; eine große positive Wirkung hatte es ohnehin nie.

Vereinheitlichung der Wechselkurse und Abwertung des Cordobas setzen die Betriebe den Weltmarktbedingungen aus und zwingen staatliche und private Unternehmen gleichermaßen zu rationalisieren. Gefördert wird mit dieser Politik der exportorientierte und kapitalextensive Bereich der Produktion (Kaffee, Fleisch, Grundnahrungsmittel), da der niedrige Wechselkurs eine internationale Konkurrenzfähigkeit gewährleistet. Demgegenüber erhöhen sich die Produktionskosten der importabhängigen Industrien immens, was zu einer Erhöhung ihrer Preise und zu sinkender Produktion führt.

Ein weiteres Element der Währungsreform ist die Reduzierung der Geldmenge, die das inflationäre Potential verringern sollte. Da nur eine begrenzte Menge Cordoba pro Kopf umgetauscht werden konnte, wurde illegal erworbenes Geld, sowie die Cordoba-Rücklagen der Contra entwertet. Insgesamt konnten so 20% der umlaufenden Geldmenge aus dem Verkehr gezogen werden. Gleichzeitig wurde ein restriktive Kreditpolitik durchgeführt, um eine inflationär wirkende Kreditexpansion zu vermeiden.

Produktion und Investition

Das neue Nicaragua war 1979 angetreten, die von Somoza ererbte peripher-kapitalistische Wirtschaftsstruktur zu überwinden, die Produktivkräfte zu entwickeln und die Produktionsverhältnisse zu ändern. Ein staatlich geleitetes Akkumulationsmodell sollte über langfristige Investitionsprogramme, Infrastrukturinvestitionen und gezielte Kreditvergabe sowie der oben erwähnte Wechselkurspolitik eine Diversifizierung der Produktionspalette erzeugen. Somit sollte einerseits die Abhängigkeit von Kaffee und Baumwolle verringert (ca. 2/3 aller Exporte) und andererseits die Wertschöpfung im Land vergrößert werden. Dieses Modell wurde jedoch nur die ersten Jahre in größerem Umfang forciert. Schon bald gab es einen Schwenk zurück zu den traditionellen Exportgütern und seit der Steigerung der Contra-Aggression 1984 und der zeitweisen Verminderung der nicaraguanischen Häfen durch den CIA kann kaum noch von einem speziellen staatlichen Akkumulationsmodell gesprochen werden, da seither allein 60% des Staatshaushaltes in die militärische Verteidigung der Revolution flossen.

Mit den Wirtschaftsmaßnahmen des Jahres 1988 wird endgültig ein Schlußstrich unter den Versuch gezogen, mit staatlichen Anreizen und Förderungen die Investitionen zu lenken und die zukünftige Produktionsstruktur zu bestimmen. Gescheitert war das Modell jedoch schon früher, da die Privatunternehmer die Möglichkeiten der "gemischten Wirtschaft" in keiner Phase nutzten, um zu investieren, sondern ihr Geld lieber illegal ins Ausland transferierten. Mit den jetzt durchgeführten Maßnahmen werden die Unternehmer gezwungen, entweder zu investieren und effizient zu produzieren oder bankrott zu gehen.

"Compactación" - Senkung des Haushaltsdefizits

Die im Staatshaushalt praktizierte Sparpolitik wird als compactación bezeichnet. Die Zusammenfassung mehrerer Ministerien (z.B. Industrie, Binnenwirtschaft, Außenhandel: Daraus wird das neue Wirtschaftsministerium) und die Entlassung von 10% der Staatsbediensteten auf allen Ebenen (Hilfskräfte, höhere Beamte usw.) leiteten eine Rationalisierung und damit eine Effektivierung des administrativen Apparats ein.

Die Sparmaßnahmen beinhalteten weiterhin Mittelkürzungen von 40%, die vor allem langfristige soziale Projekte treffen. D.h. Ausgaben für Gesundheit und Bildung gehen zurück, und Subventionen für Transport und Lebensmittel wurden gestrichen. Ausgabenreduzierungen wurden schon vor 1987 durchgeführt, indem die Subventionierung verringert wurde, bzw. die Zahl der subventionierten Produkte abnahm, so daß die Sparmaßnahmen von 1988 lediglich eine konsequente Weiterführung der schon früher erkannten notwendigen Sparpolitik sind.

Löhne und Gehälter

Im Februar 1988 wurden neue Löhne und Preise festgesetzt, die eine etwa fünfzigprozentige Deckung des Mindestbedarfs einer Familie sicherten. Das war mehr als zuvor. Da Preiskontrollen nicht in ausreichendem Maß durchgeführt werden konnten und die Inflation davongaloppierte, wurde die Preisbildung schließlich Mitte 1988 dem Markt überlassen. Die Reallöhne waren bereits auf 10% des Mindestbedarfs gefallen.

Lohnerhöhungen, die auch weiterhin unterhalb der Inflationsrate festgesetzt wurden, senkten die Reallöhne weiter und brachten weite Teile der Bevölkerung an den Rand des Hungers. Kostenerhöhungen, die durch die Währungsreform zustande kamen, wurden auf die Preise überwältigt, welche jetzt teilweise über den Weltmarktpreisen liegen. Da die Löhne gleichzeitig zu den niedrigsten der Welt gehören (auf dem Land sind die Löhne drei- bis viermal niedriger als im zentralamerikanischen Durchschnitt) sinkt die Nachfrage. Zwar wird damit auch die Import-

nachfrage gesenkt, was positive Effekte auf die Handelsbilanz hat, aber ebenso wichtig sind die negativen Auswirkungen der Reallohnsenkung.

Als erstes ist der Hunger der NicaraguanerInnen zu nennen. Zweitens vergrößern sich die Lager der Produzenten, da sie keine Waren mehr verkaufen können. Daraufhin verringert sich die Produktion und somit die Menge der zur Verteilung zur Verfügung stehenden Waren. Letztlich stieg 1988, ähnlich wie 1987, das Haushaltsdefizit trotz "compactación", denn die Sparmaßnahmen waren geringer als die ausgefallenen Steuereinnahmen. Die gefallene Kaufkraft führte zu sinkendem Umsatz bei



Aufnahme: Cordelia Dilg

Rum und Zigaretten, den wichtigsten Steuereinnahmequellen des Staates. Zum Schluß muß noch der informelle Sektor erwähnt werden. Er bleibt ein bedeutender Faktor für die Einkommenssicherung weiter Teile der Bevölkerung. Ein Ziel der Reformen, die Bedeutung des informellen Sektors zu verringern, bleibt damit auf längere Zeit nicht erfüllt. Wie schon vor der Revolution, als 2/3 der städtischen Bevölkerung im informellen Sektor tätig war, bleibt dieser Sektor auch heute noch ein wichtiger Bestandteil für die Beschäftigung der NicaraguanerInnen.

Die Reformen - eine neue Politik?

Die anfangs erwähnten Rahmendaten (Auslandsverschuldung, Haushaltsdefizit, Inflation) waren die Indikatoren, die radikale Wirtschaftsmaßnahmen forderten. Doch die Gründe für das 1988

durchgeführte Maßnahmenpaket gehen viel weiter zurück. Seit 1979 versucht Nicaragua mit der "gemischten Wirtschaft" eine friedliche Zusammenarbeit von Staatssektor (APP) und Privatwirtschaft zu erreichen, bei der ein Teil der Wirtschaft von Staatsbetrieben getragen wird, die Privatunternehmen jedoch in ihrem Teil ungestört bleiben oder sogar Förderungen (z.B. über den Wechselkurs) seitens des Staates,

Aber das war ein sandinistischer Traum, der die intellektuellen Fähigkeiten des nicaraguanischen Bürgertums überschätzte, eines Bürgertums, das sich, wie sich zeigte, weniger kapitalistisch verhielt und investierte, als vielmehr merkantilistische Züge an den Tag legte, was sich in der Dekapitalisierung der Betriebe und anhaltender Kapitalflucht deutlich zeigte. Die APPs arbeiteten aufgrund steigender Bürokratisierung und sich ständig ändernder Produktionsleitlinien ineffektiv und konnten folglich ihr Ziel, Überschüsse zu produzieren und diese produktiv zu reinvestieren, nicht erreichen. Im Zuge der "compactación" soll hier eine Verbesserung erreicht werden.

Die "gemischte Wirtschaft" bedeutete den Versuch, eine soziale Revolution in Gang zu setzen, ohne mit dem Privatkapital völlig zu brechen. Dieses Privatkapital soll sogar in das Entwicklungsmodell mit einbezogen werden. Somit war die Wirtschaft klar sozialmarktwirtschaftlich ausgerichtet, d.h. die sozialen Reformen wie Landverteilung, Verbesserung der Gesundheitsversorgung, breite Alphabetisierung und weitgehende Subventionierungen von Lebensmitteln und Transport sollten unter Dominanz des Staates, aber unter Einbeziehung der Privatwirtschaft realisiert werden. Dies ist ein Grund für die zurückhaltende Enteignungspolitik nach dem Sieg der Revolution. Neben dem Besitz des Somoza-Clans (17% des Bodens, 40% der Industrie und des Finanzsektors) wurden nur diejenigen Ländereien in Staatseigentum überführt, deren Besitzer in die USA ausgewandert waren und die ihr Land brachliegen ließen.

Die externen Faktoren

Neben den erwähnten internen Schwierigkeiten wurde Nicaraguas Entwicklung von zahlreichen externen Faktoren begrenzt. Der von den USA geführte Krieg der niederen Intensität, der Contra-Krieg, war ein Hauptgrund für das Stagnieren und Schrumpfen der nicaraguanischen Wirtschaftsaktivitäten. Die permanenten Sabotageakte, Zerstören von Brücken und Straßen und Anschläge auf die Energieversorgung und auf Lebensmittellager bedeuteten nicht nur Schäden durch direkte Zerstörung in Höhe von 12 Mrd. US-Dollar, sondern führten häufig auch zu Produktionsstillständen und somit zu sinkender Produktivität und Produktion. Von dem Terror der Contrabanden vertrieben, flüchteten viele über die Grenze nach Honduras oder Costa Rica, oder migrierten

in die Städte, vor allem Managua, wo sie im informellen Sektor tätig wurden. Die ständige Mobilisierung an der Grenze ist unumgänglich für die militärische Verteidigung der Revolution, führte aber in der Vergangenheit, ähnlich wie die direkten Sabotageakte, zu häufigen Unterbrechungen der Fabrikation und damit zu sinkender Produktion.

Das US-Handelsembargo gegen Nicaragua ab Mai 1985 schädigte Nicaragua nachhaltig, da z.B. ausfallende Ersatzteillieferungen für den fast vollständig aus den USA stammenden Maschinenpark von gestiegenen Importen aus den RGW-Staaten nicht substituiert werden konnten. Gleichzeitig mit dem Handelsembargo drängten die USA die internationalen Organisationen, Nicaragua keine Kredite mehr zu gewähren. Mitte der 80er Jahre stellten zahlreiche westeuropäische Länder ihre Entwicklungshilfeszahlungen an Nicaragua ein. Die BRD beispielsweise sperrte 40 Mio. DM, die noch unter Somoza bewilligt worden waren. Begründung: Nicaragua müsse sich erst demokratisieren, bevor das Geld ausgezahlt würde. Bei der Europa-Rundreise von Daniel Ortega schob Helmut Kohl dasselbe Argument vor, um die Hilfe zu verweigern. Angesichts der Tatsache, daß Nicaragua das einzige Land Zentralamerikas ist, das die Bedingungen des Friedensplans von Esquipulas und San José einhält, ist dies ein nur allzu deutlich fadenscheiniges Argument.

Nicaraguas Einbindung in den Weltmarkt konnte nach 1979 nicht durchbrochen werden, da ein begrenzter Binnenmarkt, kaum vorhan-



Arbeitersiedlung in Managua

Aufnahme: Cordelia Dilg

dene Industrie und fehlende Akkumulationspotentiale eine abgekoppelte Entwicklung auch nicht ansatzweise zugelassen hätte.

Eine aktuelle Einschätzung

Das sozialmarktwirtschaftliche Modell scheiterte, da wegen der erwähnten externen Einflüsse und der internen Strukturen nicht genügend Überschüsse erzielt werden konnten, um die durchgeführten Sozialleistungen zu finanzieren. Wenn jetzt die Binnenwirtschaft und der Außenhandel liberalisiert werden, ist das eine Reaktion auf die nicht mehr aufrechtzuerhaltende Verschuldungssituation Nicaraguas. Die Politik zielt auf eine kurzfristige Krisenbewältigung. Die prinzipielle Wirtschaftsstruktur wird nicht verändert, wenn auch eine Verschiebung Richtung Privatsektor einsetzt, bleibt der APP erhalten und die Landverteilung wird nicht angegriffen. Die jüngste Enteignung machte deutlich, daß Privatunternehmer auch in der Krise keine heiligen Kühe sind. Sie werden nur solange unterstützt, wie sie dem Entwicklungsmodell bzw. den Austeritätsmaßnahmen nicht schaden.

Die eingeleiteten Maßnahmen waren unumgänglich, bergen aber dennoch große Risiken in sich. Die momentan zu beobachtenden Pleiten und Lohnsenkungen können statt wie erhofft eine produktive Struktur zu erreichen, in einer langen Rezession enden. Die FSLN mußte diese Gefahr hinnehmen, da jeder weitere Aufschub der Wirtschaftsreform eine noch größere Krise nach sich gezogen hätte. Angesichts der Wahlen im Februar 1990 ist die Verschlechterung der Lebensbedingungen sicherlich keine positive Werbung für die FSLN, muß aber angesichts der politisch starken Position der Frente nicht unbedingt kontraproduktiv sein. Bei den Wahlen zur UNEN (StudentInnenvertretung) im Frühjahr 1989 gewann die Juventud Sandinista über 60% der Stimmen mehr als bei den vorhergehenden Wahlen.

Lukas Hano

»Es ist nicht das gleiche, eine Situation von fern zu sehen und mit ihr zu leben.«

Interview mit Comandante Tomás Borge

Die Wirtschaftspolitik, die Konzessionen im Rahmen des Friedensprozesses, die Suche nach Hilfe von den Regierungen der EG-Länder sind in der Solidaritätsbewegung viel diskutierte Fragen. Auf Einladung des Evangelischen Kirchentages hielt sich der Innenminister Nicaraguas, der einzige überlebende Gründer der FSLN, Comandante Tomás Borge, Anfang Juni dieses Jahres in Berlin auf. Das folgende Interview ist eine Zusammenstellung aus Fragen und Antworten, die bei mehreren Pressekonferenzen und vor allem bei einem Treffen mit VertreterInnen der Berliner Solidaritätsgruppen von den LN mitgeschnitten wurden.

IWF-Politik ohne IWF?

Frage: Zur Wirtschaftspolitik Nicaraguas. Sind die Maßnahmen zur Inflationssenkung nicht die gleichen, die der IWF, also eine imperialistische Organisation den Ländern der "Dritten Welt" aufzwingt? Welches sind die Zwänge und die Ziele?

Tomás Borge: Ich möchte von folgender Grundlage ausgehen: Eine Revolution ist ein Wechsel der machthabenden Klassen. Die Instrumente der Klasse, die von der Macht abgelöst wurde, nützen manchmal auch der neuen herrschenden Klasse. Z.B. haben die herrschenden Klassen eines Landes Armee, Polizei und Gefängnisse. Wenn diese Klassen durch eine andere an der Macht abgelöst werden, überleben Armee, Polizei, Gefängnisse, nur daß es eine andere Armee, eine andere Polizei und andere Strafvollzugssysteme sind. Andere Menschen, die die Interessen der Klasse vertreten, die an die Macht gekommen ist. Aber ein Gewehr in der Hand eines Reaktionärs schießt genauso wie ein Gewehr in der Hand eines Revolutionärs. Der Unterschied liegt darin, wohin das Gewehr zielt und welche Interessen es verteidigt oder angreift. Genauso können wirtschaftliche oder politische Maßnahmen in der Form anderen gesellschaftlichen und sozialen Realitäten gleichen, aber andere Interessen verteidigen. Es gibt zwar bestimmte formale Übereinstimmungen der Maßnahmen, die in Nicaragua getroffen wurden mit denen des IWF, aber grundlegende inhaltliche Unterschiede. Während der IWF die Interessen der Bourgeoisie verteidigt, sollen die Maßnahmen, die wir ergriffen haben, die Interessen der Arbeiter verteidigen. Das ist der wesentliche Unterschied, obwohl für den Moment der Lebensstandard der Arbeiter betroffen ist. Es handelt sich um strategische Entscheidungen und nicht um die sofortige Lösung eines Problems.

Anfänger-Fehler in der Wirtschaftspolitik

Die ökonomische Lage, in die der Krieg unser Land versetzt hat, ist verheerend. Zuerst haben wir den Anfängerfehler gemacht, Gelder, die wir als Kredite, Spenden oder in anderer Form empfangen haben, in die Subvention der Normalität des Landes zu investieren. Die Saat, die Jahre später Früchte tragen sollte, haben wir einfach konsumiert. Und wir glaubten in den ersten Jahren an eine solche subventionierte Normalität. Die Transport-, die Lebensmittel- und Arzneimittelpreise etc. wurden mit diesen Geldern subventioniert. Genauso vergab man völlig unrealistische Kredite für die Bauern: Es gingen vollbeladene Flugzeuge und LKWs mit Geld heraus, um es unter die Bauern zu verteilen. Damit sollten Kooperativen unterstützt werden, aber natürlich haben viele von ihnen keine Kooperativen gegründet, sondern einfach das Geld für den Konsum ausgegeben. Die Kredite an die Bauern vergab man desorganisiert und nach romantischen Vorstellungen, fern jeder Realität, und vor allem wurden die für Investitionen bestimmten Gelder konsumiert.

Danach wurde die Preisfreigabe dringend erforderlich, um sich an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen und den negativen Auswirkungen der Inflation entgegenzutreten zu können. Die Inflation in unserem Land hat die apokalyptische Zahl von 36.000 Prozent jährlich erreicht. Deshalb war es notwendig, einige dramatische Maßnahmen zu ergreifen, um diese Inflation zu kontrollieren und nicht in die totale wirtschaftliche Anarchie und eine völlige Kriegswirtschaft zu verfallen. Deshalb haben wir zuerst die Haushalte aller staatlichen Ministerien einschließlich des Verteidigungsministeriums und des Innenministeriums gekürzt. In meinem Fall, dem Innenministerium, wurde der Haushalt über Nacht um 50 Prozent gekürzt. Wir haben das gleiche mit der FSLN gemacht, den Haushalt um 40 Prozent verringert. Der Armee wurde der Etat um 20 Prozent gekürzt; wir wollten das Heer nicht zu stark beschneiden, denn wir stehen immer noch in einer militärischen Konfrontation. Aber nicht nur das Verteidigungsministerium oder die FSLN waren von den Kürzungen betroffen, sondern auch das Gesundheits-, das Erziehungs- und das Wohnungsbauministerium, überhaupt alle Ministerien des Landes. Und mit folgendem Ergebnis: Es gibt nicht nur weniger Polizei in Nicaragua, es gibt auch weniger Bildung und weniger Gesundheit; weniger Lehrer, weniger Medizin, weniger Krankenhausversorgung. Das ist die Realität, die uns der Krieg in Nicaragua gebracht hat. Die Maßnahmen, die augenscheinlich den Lebensstandard der Arbeiter betreffen, sind dazu bestimmt, die Wirtschaft zu stabilisieren, um im geeigneten Moment in der Entwicklung unseres Landes voranzukommen und in der Praxis die Prioritäten im Sinne der gesellschaftlichen Schichten setzen zu können, die in Nicaragua an der Macht sind, also der Arbeiterklasse, die derzeit Zugeständnisse an die Bourgeoisie macht. Abschließend also: Wir haben eine neue ökonomische Geographie in unserem Land, und die Maßnahmen, die wir ergriffen haben und die auf der Erscheinungsebene denen des IWF so gleichen, sind nur dem Schein nach gleich, tatsächlich aber nicht.

Primitive Bourgeoisie

Frage: In Nicaragua läuft ein Prozeß der konzertierten Aktion (concertación). Sie haben gesagt, daß es jetzt die Arbeiter sind, die Konzessionen machen. Wie sieht das genau aus, über welche Organisationen wird das gemacht, welche Art von Zugeständnissen machen dabei eigentlich die Unternehmer?



Tomás Borge: Zum Prozeß der "concertación", den ich angesprochen habe: Ich setze die Regierung mit der Arbeiterklasse gleich, auch wenn formal von einer "concertación" zwischen der Regierung, den Arbeitern und den Unternehmern gesprochen wurde. Vorrangig wurde das über direkte Gespräche zwischen Staatsministern und Unternehmern gemacht. Gleichzeitig gab es zahlreiche Treffen der Nationalen Leitung der FSLN mit den Arbeitern. Diese Versammlungen haben vor allem das Ziel, die wirtschaftlichen Maßnahmen zu erklären, damit sie von den Arbeitern verstanden werden. Es gab ernsthafte Schwierigkeiten, die Unternehmer in diesen Prozeß der "concertación" einzubinden, denn sie hegen großes Mißtrauen gegenüber den Ergebnissen. Das heißt, die Primitivität der nicarguanischen Bourgeoisie verhindert, daß sie die Möglichkeiten einer Klassenallianz begreifen, um der Wirtschaftskrise zu begegnen. Denn sie wollen keine wirtschaftliche concertación, sondern den politischen Machtverzicht der Frente Sandinista. Sie sagen: Erst Rücktritt, dann die wirtschaftliche Verständigung. Aber wir wissen, daß die Aufgabe der politischen Macht unmöglich ist und einen grundlegenden Wechsel der gesellschaftlichen Kräfte an der Macht bedeuten würde. Wir stecken in

diesem schwierigen Prozeß, den Unternehmern die Notwendigkeit einer Verständigung klarmachen zu müssen. In einigen Bereichen ist das schon erfolgt. Es bestehen scheinbar Möglichkeiten für die Baumwollproduzenten, in ausreichender Menge zu säen. Man muß berücksichtigen, daß es in Nicaragua neben dem Staat große Baumwollunternehmer gibt und diese nicht nur durch das neue politische Klima, sondern auch durch die klimatische Situation des Landes und vor allem durch die Baumwollpreise überzeugt wurden. Das schafft, politisch gesprochen, die Möglichkeit einer Verständigung mit den Unternehmern. In gleicher Weise hat es eine Verständigung mit den Milch- und Fleischproduzenten gegeben, indem wir die Preise für sie verbessert und ihnen einige ökonomische Anreize gegeben haben. Dies ist der Mechanismus der concertación, die umgangssprachlich als eine concertación zwischen Regierung, Arbeitern und Unternehmern bezeichnet wird, obwohl es eigentlich eine concertación zwischen der Regierung, die die Arbeiter repräsentiert, und den Unternehmern ist.

Arbeiterinteressen

Aber auch die Arbeiter haben in dieser komplexen wirtschaftlichen Situation ihre spezifischen Interessen in Bezug auf ihr Einkommen: die Notwendigkeit einer Steigerung der Reallöhne. Das ist im Augenblick aufgrund der realen Probleme sehr schwer zu erreichen. Vor kurzem gab es den Lehrerstreik, und die Führer der FSLN mußten all ihre Überzeugungskraft aufwenden, um die Lehrer dazu zu bewegen, diesen Streik zu beenden. Denn die Lehrer verlangen bessere Löhne, und diese Forderung ist gerecht, denn sie bekommen Hungerlöhne! Aber das gilt auch für die Polizei. Ein Polizist verdient 30 Dollar monatlich ohne jede soziale Zuwendung, Lehrer ebenfalls Hungerlöhne. Wenn ein Lehrer eine Gehaltserhöhung und die Verbesserung seiner Lebensbedingungen verlangt, so ist das absolut gerechtfertigt. Nur: Wenn wir die Löhne der Lehrer erhöhen, so läuft das direkt der Inflationsdämpfung zuwider. Wir können also die Löhne nicht erhöhen, aber wir müssen irgendwie auf die Lehrer eingehen. In diesem Sinne gab es viele Kontakte zwischen der sandinistischen Führung und den Lehrern, und man kam zu einigen Absprachen, z.B. einen Fond für die Lehrer zu gründen, um ihre Reallöhne zu erhöhen, nicht die Nominallöhne. Auch für andere Bereiche der Arbeiterschaft sind solche Fonds gegründet worden. Ich habe im Innenministerium ebenfalls einen Fond gegründet, um die Lebensbedingungen der Kämpfer des Innenministeriums zu verbessern, besonders für die Polizisten. Denn die Polizisten haben in Nicaragua Hungerlöhne, und sie können nicht stehlen, wie das in fast jeder Polizei der Welt vorkommt, besonders in Lateinamerika: Die Polizisten stehlen, um überleben zu können. In Nicaragua können sie das nicht, denn es hat sich eine Tradition der ausgedehnten Kontrolle über die Polizisten entwickelt.

Entwicklungsperspektiven

Frage: Noch eine Frage zur Wirtschaftspolitik, aber vielleicht etwas futuristischer. Sie haben über die aktuelle Situation gesprochen, über die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche, wie aber glaubt Nicaragua, aus dieser desolaten Lage herauszukommen? Was sind die Perspektiven?

Tomás Borge: Ein an Bodenschätzen, Wasser und Wäldern reiches Land, das keine Fachkräfte hat, entwickelt sich nicht. Lateinamerika ist ein junger Kontinent, was die Weltgeschichte betrifft. Afrika auch. In Afrika und in Lateinamerika gibt es enorme Naturreichtümer, jedoch eine große Unterentwicklung im wissenschaftlich-technischen Bereich. Man muß bedenken, daß sich eine Wüste in ein Paradies verwandeln kann, wenn es die entsprechenden Fachkräfte gibt, und daß sich ein Paradies in eine Wüste verwandeln kann, wenn die wissenschaftlich-technischen Fachkräfte fehlen. Und dann muß man ein politisches System haben, das sowohl willens als auch fähig ist, diese Umwandlung voranzutreiben. Wir haben den Weg eingeschlagen, Fachkräfte auszubilden, und es gibt z.Zt. 6000 nicaraguanische Studenten, die an verschiedenen europäischen Universitäten studieren, einige auch hier. Wir hoffen, daß die "Ernte" dieser Fachkräfte zur Entwicklung des Landes beitragen wird. Und der erste Schritt ist ein politischer: Wir müssen Stabilität und Frieden erreichen. Wenn wir den Frieden erlangt haben, haben wir damit die Perspektive unserer internen Entwicklung erreicht.

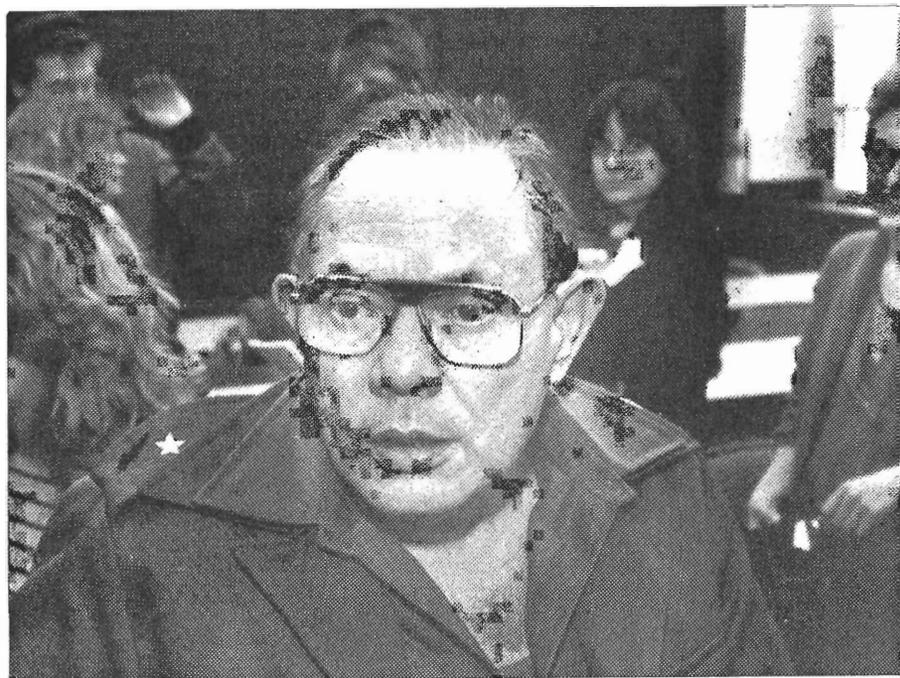
Die Modernisierung unserer Unternehmen muß mit der Ausbildung von Fachkräften einhergehen, und wenn der Frieden erreicht ist, glauben wir, die Produktion erhöhen zu können, was die einzige konkrete Möglichkeit ist, Rückständigkeit und Unterentwicklung zu überwinden. Das muß ein Prozeß sein, den man natürlich nicht per Gesetz verordnen kann, sondern der in Etappen vor sich gehen muß. Wir glauben, daß wir in den nächsten zehn Jahren die Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung Nicaraguas schaffen können, damit Nicaragua ein Entwicklungsland wird.

Frage: Für mich ist das ein Widerspruch, wenn der Comandante Luis Carrion mit den Unternehmern spricht und ihnen Investitionsanreize anbietet, und die Reallöhne sinken. Für mich ist es ein Widerspruch, den Imperialismus in der Form der Marionette Somoza aus dem Land zu jagen, einen Krieg gegen die von den Imperialisten bezahlte Contra zu gewinnen, und die daraus entstehenden Wirtschaftskrise mit Maßnahmen lösen zu wollen, die denen der imperialistischen Mächte sehr ähnlich sehen. Für mich ist es auch ein Widerspruch zu glauben, man könnte ausländisches Kapital dazu bewegen, zu für das Land günstigen Bedingungen zu investieren. Ich kenne kein historisches Beispiel wo das jemals passiert wäre, daß in auszubeutende Länder ausländisches Kapital investiert worden wäre, ohne daraus den alleinigen Nutzen zu ziehen.

Tomás Borge: Wir haben mit dem bestmöglichen guten Willen der Welt versucht, die richtigen Antworten zu finden, um aus der fürchterlichen Wirtschaftskrise herauszukommen. Es stimmt, daß es ein Absinken der Reallöhne der Arbeiter gegeben hat. D.h., es hat einen Anstieg der Nominallohne gegeben, aber ein Absinken der Reallöhne. Und in diesem Sinne haben wir eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, nicht um jetzt die Nominallohne zu erhöhen - außer dort, wo es um Inflationsanpassung ging - sondern um die Reallöhne zu steigern. Wir haben den Arbeitern Lebensmittel gegeben, aber wir haben die Industriearbeiter priorisiert, denn wir können nicht alle gesellschaftlichen Bereiche abdecken. Die einzige Möglichkeit, die wirtschaftlichen Bedingungen Nicaraguas zu verbessern, liegt in der Steigerung der Produktion. Und wir sind dabei, adäquate Bedingungen für die Produktionssteigerung zu schaffen. Denn was sollen wir verteilen, wenn wir nichts produzieren? Wir können weder Bohnen verteilen, die es nicht gibt noch Seife, die nicht hergestellt wurde. Man muß die Seife und die Bohnen erst produzieren. Und die Maßnahmen, die wir ergreifen, z.B. die Anreize, die für euch denen der imperialistischen Länder ähneln, dienen dazu, in diesem Moment die Produktion zu steigern, die Quantität der Lebensmittel zu erhöhen und den Arbeitern mehr Waren als jetzt geben zu können.

In Nicaragua investieren weder Kapitalisten noch Sozialisten

Und im gleichen Sinne haben wir keine andere Alternative, als die Investition ausländischen Kapitals zu suchen, sei es kapitalistisch oder sozialistisch. Wir haben versucht, daß die sozialistischen Länder bei uns investieren, aber in Nicaragua investieren wegen der politischen Instabilität weder Sozialisten noch Kapitalisten. Wir haben auch die Kubaner zu Investitionen aufgefordert, z.B. im Fischfang. Es war nicht möglich, Fidel Castro zu überzeugen, allerdings nicht aus egoistischen Gründen, sondern weil er der Auffassung ist, daß jede Investition durch einige rechte und ultrarechte Elemente als opportunistische Haltung Kubas oder als Ausnützung unserer schlechten Wirtschaftslage interpretiert werden könnte. Und deshalb wollte auch er keine Investition tätigen. Trotzdem werden wir es weiter versuchen. In Nicaragua gibt es ein Gesetz über ausländische Investitionen, das die Spielregeln festlegt. Dieses Gesetz besagt, daß die Gewinne durch ausländische Investition gerecht verteilt werden, daß Nicaragua durch ausländische Investitionen keinen Nachteil erfährt. Wenn ein ausländisches Unternehmen unter diesen Bedingungen nicht investieren will, dann wird es das sicherlich auch nicht tun. Ich glaube, es gibt einige Präzedenzfälle, wo Auslandsinvestitionen sowohl dem investierenden Land oder Unternehmen als auch dem Land geholfen haben, in das investiert wird. Und in diesem Sinn haben wir das Gesetz zur Regelung von Investitionen entwickelt.



Nicht in Fatalismus verfallen

Wir dürfen nicht in einen absoluten Fatalismus verfallen, in ein mechanistisches Denken, daß alles entweder gut oder schlecht wäre. Es gibt Nuancen, das lehrt uns die Dialektik. Und es kann Situationen geben, wo etwas, was immer schlecht war, positive Aspekte bekommt, und etwas, was wir immer für positiv hielten, negative Gesichtspunkte aufweist. In dieser dramatischen Situation, in der wir leben, haben wir keine andere Alternative gehabt, als die Maßnahmen zu ergreifen, die wir ergriffen haben, nämlich die Haushaltskürzungen durchzuführen und Investitionsanreize zu schaffen. Ich sage euch wirklich, es ist nicht dasselbe, eine Situation aus der Ferne zu betrachten oder täglich mit ihr zu leben. Not, Schmerz, Leid, und plötzlich Maßnahmen ergreifen zu müssen, die wahrscheinlich noch falsch sind, bloß weil wir irgendetwas tun müssen, um dieser Situation zu begegnen. Ihr dürft keinen Zweifel an unserer politischen Ausrichtung und unserer Identifikation mit den Arbeitern haben. Wir werden keine Maßnahmen ergreifen, damit es der Bourgeoisie besser geht, denn wir haben eine Revolution gegen die Bourgeoisie gemacht. Wir werden auch keine Maßnahmen für die Grundbesitzer machen, denn wir haben eine Revolution gegen die Grundbesitzer gemacht. Wir ergreifen Maßnahmen für die Arbeiter, auch wenn diese Maßnahmen aus objektiven Gründen den Arbeitern noch nicht unmittelbar zugute kommen können. Wie sollen wir etwas für die Arbeiter tun, welche Maßnahme sollen wir

ergreifen, damit es in unserem Land mehr zu essen gibt, wenn nichts da ist? Wer sät Reis und Bohnen? Es säen die armen Bauern, aber auch die mittleren und die reichen. Also müssen Anreize geschaffen werden, damit die armen, die mittleren und die reichen Bauern säen und die Produktion gesteigert werden kann. Wir sind im Viereck gesprungen, um Antworten auf diese Probleme zu finden, aber wir haben keinen anderen Ausweg als den von uns eingeschlagenen gefunden.

Das ist wie der Fall einer Familie, die verarmt ist, weil ihre Mitglieder arbeitslos geworden sind, denn statt arbeiten zu können, mußten sie auf die Straße gehen und sich gegen einen Angriff des Nachbarn verteidigen. Und das ist uns passiert: Wir hatten aufgehört zu arbeiten, unsere geistigen Reserven waren auf die Verteidigung des Landes ausgerichtet. Wir haben uns zu wenig um die Wirtschaft gekümmert, bis jetzt, wo uns das Wasser bis zum Hals steht und wir anfangen, uns ernsthaft darum zu kümmern.

Großer Spielraum für die Parteien

Frage: All die Zugeständnisse, die ihr im Rahmen des Friedensprozesses nach dem Abkommen von Esquipulas II gemacht habt, sind hier viel diskutiert worden. Ihr seid von immer betonten Prinzipien abgerückt. Warum?

Tomás Borge: Die politischen Abkommen, die wir in Folge der Treffen von Esquipulas, El Salvador etc. getroffen haben, entsprechen mehr oder weniger dem selben Verständnis der Lage. Wir haben keine Konzessionen in den Grundsätzen gemacht. In Nicaragua ist der politische Pluralismus Realität. Wir haben den Spielraum vergrößert, in dem sich die politischen Parteien ausdrücken können. Wir haben volles Vertrauen in die Fähigkeit unseres Volkes, seine historische Bestimmung zu erkennen. Und deshalb haben wir den rechten politischen Parteien nicht mehr Spielraum, sondern einen großen politischen Spielraum gegeben, damit sie dieses neue Terrain betreten, die politische und ideologische Auseinandersetzung mit der Frente Sandinista. Wenn wir die Geschichte auf unserer Seite haben, wenn wir das Volk von der Richtigkeit unserer Positionen überzeugen können, müssen wir überhaupt keine Angst vor dieser politischen und ideologischen Auseinandersetzung haben. Trotz ökonomischer Krise denken wir, daß die Überzeugungsfähigkeit groß genug sein wird, um die organisierten Massen weiterhin zur Unterstützung der Frente zu bewegen.

Frage: Vor zwei Jahren, im November 1987, fand in Managua eine große Demonstration gegen die Generalamnestie statt. Die nicaraguanische Regierung hat immer gesagt, daß sie niemals direkt mit der Contra verhandeln würde. Heute hat die Regierung mehrmals direkt mit der Contra verhandelt, und die Ex-Somozisten und Nationalgardisten sind frei. Ich verstehe die Entscheidungen ganz gut, aber: Was sagt die sandinistische Basis dazu? Versteht sie das?

Tomás Borge: All das zeigt, daß man nie das letzte Wort sprechen kann, außer in Prinzipienfragen. Und die Freilassung der Guardias -

zu diesem Schluß sind wir gekommen - konnten wir im Austausch gegen höhere Ziele zulassen. Und es war kein prinzipielles Problem. Wir sind auch zu dem Schluß gekommen, daß es notwendig war, mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu sprechen. Und welchen besseren Repräsentanten hat die Regierung der USA als die Konterrevolution? Wir haben nicht mit der Contra gesprochen sondern mit der Reagan-Regierung. Und wir sind mit der nordamerikanischen Delegation, angeführt von Enrique Bermudez, zu einigen Vereinbarungen gekommen, die wesentlich zur Neutralisation der gewaltsamen Militäraktionen der Contra beigetragen haben. Ich glaube, wenn du als Berliner das verstehen kannst, warum sollten es unsere Bürger nicht verstehen?

"Politische Gefangene"?

Frage: Die SPD begrüßt, daß die "politischen Gefangenen" in Nicaragua freigelassen worden seien. Akzeptierst du diesen Begriff?

Tomás Borge: Ich glaube, aus praktischen Gründen muß man den Begriff "politische Gefangene" akzeptieren. Es gäbe eine lange juristische Diskussion über den Einzelfall, um zu sagen, daß die Mörder keine politischen Gefangenen sind. Aber wir wollen diese Diskussion jetzt nicht führen, wir akzeptieren, daß sie "politische Gefangene" genannt werden. Ich weiß nicht, ob sie diejenigen, die nach dem 2. Weltkrieg als Führer, Leiter, Folterknechte der nationalsozialistischen Konzentrationslager angeklagt waren, "politische Gefangene" genannt haben. Nennen wir die auch politische Gefangene, dann sind wir uns einig.

Mechanische Kopie Kubas

Frage: Was war der Grund für die Umstrukturierung der Massenorganisationen wie den CDS (Comité de Defensa Sandinista = Basisorganisation)?

Tomás Borge: Die Reorganisation der Massen in Einrichtungen wie den CDS war die Wiederanpassung an die nicaraguanische Wirklichkeit, denn die CDS waren ein Teil davon, aber sie waren auch ein Stück weit die mechanische Reproduktion der Erfahrungen Kubas. Diese getreue Neuauflage einer Erfahrung ganz anderen Gegebenheiten hat nicht die besten Ergebnisse gezeigt. Die CDS, die anfänglich ein Abbild der CDR in Kuba waren, haben sich an die neuen Bedingungen in unserem Land angepaßt, in dem sie sich in Interessenvertretungen großer Bevölkerungsteile für lokale oder regionale Forderungen verwandelten.

Eine andere Massenorganisation, die Sandinistische Jugend, stellt die jugendliche Avantgarde der FSLN dar und hat die gleichen Grundsätze wie die FSLN, auch wenn sie die Autonomie hat, sich nicht in eine Blaupause der FSLN verwandeln zu müssen. Anders gesagt: Wir haben entschieden, daß die jungen Leute, deren Grundsatz der Respekt gegenüber der Nationalen Leitung der FSLN und ihren politischen Entscheidungen ist, einen weiten Spielraum haben sollen, um sich als Jugendliche zu entwickeln. Denn auch hier

haben wir in der Anfangsphase mechanisch die Erfahrungen von Jugendorganisationen in anderen revolutionären Ländern kopiert. Wir haben mittlerweile gemerkt, daß die geschneigten, runzligen Greise, die die Jugendorganisationen leiten, nirgendwo funktionieren, am allerwenigsten in Nicaragua. Die Formen, mit denen man sich in anderen Ländern an die organisierten Jugendlichen wendet, wollen wir in Nicaragua nicht weiter übernehmen. Deshalb haben wir in Nicaragua weder als Generalsekretäre noch als Präsidenten der Jugendlichen diese arroganten, kahlköpfigen Herren, wie das in anderen Ländern vorkommt, sondern es sind Jugendliche, die unsere Jugendlichen anführen. Das heißt ja nicht, daß sie ihre eigene Ideologie oder ihr eigenes politisches Auftreten durchsetzen wollen, sie werden die Ideologie und Politik der FSLN verfolgen, aber sie werden gleichzeitig die Möglichkeit haben, jung zu sein, die ihnen offensichtlich in anderen ähnlichen Organisationen in der Welt nicht gegeben wird.



Tomás Borge bei seinem Besuch in West-Berlin

Aufnahmen: Jens Holst

Aufgaben der Solidaritätsbewegung

Frage: Für die Solidaritätsbewegung ist die Suche der nicaraguanischen Regierung nach Hilfe z.B. durch die EG oft belastend, denn ihr sucht die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus. Ist die Soli-Bewegung als politische Bewegung nicht mehr wichtig?

Tomás Borge: Mir scheint, daß sich die Suche nach Hilfe durch die Regierungen und die Existenz der Solidaritätsbewegung nicht widersprechen. Aber: Die Regierungen helfen uns - einige, es gibt andere, wie man weiß, die entschieden haben, uns nicht zu helfen -

und welche Rolle muß die Solidaritätsbewegung dabei spielen? Die gleiche, die sie bisher gespielt hat, und ich denke, daß das eine wichtige Rolle ist: Sie muß die Regierungen unter Druck setzen, die sich von den USA unter Druck setzen lassen. Man wird sehen, wer mehr Druck ausübt: Die Völker oder die Regierung der Vereinigten Staaten. Und ich glaube, eine Rolle, die die Solidaritätskomitees in jedem Land spielen können, ist Druck auf die Regierungen auszuüben, damit sie sich an der Hilfe für die zentralamerikanischen Länder - nicht nur für Nicaragua, aber besonders für Nicaragua - beteiligen.

Frage: Du hast eben gesagt, daß sich Solidaritätsbewegung und Regierungshilfe nicht widersprechen. Es gibt da sehr wohl Widersprüche für die Solidaritätsbewegung. Wir wissen, daß Nicaragua diese Entwicklungshilfe braucht, wir wissen aber auch, daß die BRD keine Entwicklungshilfe gibt, ohne Bedingungen daran zu knüpfen, daß Entwicklungshilfe immer wieder auch ein imperialistisches Element ist, um Völker auszubeuten und zu unterdrücken. Wir als Solidaritätsbewegung haben damit unsere Schwierigkeiten, weil wir ja genau diese Politik angreifen wollen, die andere Länder ausbeutet.

Wir sind keine Hunde, denen man Knochen zuwirft

Tomás Borge: In einer Zeitung, "Die Welt", berichtet ein Bernt Konradt, die Bundesregierung habe gesagt: "Zuerst Demokratie, dann Geld". Er zitiert Herrn Kohl. Ich bin sicher, daß Herr Kohl das nicht gesagt haben kann, denn wir sind keine Hunde, denen man Knochen zuwirft. Die Demokratie ist eine Prinzipienfrage. Außerdem muß man sehen, von welcher Art Demokratie gesprochen. Es handelt sich nicht um eine Demokratie, die die Pazifisten oder die Schwarzen verfolgt, noch hat sie faschistische Züge. Diese Demokratie wollen wir um nichts in der Welt in Nicaragua. Wir sprechen von unserer Demokratie, der Demokratie der Arbeiter. Der Demokratie, in der das Volk an den täglichen Entscheidungen teil hat. Diese Demokratie werden wir in unserem Lande aufbauen.

Auf jeden Fall protestiere ich. Er (der Journalist der "Welt", die Red.) hat das Recht, das zu schreiben. Aber ich habe auch das Recht zu sagen, daß unsere Demokratie nicht verkäuflich ist, daß wir für ein paar Centavos, Mark oder Dollar mehr nicht Demokratie in Nicaragua verkaufen, denn die Demokratie ist eine Prinzipienfrage und ist nicht im Supermarkt erhältlich. Dieser Herr Bernt Konradt, der sich zur Zeit in Nicaragua, dem "antidemokratischen Land" aufhält, der sagt, wozu er Lust hat und sich dort mit Wer-weiß-wem trifft, schreibt, Helmut Kohl habe gesagt, "erst Demokratie, dann Geld". Daß kann er doch nicht sagen! Er sagt weiter: "Man müßte fürchten, daß Ortega das Bonner Geld in die eigene Tasche steckt, ohne tatsächlich seine Diktatur abzuschaffen. Hier hilft nur das Prinzip von Geben und Nehmen." Wir nehmen Geld und geben Demokratie! Nun gut, wenn die Demokratie Geld kosten würde, wären die USA das demokratischste Land der Welt... Wenn man die Demokratie mit Dollars kaufen könnte, würde Pinochet bestimmt Demokratie geben, dafür eine Milliarde Dollar kassieren und sich ein schönes Leben machen! Aber die Wahrheit ist, daß unsere Demokratie nicht verkäuflich ist, und daß wir aus Prinzip revolutionäre

Demokraten sind. Bei diesem Herr Soundso, der das geschrieben hat, kann ich auch meine Meinungsfreiheit nutzen, um zu sagen, daß er sich zum Teufel scheren soll.

Unterstützung im Wahlkampf!

Frage: Von Seiten der AL gibt es die Idee, die Frente Sandinista direkt im Wahlkampf zu unterstützen. Läßt das neue Wahlgesetz eine alleinige Unterstützung der FSLN zu, oder fördern wir damit gleichzeitig die rechten Parteien?

Tomás Borge: Das Gesetz ist so, daß 50 Prozent der Gelder an den nationalen Wahlrat und 50 Prozent an die politischen Parteien gehen, zu denen auch die FSLN gehört. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß die Republikanische Partei in den USA mehr noch als die Regierung, unter der Hand den Rechtsparteien helfen wird. Ich habe auch nicht den geringsten Zweifel, daß andere Parteien der Welt - ich weiß nicht, ob auch die Partei von Geißler, die Christdemokraten - ihnen unter der Hand helfen werden, aber vom Gesichtspunkt der Legalität kann ich euch nicht bitten, uns unter der Hand zu helfen.

Ihr müßt euch darüber klar sein, daß die Hilfe, die ihr Alternativen evtl. leistet, der Demokratisierung im Lande zugute kommen wird. Und wenn ihr eine Kampagne startet, müßt ihr euch bewußt sein, daß ihr euch an die neuen Gesetze halten müßt. Anders geht es nicht.

Aber es gibt eine Form, uns im Wahlkampf zu helfen, ohne das Gesetz zu verletzen: Z.B., wenn ihr T-Shirts mit dem Aufdruck "FSLN" schickt, dann ist das ok, und wenn die anderen Parteien auch welche haben wollen, dann schenken wir ihnen welche...

Frage: Es hat im November letzten Jahres eine Meinungsumfrage in Nicaragua mit dem Ergebnis gegeben, daß ungefähr 30 Prozent der Wähler für die Parteien der Opposition, 30 Prozent für die FSLN und der Rest unentschieden ist. Wie siehst du das?

Tomás Borge: Die Sachen mit den Umfragen ist mit sehr viel Vorsicht zu betrachten, denn in diesen Ländern machen die politischen Parteien Umfragen mit dem Ziel der politischen Meinungsmache. Ich werde dir erklären, wie das gemacht wird: Die Christdemokratische Partei macht Umfragen. Eine erste Umfrage, seriös und solide, ergibt eine deutliche Mehrheit für die FSLN. Dann macht man eine zweite Umfrage, in der die Unterstützung für die FSLN schon geringer ist: 30 Prozent für die Frente, 30 Prozent für die Opposition. Wenn die erste stimmte, dann wird die zweite auch stimmen. Und später folgt eine dritte Umfrage, die es mit Sicherheit noch geben wird, in der die Opposition 50 Prozent und die Frente 25 Prozent bekommen wird. Und wieder: Wenn die erste stimmte, stimmte die zweite, und so wird wohl auch die dritte richtig sein. Ein alter Trick! Danach kommen die Wahlen, und die FSLN erreicht 55 Prozent. Siehe da, das stimmt ja nicht mit den Umfragen überein und schon heißt es: Wahlbetrug! Ein alter und schmutziger Trick! Man müßte unabhängige Umfragen sehen, die es aber nicht gibt. Ich habe als Innenminister Umfragen für den vertraulichen Gebrauch machen lassen, um die Wahrheit zu wissen. Aber da die Ergebnisse vertraulich sind kann ich sie dir nicht sagen; nur soviel: Die Frente hat die Mehrheit.

»Krieg um die Köpfe« – Europas Contra wird aktiv

"Die Wahlen müssen wir auch im Ausland gewinnen," so formuliert es Marta Lucia Cuadra, die Präsidentin des nicaraguanischen Komitees für Solidarität, Freundschaft und Frieden (CMASP). Die Contra-Connection in Europa wird aktiv, um Nicaragua im Vorfeld zu diffamieren.

Am 13. Juni 1989 ging im Bezirksamt Kreuzberg in Berlin ein Brief ein, adressiert an den Bezirksbürgermeister. Man habe, so heißt es in dem Schreiben, aus den Unterlagen des europaweiten Treffens von Nicaragua-Städtepartnerschaftsgruppen 1988 in Amsterdam erfahren, daß Kreuzberg eine Städtepartnerschaft mit der nicaraguanischen Gemeinde San Rafael del Sur unterhalte. Mit dem Ziel, die Früchte dieser Zusammenarbeit allen Einwohnern von San Rafael del Sur zugute kommen zu lassen, bitte man um Informationen über diese Städtepartnerschaft. Dazu ist ein dreiseitiger Fragebogen beigelegt, der bitte ausgefüllt zurückzusenden sei. Gefragt wird nach den die Städtepartnerschaft tragenden Parteien, den Mitgliedern im Stadtrat (in Berlin: Bezirksamt) und ihrer Parteizugehörigkeit, nach durch die Stadt geförderten Projekten, Art der Überweisung von Geldern (Wann, an wen, wofür, bar oder Scheck...?) und einiges mehr.

Absender ist das Comité Nicaraguense de Derechos Humanos (CNDH) mit Sitz in Brüssel, unterzeichnet ist der Brief vom "Präsidenten" José Estéban González.

Gonzalez, ehemals Mitglied der Christdemokratischen Partei PSC und Mitarbeiter der Nicaraguanischen Menschenrechtskommission CPDH vertrat schon unter Somoza die Linie, eine Regierungsbeteiligung der Sandinisten unter allen Umständen zu verhindern. Noch am 15. Juli 1979 flog Gonzalez zusammen mit Ismael Reyes vom Roten Kreuz und Kardinal Obando y Bravo auf Einladung des christdemokratischen venezolanischen Präsidenten Luis Herrera Campins nach Caracas, um - zusammen mit Vertretern der US-Administration - eine Gegenjunta ohne die FSLN zusammenzubasteln, was allerdings nicht gelang.

Nach dem Sieg der Sandinisten verließen zahlreiche Mitarbeiter der CPDH die Kommission, weil sie Regierungsaufgaben übernahmen (so z.B. Fernando Cardenal, Miguel D'Escoto u.a.), und Gonzalez wurde Präsident der CPDH. Er führte die Kommission auf einen strikten Oppositionskurs, wobei er von dem antisozialistischen Ruf der CPDH, die einen Teil zum Sturz der Diktatur beigetragen hatte, profitierte. So erklärte er bei einer Europa-Reise Anfang 1981, in Nicaragua gäbe es 8000 politische Gefangene, Gegner der FSLN würden systematisch verhaftet und gefoltert. Mitte 1981, als er sich an der Vorbereitung von CIA-geleiteten Sprengstoffanschlägen auf Fa-

Dokumentation

COMITE NICARAGUENSE DE DERECHOS HUMANOS

COMITE NICARAGUAYEN DES DROITS DE L'HOMME

NICARAGUAN COMMITTEE ON HUMAN RIGHTS

COMITATO NICARAGUENSE DEI DIRITTI DELL'UOMO

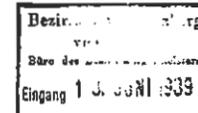
NICARAGUANISCHES KOMITEE FÜR MENSCHENRECHTE

NICARAGUANS KOMITEE VOOR DE MENSENRECHTEN

156, Blvd. Anspach, Bte 4-3, 1000 Bruxelles

Brüssel, dem 29. Mai 1989

Herrn Bürgermeister
Rathaus
D-Berlin-Kreuzberg 1000



Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie aus der Dokumentation zu entnehmen ist, die aus Anlaß der "Europäischen Konferenz über Städtepartnerschaften mit Nicaragua" vom 26. bis zum 28. Mai 1988 in Amsterdam verteilt wurde, unterhält Ihre Gemeinde eine Partnerschaft mit der nicaraguanischen Stadt San Rafael del Sur.

Mit dem Ziel, dazu beizutragen, daß diese Partnerschaft die positiven Wirkungen erzeugt, die von ihr zum Wohle der Gesamtheit der Einwohnerschaft der genannten Stadt erwartet werden, bitten wir Sie, uns Basisinformationen über die genannte Partnerschaft sowie über die Projekte und Besuche, die bisher durchgeführt wurden, zu übersenden. Zu diesem Zweck haben wir uns erlaubt, das beigelegte Formular auszuarbeiten.

In der Hoffnung auf Ihre Antwort verbleiben wir mit herzlichem Dank für Ihre freundliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen


José Estéban González
Präsident

briken in Nicaragua beteiligte, konnte er vor seiner Entdeckung nach Costa Rica fliehen. In Abwesenheit wurde er in Nicaragua zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In Costa Rica gründete er zusammen mit Alfonso Robelo und Fernando Chamorro die ANUDE, die als ziviler Arm der Contra-Südfront ARDE fungierte und die Contra-Politiker in Costa Rica einen sollte. Nach Konflikten innerhalb der Contra-Flügel wurde die ANUDE aufgelöst und Gonzalez ging nach Europa und gründete die CNDH in Brüssel zur Koordination der europäischen Menschenrechtskampagne gegen Nicaragua, die von der Christdemokratischen Internationale unterstützt wird. Die CNDH verbreitet hier, in enger Zusammenarbeit mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), die zwielichtigen Informationen der CPDH, die von den anerkannten Menschenrechtsorganisationen als unseriös bezeichnet wird, weil einzelne Fälle aneinandergereiht, nicht nachrecherchiert und zur Konstruktion eines Gesamtbildes der systematischen Menschenrechtsverletzung in Nicaragua propagandistisch ausgenutzt werden. Gonzalez ist auch Mitbegründer der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie (IAFD), Herausgeberin des "Lateinamerika Reports", in dem Gonzalez in Nr. 5/83 die FDN-Contra als "demokratische und antisozialistische Kraft" bezeichnet.



Pressekonferenz zur Ausstellungseröffnung am 25.4.1985 im Westberliner Rathaus Schöneberg. Von links nach rechts: Arturo Cruz, Esteban González, Jörn Ziegler und Hildegard Stausberg

1985 wurde - als eine der ersten Großaktivitäten der IAFD und der IGFM zu Nicaragua - die Ausstellung "Nicaragua Libre - Land ohne Freiheit" auf Tournee geschickt. Als diese Ausstellung am 25.4.1985 im Berliner Rathaus Schöneberg eröffnet wurde, waren zur Pressekonferenz unter Schirmherrschaft des damaligen CDU-Innensenators Heinrich Lummer u.a. Gonzalez, der Contra-Politiker Arturo Cruz und der IGFM-Vorsitzende Jörn Ziegler anwesend.

Alle Verzweigungen und Verbindungen der CNDH und ihres "Präsidenten" José Estéban Gonzalez aufzuzeigen ist in diesem Artikel nicht möglich. Nicht umsonst haben die VerfasserInnen des Buches "Die Contra-Connection"*, aus dem die hier dargestellten Informationen entnommen sind, gut 300 Seiten gebraucht, um das Netz der Contra darzustellen.

Es ist deutlich, daß Gonzalez die Zentralfigur der europäischen Menschenrechtskampagne der Contra ist. Was soll nun diese Briefaktion? (Gleichlautende Schreiben sind auch bei den anderen Städten eingegangen, die Städtepartnerschaften mit nicaraguanischen Gemeinden unterhalten.) Aus den Formulierungen in dem Schreiben läßt sich schließen, daß es darum gehen wird, die Städtepartnerschaften zu diskriminieren, ihnen und den Sandinisten vorzuwerfen, offizielle Partnerschaften zur "einseitigen" Unterstützung der FSLN auszunutzen und die BewohnerInnen der nicaraguanischen Gemeinden nicht an den Ergebnissen der Zusammenarbeit teilhaben zu lassen. Außerdem, so läßt sich vermuten, soll suggeriert werden, daß Projektgelder mißbraucht und für andere Zwecke benutzt würden (Frage aus dem Fragebogen: "Projektbeginn ihres Wissens nach:"). Die Gefahr dabei ist, daß nicht alle Städtepartnerschaftsgruppen überhaupt vom Eingang dieses Briefes bei ihrer Stadtverwaltung erfahren, auch in Kreuzberg geschah das eher zufällig, während das Bezirksamt bereits beim Ausfüllen war. Die gewünschten Informationen darf diese Contra-Organisation nie erhalten; wer stattdessen andere Schreiben (!) absenden will, möge dies an folgende Anschrift tun:

Comite Nicaragüense de Derechos Humanos

156, Bld. Anspach, Bte. 4-3, 1000 Brüssel, Belgien.

Bernd Pickert

*Gaby Gottwald, Barbara Lucas, Anna Mohr, Dominik Diehl, Gerd Hußmann, Sean Steinbach: Die Contra-Connection. Die internationalen Contra-Macher und ihre bundesdeutschen Helfer; Hrsg. vom Info-Büro Nicaragua u.a., Konkret Literatur Verlag Hamburg, 1988

Streit um die neue Kulturpolitik

Staats- oder Volkskultur?

Im 10. Jahr der Revolution ist in Nicaragua eine heftige kulturpolitische Diskussion entbrannt. Sie wird in einer für Nicaragua ungewohnt direkten und polemischen Weise geführt - hinter den Kulissen auf zahlreichen Treffen von KünstlerInnen und öffentlich in der FSLN-Zeitung BARRICADA.

Anlaß ist die abrupte Auflösung der Sandinistischen Künstlervereinigung ASTC (Asociación Sandinista de Trabajadores de la Cultura) qua Federstrich der FSLN-Führung und ihre Ersetzung durch ein (staatliches) Nationales Kultur-Institut. 27 KünstlerInnen, unter ihnen die SchriftstellerInnen Gioconda Belli, Fernando Silva, Luis Rocha, Erick Blandon und Ernesto Cardenal, empören sich in der BARRICADA vom 18. März 1989, als Mitglieder der ASTC von der Entscheidung überrumpelt worden zu sein. Kein Künstler sei konsultiert und am Entscheidungsprozeß beteiligt worden. Sie erinnern daran, daß die ASTC als kollegiales, autonomes Gremium entstanden sei, um den Künstlern des Landes einen möglichst großen Einfluß auf die revolutionäre Entwicklung der Gesellschaft zu ermöglichen, und warnen vor einer staatlichen Dominanz des Kulturlebens.

In einem knappen Kommuniqué, das als Antwort auf die Kritik der Künstler zu verstehen ist, begründet die FSLN-Führung die Reorganisation der Kulturarbeit mit der ökonomischen Krise und dem Erfordernis, die Kräfte zu konzentrieren und Geld zu sparen. Die Auflösung der ASTC entspreche der neuen Wirtschaftspolitik, die es nicht mehr gestatte, die kulturellen Aktivitäten wie bisher zu subventionieren.

Die Umgestaltung von oben hatte im vergangenen Jahr damit begonnen, daß das Kulturministerium aufgelöst und ins Erziehungsministerium integriert worden war. Der bisherige Kulturminister Ernesto Cardenal war mit dem einflußlosen Ehrenposten des Präsidenten eines neu geschaffenen Nationalen Kultur-Rates (Consejo Nacional de Cultura) abgespeist worden, über dessen Aufgaben wenig bekannt wurde. Das nun neu geschaffene Nationale Kul-

tur-Institut wird vorgestellt als Exekutive des Kultur-Rates, ohne daß die Funktionen präzisiert werden. Nur eines ist klar: das Kultur-Institut ist nunmehr die einzige Einrichtung des Landes, die im Kultursektor über Finanzen, bezahltes Personal und die Macht verfügt, kulturpolitische Prioritäten zu setzen.

Wie von Zauberhand geführt, stand mit der Gründung des staatlichen Instituts auch schon die neue Generalsekretärin fest: Rosario Murillo, bisherige Generalsekretärin der ASTC und als Ehefrau von Daniel Ortega auch "Erste Dame" des Landes. Als Lyrikerin ist Rosario Murillo zwar umstritten, aber unbestritten ist, daß sie eine bestimmte kulturpolitische Tendenz vertritt, die mit der des früheren Kulturministers Ernesto Cardenal seit Jahren in Konflikt stand und auch von den meisten KünstlerInnen des Landes skeptisch bis ablehnend beurteilt wird.



Theaterfestival in Matagalpa

Spätestens seit 1984 steht die grundsätzliche Frage zur Debatte, "ob ein armes Land wie Nicaragua seine beschränkten Haushaltsmittel vordringlich in Kulturprogramme für die Massenbasis einbringt (die natürlich eher Quantität als Qualität produziert, wie es bei den zahlreichen Poesiewerkstätten des Kulturministeriums der Fall ist) oder eher darauf achten soll, den Anschluß an "internationales Niveau" der künstlerischen Arbeit zu erreichen, und somit für die Ausbildung und Förderung einer professionellen Künstler-Elite aufkommen müßte". Schwarzbrot für viele oder Pasteten für

wenige, wie Lenin einmal zu Klara Zetkin gesagt haben soll. (H.Scheben, Mais-Kultur und Weizenblockade, in: D.Eich / W.Germund (Hg.), Vulkan der Träume. Nicaragua-Utopie und Alltag. Erkf/M. 1986, S.194). Rosario Murillo war schon als Generalsekretärin der ASTC eine Protagonistin der Pasteten-Linie und propagiert sie heute, unter dem noch stärkeren Druck der katastrophalen wirtschaftlichen Krise, massiver denn je.



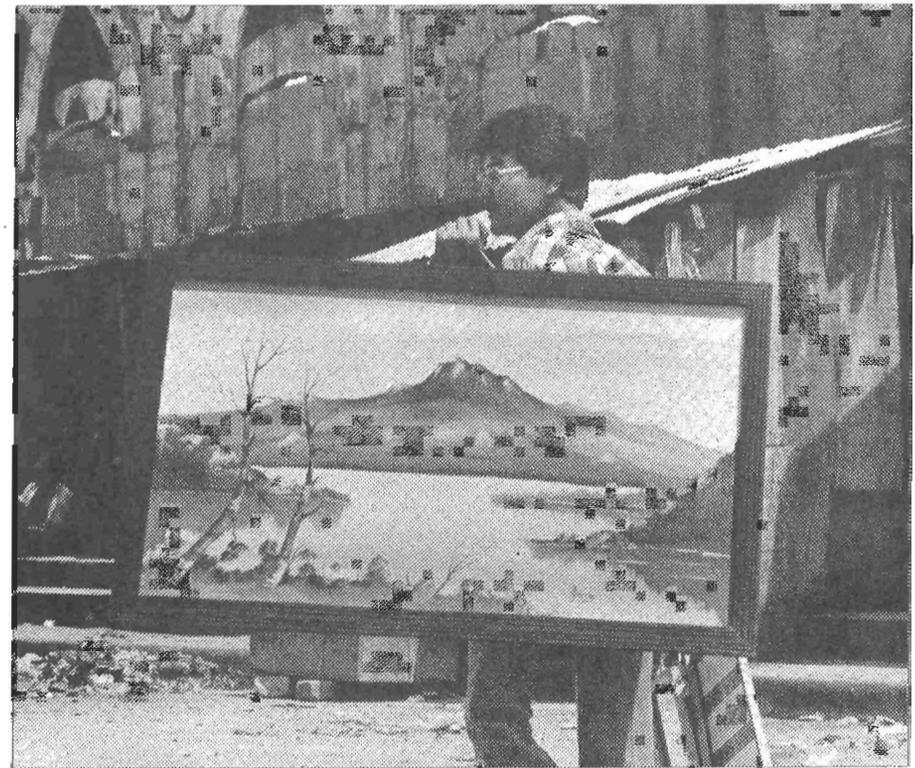
Wandmalerei in Jinotepe

Foto: Lisa Luger

Mit der Auflösung der ASTC im Februar 1989 wurde die "Breitenförderung" des Kulturlebens praktisch eingestellt. Weder Poesie-Werkstätten, Volkskulturzentren, noch Musik- Tanz- oder Theatergruppen erhalten noch materielle Unterstützung des Staates. Wie bei der Reform der staatlichen Verwaltung wird auch im Kulturleben auf Konzentration gesetzt. Ein Beispiel: Aus den besten SchauspielerInnen soll ein Nicaraguanisches Nationaltheater geformt werden, so wie andere Länder Staatsopern oder Staatstheater haben. Dies bedeutet, daß einige wenige Künstler - auch materiell - privilegiert werden. Nahezu alle Theatergruppen im Land sehen darin die Gefahr, daß das basisorientierte Volkstheater, die

kulturelle Vielfalt und sie selber auf der Strecke bleiben.

Der Kampf um die Befreiung von Diktatur und US-Vorherrschaft, um die neue Gesellschaft, den neuen Menschen, bedeutete von den ersten Tagen an auch eine kulturelle Revolution. Die Wandsprüche, die Flugzettel und die Karikaturen, die Untergrundlieder, das subversive Theater in den Straßen waren seit den 60er Jahren Teil des kreativen Volkswiderstandes. Die Aufständischen im Stadtteil Monimbo trugen ihre traditionellen Masken nicht mehr zu den religiösen Festen, sondern im Straßenkampf. Mit der Revolution entstand eine Massenbewegung von Theater- und Musikantengruppen. Neben Poesie- und Malwerkstätten entstand eine neue Art des Straßentheaters, das seine Stücke aus der Alltagsrealität entwickelte, nicht für, sondern mit dem Publikum; kaum eine Aufführung, die nicht Übergang zur Diskussion, zum Volksfest, zur Musik, zum gemeinsamen Tanzen und Bier trinken.



Kunstabewegung in Nicaragua

Aufnahme: Cordelia Dilg

Seit Mitte der 80er Jahre der Kampf ums bloße Überleben in den Vordergrund getreten ist, sind die Kulturbewegungen im Land arg gezaust worden, trotz beachtlicher staatlicher Protektion. Die ca. 100 Theatergruppen z.B., die noch vor wenigen Jahren im Land herumwirbelten, sind heute auf nicht mehr als 10 zusammengeschrumpft. Die meisten Liedermacher singen heute mehr von der Liebe als von der Revolution.

Das nicaraguanische Kulturleben braucht neue Impulse, darin sind sich in Nicaragua heute nicht nur die Kulturfreaks einig. Jeder weiß, daß sich die lebendigen Anfangsjahre der Revolution nicht einfach wiederholen lassen. Neue Wege sind gefragt. Der von der Regierung über das neue Kultur-Institut favorisierte Versuch, mit Eliten-Förderung die Qualität des Kulturlebens zu steigern, hat Gegenbewegungen provoziert. Auch in den Gegenbewegungen geht es um mehr Profil und Professionalität. Aber sie wollen sich nicht auf einen Weg begeben, der Künstler und Publikum als Subjekte und Objekte trennt. Sie wollen weder zu einer Elite werden, noch mit paternalistischen Gestus das kulturelle Niveau des nicaraguanischen Volkes "heben".

Sie wollen dem Volk wieder mehr aufs Maul schauen, mit dem Volk agieren, ihre Themen und Darstellungsformen aus den Volkstraditionen und der Alltagsrealität nehmen oder auf sie beziehen. Sie wollen der Revolution - bevor sie einschläft oder erstickt wird - neu auf die Sprünge helfen, nicht mit staatlich protegierter Repräsentations - Kunst, die den Alltag bloß dekoriert, sondern mit einer Kunst, die selber kritisiert und provoziert, aus Liebe zur Revolution. Hierfür brauchen sie freilich selber eine ökonomische Basis, die ihnen Unabhängigkeit und Überleben gewährleistet, eigene Spielstätten, Kulturzentren u.ä. In der Situation, in der sich das Land gegenwärtig befindet, ist das ohne internationale Solidarität und uneigennützig materielle Unterstützung nicht machbar, Frau Nachbar.

Manfred Liebel

Nähere Informationen über eine unabhängige Volkstheater-Initiative sind zu erhalten über

- * EXILE Kulturkoordination, Hansastr. 55. 4100 Duisburg oder
- * Initiative "Justo Rufino Garay", c/o Manfred Liebel, Windscheiderstr. 11, 1000 Berlin 12

Straßencliquen und Jugendbanden in Nicaragua - Provokation der Revolution?

Straßencliquen von Kindern und Jugendlichen gehören seit drei Jahrzehnten zum Bild lateinamerikanischer Großstädte. Sie entstanden proportional mit dem Anwachsen der Elendsviertel. Sie können verstanden werden als Folge einer kapitalistischen Entwicklung, die überkommene Lebensweisen und agrarische Subsistenzgrundlagen zerstört, ohne den vom Land vertriebenen und in die Stadt gelockten Menschen eine neue Existenzbasis, geschweige denn ein besseres Leben zu ermöglichen. Für die Heranwachsenden, die das Leben noch vor sich haben, bedeutet dies eine besondere Zumutung. Die Straßencliquen sind ihre kollektive Antwort auf die unertägliche Lebenslage und ihre Kriegserklärung an eine Gesellschaft, die ihnen die Zukunft verweigert (vgl. Agurto u.a. 1985; Gómezjara u.a. 1987).

Während des Somoza-Regimes waren Straßencliquen auch in Nicaragua eine Selbstverständlichkeit. Sie waren am Aufstand gegen die Diktatur beteiligt und kämpften mit in den Straßen. Sie gingen gleichsam auf in der Revolution, die gerade der Jugend eine neue Zukunft zu eröffnen schien.

Nun sind Straßencliquen von Kindern und Jugendlichen auch in Nicaragua wieder ein Thema, ein besonderes Reizthema sogar. Sie signalisieren, daß zumindest ein Teil der heutigen Jugendgeneration sich nicht mehr umstandslos mit der Revolution identifiziert und daß um sie neu gekämpft werden muß.

Die Straßencliquen werden im heutigen Nicaragua pan-dillas genannt. Obwohl das Wort sowohl Bande als auch Clique bedeutet, löst es in Nicaragua vorwiegend negative Assoziationen aus. Wenn die Leute von Pandillas reden, stellen sie sich vor allem nachts herumstreunende Halbwüchsige vor, die in Gruppen, mit Messern und Schlagringen bewaffnet, unschuldige Passanten überfallen. Mir scheint es angebracht, diese verbreiteten Assoziationen nicht unbedingt für bare Münze zu nehmen, sondern sie als emotionsgeladene Bilder eines sozialen Phänomens zu verstehen, das wesentlich mehr Aspekte hat und für das eine angemessene Darstellung, Erklärung und Bewertung erst noch zu finden ist. Um den Blick offen

zu halten und vorschnelle Wertungen zu vermeiden, werde ich das Wort Pandilla mit dem relativ neutralen Wort "Straßenclique" übersetzen und nur dann von "Bande" sprechen, wenn ich den in Nicaragua verbreiteten negativen Bedeutungsakzent hervorheben will.

Ich werde zunächst fragen, in welcher Weise sich die nicaraguanische Gesellschaft mit dem Phänomen der Straßencliquen Jugendlicher auseinandersetzt. Danach will ich aus meiner Sicht versuchen, die Entstehung der Jugendcliquen im heutigen Nicaragua zu erklären. Dabei stütze ich mich auf Beobachtungen und Gespräche mit nicaraguanischen Jugendlichen, PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen.

Jugendcliquen als Ärgernis und Herausforderung

Von Jugendcliquen jenseits der offiziellen Strukturen wird erstmals 1984 gesprochen, fünf Jahre nach dem Sieg über die Somoza-Diktatur, ein Jahr nach Einführung der Wehrpflicht. Sie sollen sich in allen Stadtvierteln Managuas, vereinzelt auch in den nächstgrößeren Städten León und Granada ausgebreitet haben, nicht zuletzt in den Stadtvierteln der Mittelschicht. Ihre Mitglieder sollen überwiegend zwischen 16 und 20 Jahre alt gewesen sein, befanden sich also im wehrpflichtigen Alter. Eine zweite Welle von Jugendcliquen wird seit 1987 konstatiert. Unter ihren Mitgliedern sind auffallend viele jünger als 16 Jahre. Im Unterschied zu den ersten Jahren stammen die heutigen Straßencliquen fast ausschließlich aus den ärmeren Stadtvierteln Managuas. Ihr Auftreten ist provokativer geworden.

Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Jugendcliquen kommt in Nicaragua nur zaghaft in Gang. Wesentliche Vorgaben bei der Wahrnehmung und Beurteilung setzen die Massenmedien. Sie kommen auf die Jugendcliquen immer und nur dann zu sprechen, wenn es zu gewalttätigen Vorfällen kommt. Gleich welcher politischen Couleur die Zeitungen und Radiosender sein mögen, die Cliquen werden einhellig als kriminelle Banden dargestellt, denen mit mehr Härte und Entschlossenheit begegnet werden müsse. Als ein Beispiel sei die pro-sandinistische Tageszeitung Nuevo Diario zitiert. Unter der Schlagzeile "Los Pitufos gefaßt" schreibt sie am 20. September 1988:

"Noel Antonio López Blanco ist ein kleiner Junge, der sich im Hospital Manolo Morales von Managua zwischen Leben und Tod befindet. Sieben jugendliche Verbrecher, Mitglieder der Bande Los Pitufos, hatten ihn mit Füßen

getreten, mit Fäusten geschlagen und schließlich zweimal mit dem Messer in den Rücken gestochen. Alles um eine Tudor-Mütze und ein paar China-Schuhe zu rauben, die sie dann mitnahmen.

Die Bande Los Pitufos ist eine der Gruppen jugendlicher Verbrecher, die die Straßen und Stadtteile von Managua seit einigen Jahren unsicher machen. Sie haben Familienfeste mit Steinen und Knüppeln aufgemischt; viele Wohnungen ausgeraubt und viele Leute geschlagen und verletzt. >Juan Prado<, der Häuptling der Bande, ist der jüngste von allen, fast noch ein Kind, aber schon mehrere Male wegen gewaltsamem Raub verurteilt und bei unzähligen Gelegenheiten ausgebrochen.

Einige Leute meinen, die Banditen seien nur Jugendliche, die das Vergnügen suchen, aber das Problem ist, daß sie ihre 'Spielchen' mit 'Puppen' aus Fleisch und Knochen treiben. Was für eine Art Vergnügen dieser heiligen Täubchen!"

Die selektive, Ängste schürende Berichterstattung hat dazu beigetragen, daß allein die Rede von Pandillas heute in Nicaragua vielen Menschen einen Schauer über den Rücken laufen läßt. Die inzwischen recht vielfältigen und verbreiteten Formen von Kinder- und Jugendcliquen werden fast nur als Problem von Jugenddelinquenz und Verwahrlosung geortet.



Jugendliche in Nicaragua - mehr Mitsprache soll ihre Integration erleichtern

Obwohl seit der Revolution die Sozialwissenschaften einen bemerkenswerten Aufschwung genommen haben, haben sie sich mit dem Phänomen der Jugendcliquen bisher kaum beschäftigt. Zwar sind schon Anfang der 80er Jahre auf der Straße arbeitende und lebende Kinder Anlaß für Studien gewesen (vgl. INSSBI 1984, Allgeier u.a. 1985), aber Cliquen gerieten nicht in den Blick. Erst 1986 entstand eine Kommission, in der Vertreter des Innen- und Verteidigungsministeriums, der sandinistischen Jugendorganisation und der sandinistischen Stadtteilkomitees (CDS) gemeinsam mit einigen WissenschaftlerInnen nach einer Erklärung suchten. Die Kommission löste sich bald wieder auf, ohne ein Ergebnis zu publizieren. Die einzige mir bekannt gewordene Veröffentlichung, die sich auf Forschungen beruft, erschien im Mai 1988 in der Zeitschrift der nicaraguanischen Psychologengemeinschaft (Palacios 1988).

Die Autorin führt im wesentlichen vier Gründe für das Entstehen der Straßencliquen an:

1. Die imperialistische Aggression der USA habe einen immensen Druck vor allem auf die Jugendlichen erzeugt, die die Contra bekämpfen und ihr Lebensaufspiel setzen müßten.
2. Die Ökonomie des Krieges begrenze die Möglichkeiten, für die Jugendlichen Alternativen der Entspannung und des Vergnügens zu schaffen.
3. Die Massenmedien bauschten in sensationeller Weise das Problem auf und ließen die notwendige pädagogische Verantwortung vermissen.
4. Viele Mitglieder von Straßencliquen kämen aus zerütteten Familien, die die nötige Aufsicht über ihre Söhne vermissen ließen, sie teilweise sogar zu Delikten verleiteten.

Vor diesem Hintergrund über den kulturellen Einfluß aus den USA einen verhängnisvollen Einfluß aus. Die Musikprogramme in Radio und Fernsehen seien "von imperialistischer Musik vergiftet" (worunter die Autorin vor allem Brake Dance versteht, der unter den nicaraguanischen Jugendcliquen sehr beliebt ist). In Kino und Fernsehen gezeigte Filme vermittelten Werte des Konsumismus und Individualismus und verherrlichten das "Leben der Banden, Gewalt, Terror und Musik".

Die Jugendlichen, die unter den oben genannten Bedingungen den imperialistischen Einflüssen unterlägen und sich in Banden zusammenschlossen, hätten bestimmte auffallende Persönlichkeitsmerkmale. Sie seien "impulsiv, extrovertiert, aggressiv, nachtragend, starrköpfig, un-

abhängig". Zu konstatieren sei bei ihnen "Frustration, Einsamkeit, innere Unruhe, Suche nach Sinnesreizen, Mangel an Interesse für die Probleme der Gesellschaft".

Auch wenn wir den relativierenden Hinweis der Autorin beachten, daß aus psychologischer Sicht allein das Phänomen der Cliquen nicht begriffen werden könne, bleibt zu konstatieren, daß der Artikel eher die Mängel eines bestimmten Typus psychologischer Analyse dokumentiert als zum besseren Verständnis des Problems beizutragen. Die "abweichenden Jugendlichen" werden nur als defizitär sozialisierte, unreife Menschen begriffen, und ihrem Verhalten wird jeder rationale Sinn abgesprochen. Man versuche sich von den meisten genannten Persönlichkeitsmerkmalen nur das Gegenteil vorzustellen, und wir hätten das Bild reibungslos funktionierender, auf sichtbare Konfliktvermeidung bedachte Marionetten vor uns. Dieser Sichtweise fügt sich die Vorstellung ein, daß die Jugendlichen letztlich das Opfer ideologischer Manipulation und mangelnder erzieherischer Betreuung seien. In revolutionärer, antiimperialistischer Kostümierung wird hier lediglich einer konservativen Verhütungs- und Vermeidungspädagogik das Wort geredet.

Inzwischen hat das sich rapide ausbreitende Phänomen der Straßencliquen allerdings auch andere Überlegungen provoziert. Sie kommen weniger von Wissenschaftlern als bemerkenswerterweise aus dem Innenministerium, neuerdings auch aus den Reihen des Sandinistischen Jugendverbandes (JS19J), der sandinistischen Stadtteilkomitees (CDS) und aus katholischen Basisgemeinden.

Im Innenministerium, namentlich der Spitze der Polizei, wird ausdrücklich davor gewarnt, die jenseits der offiziellen Verbände neu entstehenden "auffälligen" Gruppierungen von Jugendlichen und Kindern vorschnell zu kriminalisieren, selbst wenn sie Gesetze übertreten. Der stellvertretende Polizeichef Javier López charakterisiert die Cliquen-Jugendlichen als "Rebellen mit eigenem Stolz". Die Polizei war als erste staatliche Instanz handfest mit dem Problem konfrontiert und mußte sich um Lösungen bemühen. Zwar wurde nach klassischem Muster zunächst versucht, das neu auftauchende Phänomen mit repressiven Mitteln in den Griff zu bekommen, heute überwiegt aber im Umkreis des Innenministers Tomás Borge - trotz der von der Presse wiederholten Durchgreif-Appelle - die Auffassung, daß eine Lösung nur gefunden werden könne, wenn die Revolution der Jugend neue Handlungsperspektiven erschließe. Andere gesellschaftliche Institutionen seien hier mehr gefragt als die Polizei.



Inzwischen wird auch im sandinistischen Jugendverband darüber nachgedacht, ob die Straßencliquen nicht vielleicht als Teil einer Jugendbewegung zu verstehen seien; die sich außerhalb der verknöcherten Strukturen des Verbandes entwickelt und durchaus berechnete Forderungen vertritt. Nach vorangegangener Mobilisierung in verschiedenen Stadtteilen Managuas lud der Jugendverband die "Chefs" der Pandillas im September 1988 zu einem Treffen ein, auf dem der Comandante Omar Cabezas (bei uns unbekannt geworden als Autor des autobiographischen Romans "Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera", Wuppertal 1983) zu den Jugendlichen sprach. Der Comandante stellte sich vor als Ex-Pandillero von León und forderte dazu auf, in allen Stadtteilen Cliques zu bilden mit dem Ziel, die Lahmärsche auf Trab zu bringen und für ein besseres Leben in der Gemeinde zu kämpfen. Ein Transparent im Saal verkündete: "Somos una sola Pandilla - carnavalesando con buena onda. Juventud Sandinista siempre fieras" (sinngemäß: "Wir sind eine einzige Clique/Bande - gut drauf und immer wild.").

Unter der Überschrift "Die Jugend im Angesicht einer neuen Etappe" veröffentlichte die BARRICADA, das Organ der FSLN, am 27. März 1989 ein Interview mit Ajax Delgado, dem neuen Vorsitzenden des Sandinistischen Jugendverbandes. Darin kündigt er an, der Jugendverband werde die Entwicklung einer Jugendbewegung in den Gemeinden vorantreiben, die alle, nicht nur die sandini-

stischen Jugendlichen umfassen sollte mit dem Ziel, Gemeinde-Jugendräte zu bilden und stärkeren Einfluß auf die Entwicklung der Gemeinde zu erlangen.

Dies entspricht einer unter dem neuen Vorsitzenden Omar Cabezas eingeleiteten "neuen Welle" in den sandinistischen Stadtteilkomitees (CDS). Die CDS-Komitees, die in den letzten Jahren kaum noch aktiv waren, sind dabei, sich aus Erfüllungsgehilfen staatlicher Direktiven zu selbständigen und offenen Basisorganisationen zu entwickeln, die sich auch kritisch mit Mißständen im eigenen Lebensbereich und den dafür verantwortlichen staatlichen Behörden und Funktionären auseinandersetzen. Auch den Jugendcliquen wird hierfür Bedeutung beigemessen. Sie werden als eine wie auch immer schief daherkommende Kraft gesehen, die dazu beitragen könnte, die CDS-Strukturen und Aktivitäten in den Stadtteilen von Managua neu in Bewegung zu bringen.

Auch in katholischen Basisgemeinden sind die Straßencliquen zum Anlaß des Nachdenkens geworden. Ausgangspunkt sind gewalttätige Konflikte mit Jugendlichen im Umkreis der Gemeinden und die umsichgreifende Stimmung von Mißtrauen und Furcht in der Bevölkerung. Die Basisgemeinden begreifen die Jugendcliquen, auch wenn sie zur Gewalt greifen, als Herausforderung, über die eigene Verantwortung in der revolutionären Gesellschaft nachzudenken. Im Dokument einer Basisgemeinde im Stadtteil Monseñor Lezcano von Managua wird auf den verbreiteten Egoismus der Erwachsenen hingewiesen, der ihnen nicht das Recht gebe, die Jugendlichen einfach zu verurteilen. "Wenn wir in einer gerechten Gesellschaft vereint wären, wären auch die Jugendlichen gerechter und entschlössen sich, nicht zu schlagen und zu zerstören. Deshalb müssen wir den Kampf fortführen für eine Gesellschaft, die gerechter, humaner und brüderlicher ist. Die Situation der Jugend, ihre vielen Opfer, sind eine Herausforderung für uns alle und für unser Bewußtsein, denn ohne Bewußtsein gibt es keine Gemeinschaft. Als etwas Positives an den 'Pandillas' (Anführungszeichen im Original, M.L.) müssen wir anerkennen, daß sie uns die noch bestehenden Mißstände entdecken helfen." (Taller Popular de Teología 1988, S. 11 f.).

Versuch einer Erklärung

Wie zu sehen war, ist die Rede von Jugendbanden und Cliques in Nicaragua noch mehr emotionsgeladener als bei uns. Das hat seinen Grund in der Verlaufsgeschichte der



Quincho Barrilete - Ein Projekt mit Straßenkindern in León

Aufnahme: Lisa Luger

nicaraguanischen Revolution. "Diejenigen, die im Befreiungskampf mitkämpften, hatten ein Durchschnittsalter von weniger als 20 Jahren. Zusammen mit den armen Bevölkerungsschichten der Städte und dem sich ausweitenden Dienstleistungssektor stellten die Jugendlichen so etwas wie eine 'dritte gesellschaftliche Kraft' dar, die dann die ausschlaggebende Basis für den Aufstand bilden sollte, von weit einschneidenderer Bedeutung als das Proletariat und die Landbevölkerung". (Die neue Generation in einem jungen Land, 1983, S. 25). Es waren die Jugendcliquen aus den Elendsvierteln der Städte, die gemeinsam mit den Studenten auf den Barrikaden kämpften. Wenn in den Zeitungen heute die Cliques hingegen nur noch ein Synonym für jugendliche Verbrecherbanden sind, denen die Ziele und neuen Werte der Revolution schnuppe seien, schwingt darin die Enttäuschung mit, daß Teile der heutigen Jugend gleichsam ihre revolutionäre Bestimmung verraten hätten. Das mag dem gutwilligsten Journalisten den Blick verstellen, daß die soziale Realität, die Hintergründe, Ausdrucksformen und Intentionen heutiger Cliques weitaus diffiziler und vielfältiger sind, als das Bild von den Verbrecherbanden ausdrücken kann.

Pandillas in Nicaragua: die Geschichte und aktuelle Situation des Landes macht es unmöglich, die uns vertrauten Kategorien umstandslos anzuwenden. Auch wenn wir die emotionsgeladene Alternative von Rebellenhaufen und Verbrecherbanden nicht übernehmen, können wir die Cliques in Nicaragua auch nicht schlicht als eine eben spezifische Subkultur von Jugendlichen abhaken, die sich mit anderen Subkulturen symbolische Gefechte liefert.

Die junge Generation bildet nach wie vor das Rückgrat der Revolution. Mehr als 60 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 20 Jahre. Auf der Jugend lastet die Aufgabe, mit hohen persönlichen Risiken für ihr Leben die Revolution zu verteidigen gegen die gewaltsame Aggression der nordamerikanischen Supermacht. Allein von der Jugend kann erhofft werden, daß sie das "logisch" Unmögliche möglich macht: ein kleines Land, das nach Bevölkerungszahl (1988: 3,6 Mio) ein Zwerg und ökonomisch ruiniert worden ist, mit dem Willen zu einer besseren Zukunft in Bewegung zu halten. Ohne den Enthusiasmus seiner jungen Generation hätte das kleine Nicaragua keine Chance, im Vorhof der USA auf dem aufrechten Gang zu bestehen.



"Die Kinder sind die Zukunft der Revolution!"

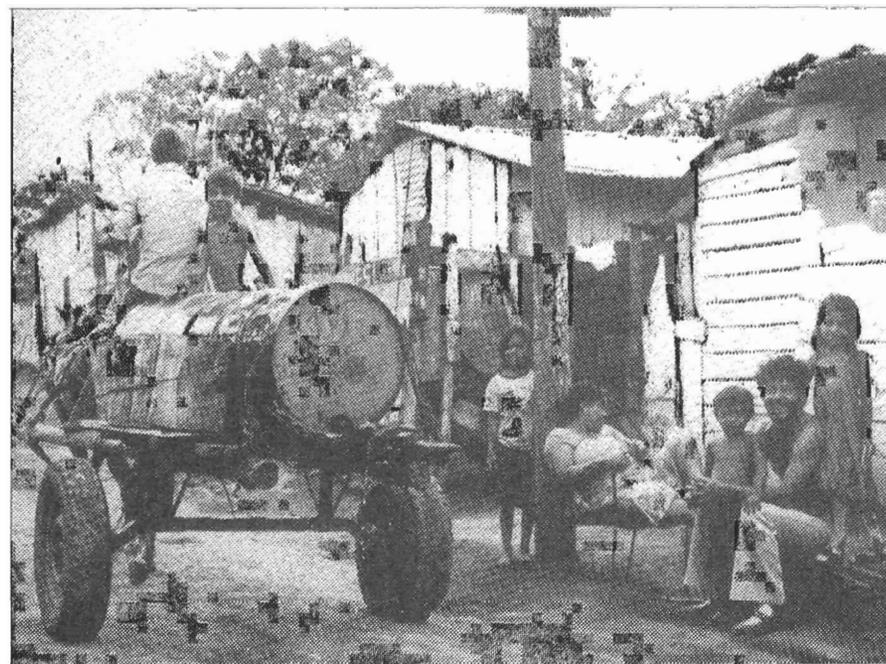
Aufnahme: Lisa Luger

Meines Erachtens müssen in der kurzen Geschichte der Jugendcliquen in Nicaragua zwei Etappen voneinander unterschieden werden. Die ersten Cliques, die um 1984 entstanden, sind offensichtlich zu verstehen als Versuche, sich der kurz zuvor eingeführten Wehrpflicht zu entziehen. In dieser Zeit verließen viele Jugendliche die Schulen und oft auch ihre Familien und tauchten praktisch unter. Die Cliques fungierten als eine Art Vorwarn- und Auffangnetz. Aus diesem Grund agierten sie weder öffentlich noch provokativ.

Wie immer man die Einführung der Wehrpflicht beurteilen mag, als unvermeidlich oder überflüssig, Fakt ist, daß sie die erste Zwangsmaßnahme war, die die (männliche) Jugend nach dem Triumph über die Diktatur erfuhr. Sie bedeutete den Abschied von dem mit der Revolution entstandenen Konsens, daß die Jugend von sich aus, ohne dafür motiviert oder genötigt werden zu müssen, eine tragende Rolle bei der Entwicklung der neuen Gesellschaft spielt. Die praktisch von der (städtischen) Jugend getragene Alphabetisierungskampagne des Jahres 1980 war hierfür vielleicht der sinnfälligste Ausdruck.

Die Einführung der Wehrpflicht war die Vorbotin weiterer einschneidender Veränderungen, die die gesellschaftliche Rolle der Jugend tangierten. Sie standen unter dem Motto der "Institutionalisierung der Revolution". Über formalisierte Strukturen sollte das erreichte Stadium der Revolution gesichert und - auch gegenüber Kritikern im westlichen Ausland - legitimiert werden: Die Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen wird einem System rechtlicher Regelungen unterworfen, und die Staatsbürokratie wird nach Laufbahnen geordnet, was letztlich auf die Etablierung von Hierarchien hinausläuft (am augenfälligsten bei der Wiedereinführung von Rangabzeichen in der Armee).

Für die Jugend bedeutet dies einen empfindlichen Bruch mit der ihr bisher zugeschriebenen Rolle. Seit dem Befreiungskampf galt sie als Motor der Revolution, und es standen ihr auch buchstäblich alle Türen offen. Mit der Institutionalisierung der Revolution wird sie auf den Status einer "heranwachsenden Generation" gleichsam zurückgestuft, die sich vorgeschriebenen Laufbahnen zu fügen habe und sich hierfür erst vorbereiten und bewähren müsse (vgl. Marchetti 1987, S. 110 f.). Solche Veränderungen sind notwendigerweise mit Enttäuschungen verbunden und reduzieren die bisher so weitgehende Identifikation der Jugend mit der Revolution, zumindest bei denen, die wenig Chancen hatten, von der Institutionalisierung der Revolution zu pro-



Straßenkinder am Rande der revolutionären Gesellschaft

fitieren. Dies gilt vor allem für die Jüngeren und für diejenigen, die aufgrund ihrer Lebenslage nicht an der Expansion der Bildungsmöglichkeiten partizipieren konnten. Eine beachtliche Minderheit von Jugendlichen blieb gleichsam außen vor, geriet an den Rand der - ohnehin gebremsten - Revolutionsdynamik.

Aus dieser Minderheit geht die seit 1987 entstehende zweite Generation der Jugendcliquen hervor. Ihre Angehörigen sind im Durchschnitt jünger, oft noch Kinder von 12, 13 Jahren, und sie stammen überwiegend aus den ärmeren Schichten und Stadtvierteln. Straßen und Märkte werden zu ihren bevorzugten Aktionsfeldern. Ihr Verhalten nimmt provokative und teils gewalttätige Züge an.

Um zu verstehen, was sie bewegt und ihr Handeln bestimmt, sollte zunächst einmal bedacht werden, daß die Jugendlichen, die sich heute in Cliques zusammenfinden, aus einer neuen Generation stammen. Den Befreiungskampf gegen die Diktatur haben sie allenfalls als kleine Kinder miterlebt, aber nicht aktiv mitgetragen. Die neuen Bildungsmöglichkeiten, die hohe Wertschätzung der Jugend, ihre erweiterten Rechte und

neuen Freiheiten erscheinen ihnen bereits als Selbstverständlichkeit, nicht mehr der Rede wert. Die Revolution messen sie nicht an der Vergangenheit, sondern an ihren Ergebnissen und Folgen für die eigene Zukunft. Und nun macht gerade diese Generation seit einigen Jahren die Erfahrung, zu immer neuen Opfern aufgerufen zu werden, ohne daß sich für sie erkennbar das Leben verbessert.

Hinzukommt, daß in der heutigen Jugendgeneration der Anteil derer gewachsen ist, deren materielle Lebenslage sich in den letzten Jahren sogar verschlechtert hat. Für diese Jugendlichen tut sich eine Schere auf zwischen gestiegenen Erwartungen und erweiterten Bedürfnissen einerseits und den geminderten Chancen zu ihrer Realisierung andererseits. Das mit der Revolution gewachsene Bedürfnis, das Leben und die persönliche Zukunft in eigener Initiative und nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, wird durch die Unmöglichkeit, eine eigene Wohnung zu finden, ebenso konterkariert wie durch die Notwendigkeit, für das Überleben der Familie sorgen zu müssen. Der Zusammenschluß in altershomogenen Cliques wird dadurch gefördert. Teilweise fungieren die Cliques als "Organisation" zur Arbeits- und Geldbeschaffung, teilweise ermöglichen sie den Jugendlichen, sich eher selbstbestimmte soziale Räume zu erobern.

Der immense Arbeitsdruck und die geringen Möglichkeiten, die eigene Zukunft zu planen, steigern den eh unter Jugendlichen verbreiteten Wunsch nach augenblicklichen Vergnügungen. Auch dieser Wunsch gerät mit der Realität in Konflikt. Es fehlt an offenen Freizeit- und Kultureinrichtungen, und die kommerziellen Angebote sind nur für eine wohlhabende Minderheit der Jugendlichen erschwinglich. So vergnüglich und ausgelassen die gelegentlichen Massentreffen der Jugend (zum Jahrestag der Revolution, zum Todestag von Sandino, zum Abkommen von Sapoa etc.) sein mögen, im Alltag dominiert ein gewisser Asketismus, der von der Jugend in erster Linie Opfer und Disziplin verlangt. Jugendliche, die demonstrativ das Vergnügen suchen, erscheinen so leicht als Leute, die die nötige Verantwortung und Solidarität mit der Revolution vermissen lassen und werden ausgegrenzt.

Das provokative Auftreten der Cliques hat hierin bestimmt einen Grund. Auf diese Weise finden sie wenigstens Beachtung, werden ernster genommen. Daß manche der Cliques auch zur Gewalt greifen, läßt sich nicht einfach auf ausländische Einflüsse zurückführen. Zwar greifen

sie in ihrer Selbststilisierung gern auf martialische Heldenposen aus US-Filmen zurück, doch die Beliebtheit von Rambo und ähnlichen Gestalten bei männlichen Jugendlichen wäre ohne die Fortdauer von Machismo und Gewalt in der nicaraguanischen Gesellschaft selbst nicht sehr wahrscheinlich.

Die meisten Cliques scheren sich wenig um bestehende Gesetze und Verpflichtungen. Sie erwecken den Eindruck, "die Revolution" sei ihnen schnuppe, und allen, die von der Jugend revolutionären Enthusiasmus erwarten, sind sie verständlicherweise ein Ärgernis. Doch wäre es ein Fehlschluß, die Cliques als notorische Feinde der Revolution zu verketzern. Es sollte zu denken geben, daß alle Versuche der antisandinistischen Opposition, die Cliques in ihrem Sinne zu instrumentalisieren, gescheitert sind; zu Mobilmachen der Konterrevolution haben sie sich nicht funktionalisieren lassen.

Ob die Cliques sich unter den bestehenden Umständen für die Revolution gewinnen lassen, wie heute zum Beispiel Omar Cabezas vermutet, wage ich nicht zu beurteilen. Mit Gewißheit wird dies weder durch sozialpädagogische Resozialisierungsprogramme noch durch bloße Appelle zu erreichen sein. Eine wesentliche (nicht die einzige) Voraussetzung scheint mir zu sein, daß die nicaraguanische Revolution in Bewegung bleibt und sich wieder auf die gesellschaftliche Bedeutung und solidarische Kraft der Schichten und Sektoren besinnt, die vor 10 Jahren den Sieg über die Diktatur entschieden haben.

Manfred Liebel

Anmerkung

1) Für Jugendliche ist es praktisch unmöglich, eine eigene Wohnung zu finden. Auch wenn sie heiraten, müssen sie in der Regel weiter bei ihren Eltern wohnen. In den ärmeren Stadtteilen, aus denen der Großteil der Cliques stammt, leben oft sechs, acht Personen auf engstem Raum zusammen. Die hier lebende Bevölkerung ist zudem extrem jung; 78 Prozent sind jünger als 30 Jahre (Rosario Valdéz 1988, S. 24). Bei einem jährlichen Wachstum der Bevölkerung von Managua um mehr als 7 Prozent wachsen vor allem die provisorischen Siedlungen (in Managua Spontan-Siedlungen genannt) und mit ihnen die Wohnungsnot. Um den akuten Wohnungsbedarf zu decken, müßte das Doppelte bis Dreifache an Häusern gebaut werden, was in der wirtschaftlichen Krise ausgeschlossen ist (vgl. López 1987).

Literatur

- Irene Agurto u.a.: Juventud Chilena: Razones y subversiones. Santiago 1985
- Ulla Allgeier u.a.: Straßenkinder in Nicaragua. Freiburg 1985 (Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung, Postfach 5222, 7800 Freiburg)
- Francisco A. Gomezjara u.a.: Las bandas en tiempo de crisis. Mexico 1987
- INSSBI (Sozialministerium): El menor en situación de riesgo. Managua 1984
- Los jóvenes en un país joven/ Die neue Generation in einem jungen Land. In: envío, Nr. 28, Managua/Wuppertal 1983 (Span./deutsch)
- Francisco López: La problemática urbana en Managua, in: Cuadernos de Sociología, Nr. 3, Managua 1987, S. 11-16
- Peter E. Marchetti: Guerra, participación popular y transición al socialismo, in: La Transición Difícil. La Autodeterminación de los Pequeños Países Periféricos. Managua 1987, S. 100-125
- Jeannine Palacios: Pandillas Juveniles. Caracterización del Problema, in: Psicología en Nicaragua, Nr. 2, Managua 1988, S. 12-14
- Herminia del Rosario Valdéz: Asentamientos espontáneos de Managua, in: Boletín Socioeconómico, Nr. 9, Managua 1988, S. 20-30
- Taller Popular de Teología/Parroquia "Sagrado Corazón de Jesús", Barrio Monseñor Lezcano: Una semilla que crece por si sola. Analisis sobre las "pandillas juveniles". Managua, November 1988

Gesundheit für alle – Medikamente für alle?**Gesundheitsversorgung in Nicaragua**

- "Bis ins nächste Gesundheitszentrum ist ein weiter Weg, und dann ist dort eine lange Schlange und das heißt warten, warten."
- "Den ganzen Tag im Gesundheitszentrum verbringen heißt: man verliert einen Arbeitstag."
- "Man kommt rein, wird gar nicht untersucht, die schreiben nur auf und heben nicht mal den Kopf, um einen anzusehen."
- "Die berühren Dich nicht, die untersuchen Dich nicht, die geben Dir nur ein Medikament und das wars dann."
- "Nur wenn Du in eine Privatpraxis gehst, ist es anders, aber da mußt Du halt bezahlen."
- "Einmal war ich mit meinem Kind in der Notaufnahme im Krankenhaus. Mein Kind ist fast gestorben an Durchfall. Ich kam um 7 Uhr abends ins Krankenhaus und um 1/2 10 Uhr war ich immer noch nicht dran. Meine Kleine wurde fast verrückt und weinte, so bin ich zu einem privaten Arzt gegangen."

Klagen über Klagen! Jede Menge Unzufriedenheit!

Immer noch gibt es unterernährte Kinder, immer noch gibt es Krankheiten aufgrund schlechter Lebensbedingungen. Immer noch scheint die Gesundheit den Reichen vorbehalten zu sein. Es entsteht der Eindruck, daß sich in 10 Jahren Revolution für die Bevölkerung nichts verändert hat.

Der nachfolgende Artikel möchte den Klagen nachgehen und aufzeigen, was sich in der Gesundheitsversorgung de facto verändert hat. Die Sandinisten hatten 1979 in ihrer Regierungserklärung "Erziehung und Gesundheit für alle" als oberstes Ziel deklariert und ein entsprechendes Gesundheitsprogramm verabschiedet, das eine Basisgesundheitsversorgung und ein demokratisches Gesundheitssystem beinhaltet. Unter diesen günstigen Voraussetzungen hätte eigentlich vieles für die Bevölkerung positiv verändert werden können.

Schlechte Startbedingungen

Der Sieg der FSLN über die Diktatur Somozas konnte nicht die sofortige Verwirklichung der sozialen Ziele der Revolution bedeuten. Die neue Regierung sah sich einer Unmenge von Problemen gegenüber: Ein vom Krieg zerstörtes Land, 40.000 Gefallene, 100.000 Kriegsverletzte, 350.000 Flüchtlinge (bei einer Gesamteinwohnerzahl von 3 Mio. Menschen). Ein großer Teil der Ernte und die wichtigsten Industriebetriebe waren von den Söldnern Somozas vor ihrem Abzug noch zerstört worden. Somoza hatte jede Menge Auslandsschulden hinterlassen, die anzuerkennen und zu übernehmen die neue Regierung vom Ausland gezwungen wurde, um neue Finanzmittel bekommen zu können.

Es waren enorme Anstrengungen notwendig, um die Auswirkungen des Krieges zu beseitigen. Die durch den Krieg verursachten Schäden werden auf ca. 1,3 Mrd. US-Dollar geschätzt.

Neben den wirtschaftlichen galt es auch jede Menge gravierender sozialer Probleme zu bewältigen: So hatte sich zum Beispiel die Wohnsituation erheblich verschlimmert: Durch das Erdbeben 1972 sowie durch die Auswirkungen des Krieges und die Bombardierungen durch die Nationalgarde gegen Ende des Krieges waren viele Häuser zerstört worden. Von den viel zu wenigen bestehenden Wohnungen war über die Hälfte in sehr düftigem Zustand. Viele Häuser waren nur mit gestampftem Lehmfußboden ausgestattet. Die Trinkwasserversorgung war ebenfalls unzureichend. In den Städten verfügten zwar 70,2 % der Bevölkerung über relativ sauberes Wasser, auf dem Land jedoch nur 5,6 %.



Vor allem auf dem Land leben die Menschen in düftigen, armseligen Hütten

Recht auf Gesundheit

Trotz vorrangiger Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation (38,39) wurden gleichzeitig Schritte zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung unternommen:

In der Regierungserklärung wurde Gesundheit als ein Recht für alle und der Staat als dafür verantwortlich erklärt. Doch ein Recht auf Gesundheit kann in einem Land wie Nicaragua nur Sinn haben, wenn der Staat die notwendigen Dienstleistungen für alle Einwohner in allen Teilen des Landes zur Verfügung stellt und dafür Sorge trägt,

daß jede/r Zugang zu einer adäquaten, dem Entwicklungsstand des Landes entsprechenden Versorgung hat.

Eine Gesundheitsversorgung im Sinne einer Solidargemeinschaft von Versicherten, wie z.B. in der Bundesrepublik, ist für Nicaragua unrealistisch, würde es doch bedeuten, daß ca. die Hälfte der Bevölkerung für lange Zeit von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen wäre. Aufgrund der Beschäftigungsstruktur, des hohen Anteils der im informellen Sektor Beschäftigten, der Kleinbauern und Saisonarbeiter, die häufig nur über ein sehr niedriges Einkommen verfügen, könnten viele Nicaraguaner die Beiträge nicht aufbringen. So wird in Nicaragua versucht, durch eine kostenlose, an den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung orientierte, breit angelegte Gesundheitsversorgung eine Lösung für die Gesundheitsprobleme zu erreichen.

Es wurde ein einheitliches staatliches Gesundheitssystem geschaffen, in dem die Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser, Gesundheitsposten und Gesundheitszentren zusammengefaßt sind, um eine höhere Effektivität der Versorgung zu erreichen. Neben den staatlichen Einrichtungen existiert weiterhin die Privatmedizin.

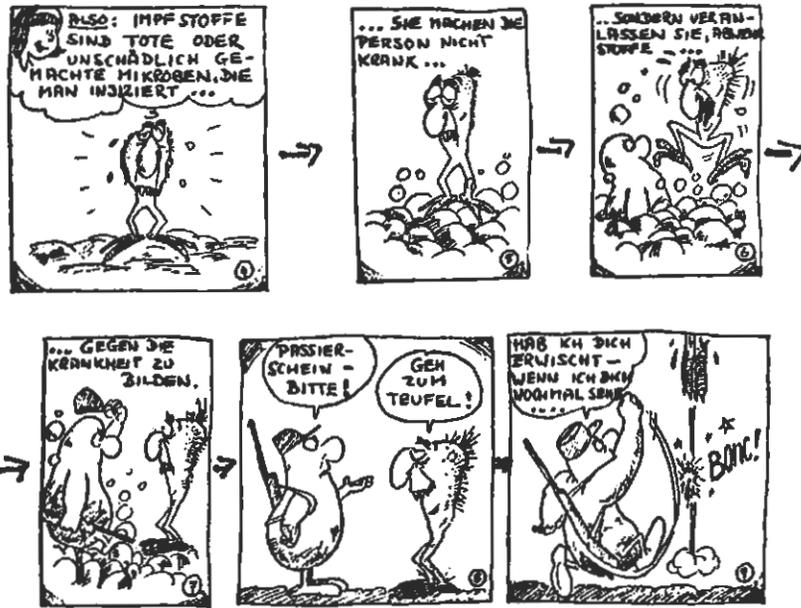


Das mobile Gesundheitszentrum fährt über Land

Dem Anspruch der sandinistischen Regierung "Gesundheit für alle" gerecht zu werden, bedeutet: das Gesundheitsversorgungssystem muß ausgeweitet und Gesundheit auf das Land gebracht werden; die städtische Versorgung, vor allem in den Randgebieten und den Elendsvierteln, darf jedoch nicht vernachlässigt werden. In der Folgezeit wurden zahlreiche Krankenhäuser sowie Gesundheitszentren und Gesundheitsposten gebaut. Die Zahl der Behandlungen stieg enorm. Der Ausweitung der Gesundheitsversorgung jedoch standen erhebliche personelle Schwierigkeiten entgegen: Es gab viel zu wenige qualifizierte GesundheitsarbeiterInnen, um die neu geschaffenen und geplanten Gesundheitseinrichtungen personell besetzen zu können. Die Zahl der auszubildenden Ärzte/innen, KrankenpflegerInnen und der Hilfskrankenschwestern mußte um ein Vielfaches erhöht werden.

Vorbeugen ist besser als bohren

Die Gesundheitsprobleme sind nicht allein dadurch zu lösen, daß eine bessere Infrastruktur errichtet wird, daß mehr Gesundheitszentren und Gesundheitsposten entstehen und mehr Menschen Zugang zu den Einrichtungen der Gesundheitsversorgung haben. In ihrem Gesundheitsprogramm weist die sandinistische Regierung ausdrücklich auf den Zusammenhang von Lebensbedingungen und Krankheit bzw. Gesundheit hin. Sie legt neben dem kurativen Bereich großen Wert darauf, die Krankheiten im Vorfeld zu bekämpfen, d.h. die Ursachen zu beseitigen, damit es gar nicht erst zu Erkrankungen kommt und kurative und teure Behandlung notwendig wird.



Dazu gibt es jetzt entsprechende präventiv-medizinische Programme: Krankheiten sollen durch Bau von Latrinen, Wasser- und Abwasser-versorgung, Müllentsorgung, verbesserte Hygiene, Impfkampagnen gegen Malaria, TBC, Polio u.a. eingedämmt werden. Aufklärungskampagnen über richtige Ernährung sollen die weitverbreitete Fehl- und Unterernährung vor allem der Kinder mindern. Die Programme zur Steigerung der Grundnahrungsmittelproduktion sind dazu gedacht, der

Unterernährung aufgrund der (von Somoza forcier-ten, ökonomisch immer noch wichtigen) export-orientierten Monokultur entgegenzuwirken.

Von Anfang an lag einer der Schwerpunkte des Gesundheitswesens im Bereich der Mutter-Kind-Vorsorge. Dafür gibt es ein umfassendes Programm, das u.a. die Schwangerschaftsvor- und Nachsorge, die Geburt, Beratung zur Familien-planung sowie die regel-mäßige Kontrolle von Wachstum und Entwick-lung der Kinder bis zum 5. Lebensjahr vorsieht.



Kontrolle von Wachstum und Entwicklung der Kinder im Gesundheitszentrum in Matagalpa

Erfolge der Maßnahmen zur Gesundheitsversorgung und ihre Grenzen

Die neuen Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung konnten bald zahlreiche Erfolge nachweisen: Die Kindersterblichkeit sank von 1978 120/1000 im Jahre 1985 auf 44/1000. Die Impfkampagnen dämmten die Erkrankungen an Kinderlähmung, Masern etc. ein. Lange Zeit ist kein Fall von Kinderlähmung bekannt geworden. In der Somoza-Ära gab es keinerlei psychische Behandlung. Bis 1986 wurden 16 psychosoziale Versorgungszentren und das Psychiatrische Krankenhaus in Managua errichtet. Es existierten keinerlei Berufs-gesundheitsvorsorge oder Arbeitsschutzmaßnahmen, während nun in Zusammenarbeit der Ministerien Arbeit, Soziales und Gesundheit entsprechende Maßnahmen entwickelt werden. Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Punkt im Gesundheitsprogramm, um Betriebsunfällen vorzubeugen oder Langzeitschäden durch gesundheitsschädliche Arbeitsplätze zu vermeiden.

Die Ergebnisse der von Nicaragua verwirklichten Strategie der Basisgesundheitsversorgung haben dazu geführt, daß WHO und UNICEF (die Weltgesundheitsorganisation und die Organisation der Vereinten Nationen für die Kinder der Welt) Nicaragua als "Modelland für Gesundheitsversorgung" auszeichneten.

Keine Chance für das Gesundheitsmodell

Trotz dieser moralischen Aufwertung hatte Nicaragua bisher kaum eine Chance, sein Gesundheitsmodell zu verwirklichen. Die Zeit ist viel zu kurz, um bereits eine Veränderung zu spüren. Wirtschaftliche Not und Krieg, die das Land mit Beginn der Contraaktivitäten erneut beherrschen und seine Entwicklung prägen, haben bisher die Erfahrung verhindert, daß das Gesundheitssystem funktionieren kann.

Durch die Auswirkungen des Krieges und die dadurch mit bedingte Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lebenssituation der Bevölkerung haben einige Krankheiten (wie Malaria, Kinderlähmung etc.) wieder zugenommen. Aufgrund der wachsenden Wirtschafts- und Versorgungsprobleme hat sich die Ernährungssituation der Bevölkerung verschlimmert. Insbesondere das Problem der Unterernährung der Kinder ist akuter geworden und somit auch deren Anfälligkeit für Krankheiten gestiegen.

Als Folge des Krieges sieht sich das Land einer Vielzahl von Kriegsversehrten gegenüber, die es medizinisch zu versorgen und wirtschaftlich zu unterstützen gilt; ganz zu schweigen von der psychischen Belastung, die der Krieg mit sich bringt, sowohl für diejenigen, die an der Front stehen, oder die die Übergriffe von seiten der Contra miterlebten oder permanent befürchten müssen, die Flüchtlinge und Kriegswaisen, aber auch diejenigen, die um ihre Männer, Söhne und Väter bangen oder sie bereits verloren haben.

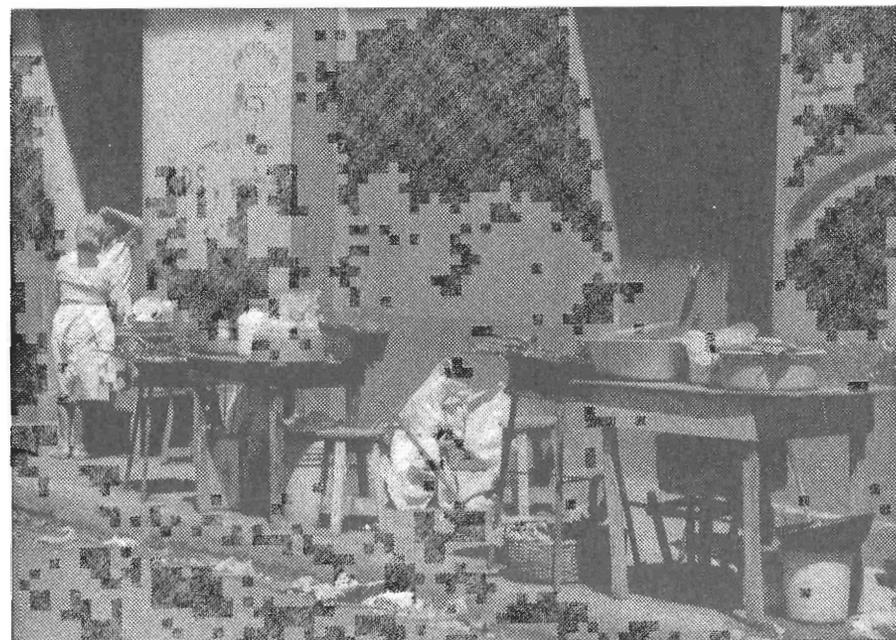
So sind zwar durch das staatliche Gesundheitsprogramm und die bisher initiierten Gesundheitsmaßnahmen günstige Voraussetzungen geschaffen worden, die Lebenssituation und die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Doch wegen der Auswirkungen des Krieges, der desolaten wirtschaftlichen Situation, dem US-Handelsboykott, der hohen Inflation, die auch durch die Währungsreform nicht eingedämmt werden kann, der Landflucht aufgrund von Krieg und der schlechten Lebensbedingungen auf dem Land, der Schwierigkeiten mit der Grundnahrungsmittelversorgung, Bürokratie, Schwarzmarkt, zu wenig qualifiziertem Personal sind einer Realisierung des Vorhabens enge Grenzen gesetzt.

Die Sparmaßnahmen aufgrund des Krieges treffen vor allem die sozialen Programme der Revolution: Die Lebensmittelprogramme für Familien mit unterernährten Kinder und die Versorgung der Comedores infantiles (Kinderspeisestätten), die vielerorts eingerichtet worden

waren, um zumindest einmal pro Tag eine Mahlzeit für die Kinder aus ärmeren Familien zu garantieren, werden immer mehr eingedämmt und können oft nur durch Spenden aus dem Ausland aufrechterhalten werden. Medikamente werden nicht mehr kostenlos ausgegeben, sondern müssen in den jeweiligen Apotheken der staatlichen Gesundheitseinrichtungen bezahlt werden (ausgenommen Medikamente für Kinder bis 6 Jahre), wobei der Preis in den staatlichen Apotheken immer noch wesentlich geringer ist, als in den freien Apotheken. Bei den Ausgaben des Sozialministeriums haben mittlerweile die Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten und die Kriegswaisen Priorität.

Bevorzugte Angriffsziele der Contra sind die Gesundheitseinrichtungen: Allein zwischen 1980 und 1984 wurden 31 Gesundheitsarbeiter getötet, 4 verletzt und 15 entführt. 62 Gesundheitsposten wurden zerstört, fünf Gesundheitszentren und ein Hospital (in Bilwaskarma) mußten geschlossen werden.

Durch die Destabilisierungspolitik der Regierung der USA (Krieg, Austrocknen der Wirtschaft) soll erreicht werden, daß die Bevölkerung unzufrieden wird und den Sandinisten die Unterstützung entzieht. Die Glaubwürdigkeit der sandinistischen Regierung hängt von den Erfolgen der Revolution ab. Wenn nun die sozialen Errungenschaften, durch welche Gründe auch immer, nach und nach wieder abgebaut werden, fällt dies wieder auf die Regierung zurück: - die Bevölkerung wird unzufrieden und es besteht wirklich die Gefahr, daß die Regierung ihre Unterstützung verliert. ...



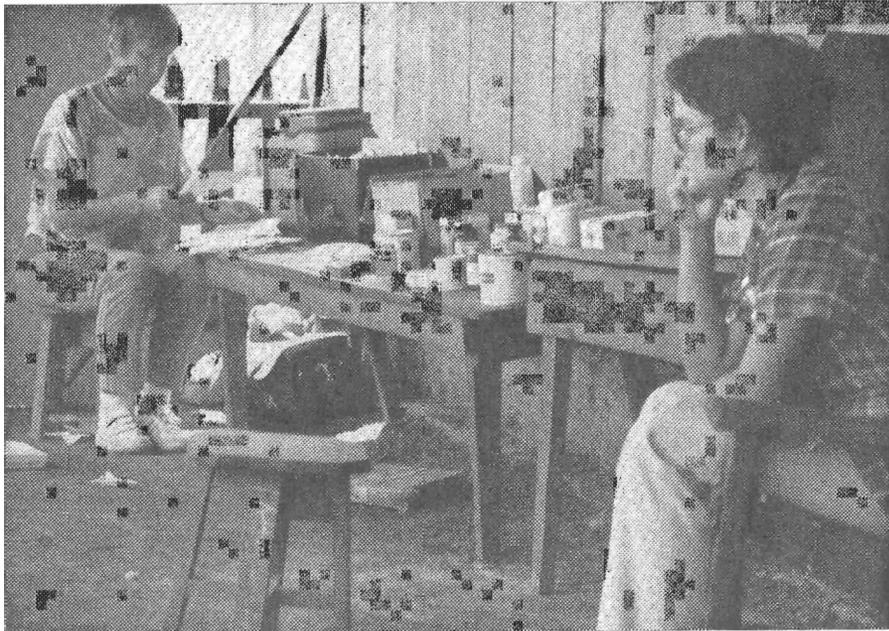
Auf dem Markt in Jinotepe

Viele Dinge stehen einer Realisierung des Gesundheitsprogrammes im Weg

Abgesehen von den o.a. Faktoren gibt es noch zahlreiche andere Schwierigkeiten, die einer Realisierung des Gesundheitsprogramms im Wege stehen: Bürokratie, Korruption, Aberglaube, Medikamente- und Autoritätsgläubigkeit, mangelnde oder schlechte Ausbildung und Bildung u.v.a.m.

Die auf Basisgesundheitsversorgung orientierte staatliche Gesundheitspolitik sieht sich mit einem Medizinmodell aus Industrieländern konfrontiert: die im Gesundheitsbereich tätigen Ärzte und Krankenschwestern sind danach ausgebildet und haben die Werte dieses Medizinmodells verinnerlicht.

Sowohl bei Ärzten und Krankenschwestern als auch bei weiten Teilen der Bevölkerung fehlt eine Erkenntnis über die Vorzüge der Basisgesundheitsversorgung, die eine demokratische Beteiligung der Bevölkerung am Gesundheitssystem vorsieht, und über die Notwendigkeit ihrer Realisierung, um bessere Lebensbedingungen als Voraussetzung für bessere Gesundheit zu erreichen.



Gesundheitszentrum auf dem Land: Die üblen Lebens- und Arbeitsbedingungen schrecken viele Ärzte und Krankenschwestern ab

Die Klagen der Bevölkerung über die schlechte Behandlung in den Krankenhäusern und Gesundheitszentren zeigen die zahlreichen Mängel im Gesundheitssystem auf.

Die Kluft zwischen Arzt bzw. Krankenschwester und Patient ist nach wie vor sehr tief. Die ärztliche Versorgung vor allem auf dem Land wird überwiegend durch junge Ärzte getragen, die dort ihren 2jährigen Sozialdienst ableisten müssen, als Voraussetzung für ihre Aprobation. Diese jungen Ärzte besitzen wenig Erfahrung in den medizinischen und administrativen Erfordernissen, als auch im Umgang mit der ländlichen Bevölkerung und ihren Bedürfnissen. Die meisten Ärzte rekrutieren sich nach wie vor aus der städtischen Oberschicht und haben keinerlei Interesse, ihr privilegiertes Stadt- leben aufzugeben und unter "primitivsten" Bedingungen mit "primitiven" Menschen auf dem Land zu leben. Die Zeit des Sozialdienstes wird als Strafversetzung angenommen, die es gilt, möglichst mit dem geringsten Aufwand hinter sich zu bringen.

Kein Wunder, wenn die einfache Bevölkerung kein Vertrauen zu diesen Ärzten hat, die ihnen kein Interesse und kein Verständnis entgegenbringen und deren städtische Sprache und Medizinerjargon sie kaum verstehen.

Durch Abschaffung der Studiengebühren und durch gezielte Stipendien will die Regierung nun Studenten aus ärmeren Schichten und ländlichen Gebieten zum Studium ermuntern, wobei sie hofft, daß diese nach Abschluß ihres Studiums eher bereit sind, in ihre Dörfer zurückzukehren.

In den Städten sind die Privatärzte verpflichtet, neben ihrer Praxis vier Stunden pro Tag in einer öffentlichen Gesundheitseinrichtung Dienst zu tun. Doch die wenigsten von ihnen leisten auch wirklich ihren Dienst ab. Und wenn, werben sie nicht selten dort Patienten ab, um sie in ihrer Privatpraxis "besser" (teurer) versorgen zu können.

Nicht nur die Patienten, auch das Gesundheitspersonal beklagt die schlimmen Zustände in den Gesundheitseinrichtungen. Die kostenlose Gesundheitsversorgung hat einen Run auf die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen ausgelöst. Die Bevölkerung nimmt die Einrichtungen in Anspruch, was endlos lange Warteschlangen vor den Gesundheitszentren und Fließbandarbeit in der Abfertigung der Patienten bedeutet.

Die Arbeitsbedingungen der Ärzte des öffentlichen Gesundheitssystems sind sehr schlecht (überlange Arbeitszeiten, extrem niedrige Löhne), so daß es kein Wunder ist, wenn viele nebenbei ihre private Praxis betreiben, oder - wie viele andere Professionelle - massenweise ins Ausland gehen. Die Regierung sieht sich gezwungen, sie durch spezielle Anreize und Vergünstigungen zum Bleiben zu bewegen (Lohnzahlung in Dollar, günstigste Kredite für den Kauf von Luxusgütern (Video etc.) oder hohe Subventionierung von Privatautos.)

Obwohl das nicaraguanische Gesundheitskonzept die ganzheitliche Medizin propagiert, d.h. den Patienten als Produkt seiner physischen, psychischen und sozialen Lebensumstände sieht und seine Gesundheitsprobleme als solche behandeln will, ist in der Mehrheit der Fälle bei Ärzten und Patienten eine enorme Medikamentenfixiertheit festzustellen. Viele Ärzte vernachlässigen die sozialen Faktoren der Krankheit (Armut, schlechte Lebensbedingungen, Unterernährung u.a.) und fördern unkritisch die Medikalisierung.



Impfkampagne gegen Masern in Matagalpa

Während in unserer Gesellschaft eine zunehmende Skepsis gegen Medikamente festzustellen ist, besteht in Nicaragua, wie in vielen anderen Entwicklungsländern auch, ein noch recht ungebrochenes Verhältnis zu Medikamenten.

Der proklamierte Anspruch auf "Gesundheitsversorgung für alle" wird vielfach gleichgesetzt mit "Medikamente für alle". Auch Innenminister Tomás Borge hat bei seinem jüngsten Besuch in Berlin anlässlich des Kirchentages "Antibiotika für alle" gefordert.

Früher waren Medikamente und Gesundheitsversorgung ausschließlich der Oberschicht vorbehalten, und für viele ist nicht klar, daß die Oberschicht weniger wegen der Medikamente, sondern wegen anderer Faktoren (Lebensbedingungen, Ernährung etc.) weniger krank ist. Reich sein heißt gesund sein - und gesund sein wird gleichgesetzt mit "Medikamente haben".

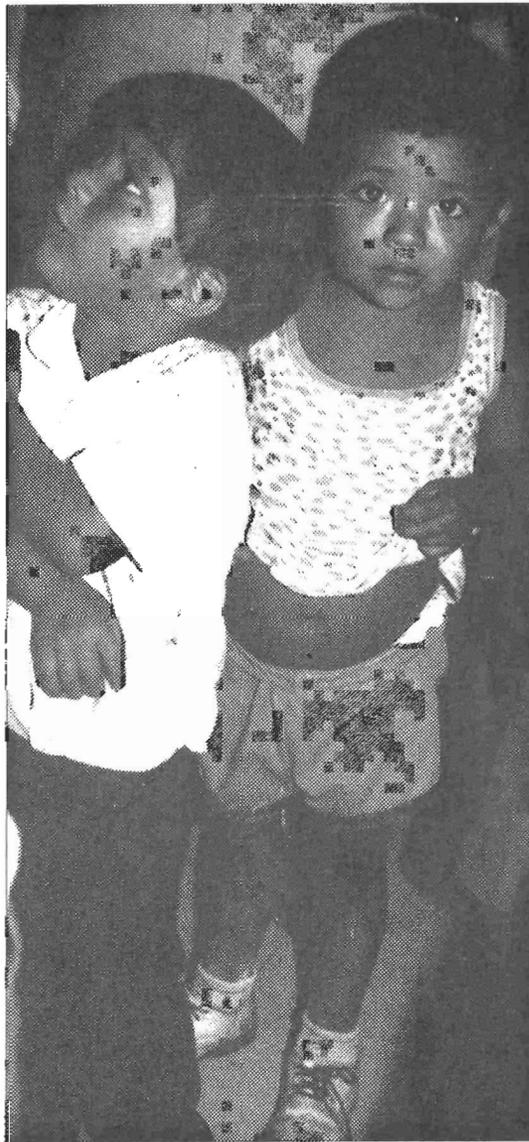
Ein Grund für die Medikamentenfixiertheit liegt auch darin, daß es neben der Verabreichung von Medikamenten in dem rückständigen Gesundheitssystem von Entwicklungsländern keine bzw. kaum andere therapeutische Maßnahmen gibt (Massagen, Krankengymnastik etc.). Hinzu kommt die Erwartung der Patienten, die ein schnelles wirksames Mittel erhalten wollen und enttäuscht sind, wenn ihnen von staatlichen Gesundheitseinrichtungen Leistungen verwehrt werden, auf die sie seit 1979 Anspruch haben. Recht auf Gesundheit ist für sie gleichbedeutend mit Recht auf Medikamente. Die Patienten fühlen sich schlecht behandelt und getäuscht und gehen zu den Privatärzten, die recht großzügig im Verschreiben von Antibiotika und Spritzen sind. Hinzu kommt paradoxerweise, daß eine bezahlte Leistung sehr viel mehr wert geschätzt wird, als eine kostenlose Behandlung.

Nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Misere und der dadurch erforderlichen Sparmaßnahmen auch im Gesundheitsbereich legt die sandinistische Regierung großen Wert auf eine Zusammenarbeit mit Vertretern der traditionellen Medizin. In verschiedenen regionalen Projekten wird auf den Spuren der traditionellen Heilkräuter geforscht, Rezepte gesammelt und ihre Wirkung untersucht. In einigen Bezirken des Landes werden bereits anstelle der pharmazeutischen Medikamente bei bestimmten Krankheiten Kompositionen von Heilkräutern in den Gesundheitszentren angeboten.

Doch vor allem die Ärzte und die städtische Bevölkerung stehen der traditionellen Medizin sehr ablehnend gegenüber, und sie wird als Scharlatanerie und Rückschritt empfunden.

Prävention ist angesagt

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Gesundheitspolitik sind die Präventionsmaßnahmen, um Krankheiten bereits im Vorfeld zu verhindern. Da die Ursachen von den häufigsten Krankheiten (Durchfall, Erkrankungen der Atemwege u.a.) in den sozialen Bedingungen liegen, sind zur Verbesserung der Lebensbedingungen jede Menge öffentliche Maßnahmen nötig (Bau von Trinkwasserleitungen, Abwasserkanalisation, Latrinen, Wohnungen etc.). Doch die ökonomischen Möglichkeiten haben der Realisierung der sozialen Vorhaben der Revolution enge Grenzen gesetzt. So bleibt die Prävention von Krankheiten weiterhin eine schwierige Herausforderung an die Sandinisten, da durch die Revolution bei der Bevölkerung große Hoffnungen geweckt wurden, deren Einlösung nun gefordert wird.



Kinder mit dicken Wurmhäuchchen bei einer Vorsorgeuntersuchung im Gesundheitszentrum Matagalpa

Obwohl öffentliche Maßnahmen für Prävention von Krankheiten ausschlaggebend sind für eine Verbesserung der gesundheitlichen Lage einer Bevölkerung, ist das individuelle Gesundheitsverhalten gleichfalls ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Realisierung von gesundheitsfördernden Maßnahmen. Eine breit angelegte Gesundheitserziehungskampagne soll über die Ursachen von Krankheiten aufklären und die Bevölkerung zur Mitarbeit und Eigenverantwortung aktivieren. Das Ziel der Gesundheitserziehung, die Ursachen der Krankheiten in den sozialen Verhältnissen zu suchen, soll zum einen dazu führen, daß die Bevölkerung ihr Recht auf Gesundheit offensiv einklagt, was jedoch die Regierung aufgrund ihrer ökonomischen Schwierigkeiten in Widerspruch zu ihren sozialen Zielen bringt. Zum anderen soll die Konsumhaltung gegenüber der Medizin bekämpft werden und gleichzeitig die Eigenverantwortung des Einzelnen für seine Krankheit problematisiert und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden (Bau von Latrinen, Gatter für die Haustiere, Hygiene etc.).

Doch die Gesundheitserziehung stößt auf zahlreiche Probleme: 40 Jahre Diktatur haben ihre Spuren hinterlassen: Dem Terror des Somozaregimes konnte die Bevölkerung am besten mit Verweigerung und Passivität begegnen. Diese Verweigerungsstrategie prägt auch

heute noch das Verhalten vieler Nicaraguaner (v.a. auf dem Land), die allen Vorhaben von Regierungsseite erstmal skeptisch gegenüberstehen.

Gerade in jüngster Zeit hat sich gezeigt, daß bei Contraüberfällen hauptsächlich die Aktiven liquidiert werden. Ein weiterer Grund, sich nicht zu engagieren, sondern sich ruhig und passiv zu verhalten, um nicht aufzufallen.

Die Geschäftemacherei mit den Medikamenten ist nicht spurlos an der Bevölkerung vorübergegangen. Die Propaganda der Pharmaindustrie, die z.B. Antibiotika als Allheilmittel gegen Würmer und Unterernährung propagiert und sämtliche präventivmedizinische Initiativen zur Bekämpfung der krankheitsverursachenden unhygienischen Lebensbedingungen überflüssig erscheinen lassen will, hat massive Auswirkungen gezeigt und das Verhalten enorm geprägt.

...doch das wesentliche Problem ist die Armut

Das wesentliche Problem jedoch ist die Armut, wobei Armut mehr bedeutet, als kein Geld zu haben. Armut wird zur Kultur, zum Verhalten der Bevölkerung. Armut ist auch Analphabetismus und Unwissenheit. Unwissende und Analphabeten sind leicht zu manipulieren und zu unterdrücken. Ohne Wissen und Erfahrung ist es nur sehr schwer möglich, neue Handlungsspielräume zu erkennen. Erziehung ist somit Grundvoraussetzung, um eine Änderung im Verhalten erreichen zu können. Daher kommt der Gesundheitserziehung eine sehr wesentliche Aufgabe zu.





Gerade in letzter Zeit sind in Nicaragua neue Ansätze einer befreienden Gesundheitserziehung entwickelt worden. Sie beschränken sich nicht auf Appelle, das Wasser abzukochen und das Haus sauberzuhalten und weisen nicht dem einzelnen Individuum die Schuld für seine Krankheit oder die Krankheit seiner Kinder zu, sondern zeigen gesellschaftliche Zusammenhänge und Ursachen von Gesundheit und Krankheit auf und entwickeln gemeinsam mit den Betroffenen Lösungsstrategien. Ziel dieser Gesundheitserziehung ist, Menschen aus ihrer Armut zu befreien und zu aktiven Mitgliedern der Gesellschaft zu machen.

Text und Aufnahmen: Lisa Luger

Quellen:

- vgl. medico international (Hg.); Revolution ist Gesundheit, Das neue Gesundheitswesen in Nicaragua, Frankfurt/Main 1984
 Schmidt, Johannes; Wie läßt sich eine Medizin ohne Medikalisierung entwickeln?, in: Kritische Medizin 11, ARGUMENT-Sonderband AS 131
 Syring, Ralf; Gemischte Wirtschaft im Gesundheitswesen, in: Eich, Gernund (Hg.), Vulkan der Träume, Frankfurt/Main 1986

Ein neuer Mittelamerika-Kanal zum Wohle aller?

Gegenwärtig wird in Nicaragua der Plan eines neuen interozeanischen Kanals diskutiert. Allein die Größe eines solchen Bauprojektes, als auch dessen weltwirtschaftliche Bedeutung lassen das Vorhaben internationale Dimensionen annehmen.

Seit knapp 2 Jahrzehnten wird in internationalen Kreisen überlegt, wie eine bessere Alternative zum bestehenden Panama-Kanal aussehen sollte, denn er hat mit der Entwicklung des maritimen Handelsverkehrs nicht Schritt halten können: nur Schiffe bis zu 50000 Tonnen können ihn passieren, und sein Schleußensystem läßt die Durchfahrt nur in eine Richtung zu.

Die USA, Japan und Panama hatten zu diesem Zwecke im Jahre 1985 eine Dreierkommission gegründet und sich darauf verständigt, die Kosten für Voruntersuchungen gemeinsam zu tragen. Doch seitdem die USA mit Panamas starkem Mann, General Noriega, über Kreuz liegen, hat Japan seine Mitarbeit in der Kommission suspendiert und 80 Mio. US\$, bestimmt für die Untersuchungen, eingefroren. Japan, so scheint es, will seine Wirtschaftsbeziehungen in Lateinamerika unabhängig von den Schwankungen der US-Politik entwickeln und darin sich nicht ständig von den USA instrumentalisieren lassen.

Aus diesem Grunde sperrte sich Japan letzten Jahres dagegen, die harte Konfrontationspolitik der USA gegen Panama mitzumachen, und erklärte den Fall "Noriega" zur "internen Angelegenheit" von Panama. Über die nötigen Voraussetzungen für eine unabhängige Wirtschaftspolitik in Mittelamerika verfügt Japan zweifellos: sein technisches und wirtschaftliches Potential steht außer Zweifel. Ein Beispiel für ein eigenständiges Engagement ist das japanische Interesse an einer Beteiligung am Bau eines neuen interozeanischen Kanals durch Nicaragua. Anfang März besuchte eine japanische Delegation aus Wissenschaftlern und Geschäftsleuten Nicaragua, um die Durchführbarkeit eines solchen Projektes zu erkunden.

In Nicaragua selbst existiert bereits eine 11köpfige Nationale Kommission, angeführt vom Finanzminister und zusammengesetzt aus Wissenschaftlern, Technikern, Juristen und Ökologen, die alle mit dem Projekt in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten koordiniert und internationale Unterstützung für einen eventuellen Kanalbau sucht. Japan, aber auch Brasilien, haben dafür ein besonderes Interesse gezeigt, würden doch gerade diese zwei mit am meisten von kürzeren Schifffahrtswegen profitieren: Brasilien mit seinen

riesigen Rohstoffreserven und Japan als eines der größten Rohstoffverbraucherländer.

In Nicaragua will man, was die Nutzung eines zukünftigen Kanals betrifft, eben nicht dem Beispiel des Panama-Kanals folgen. So werden als Ziele formuliert: a) ausschließlich reserviert für den zivilen Schiffsverkehr, b) Verbot von Militärbasen und militärischer Nutzung, c) Errichtung einer oder mehrerer Freihandelszonen mit entsprechenden Garantien für ausländische Investoren. Nicaragua erhofft sich von diesem Konzept Vorteile v.a. in den Bereichen: Tourismus, Finanzen und Bauwirtschaft, was schließlich zu einer Diversifikation der Volkswirtschaft führen soll.

Die aktuellen Schätzungen beziffern die Baukosten auf 20-25 Mrd. US\$, die sich nach Meinung brasilianischer Techniker bereits nach 4 oder 5 Jahren amortisiert haben dürften. Für den Bau gibt es 3 Optionen, die jedoch alle davon ausgehen, daß der See von Nicaragua mit seinen 34m über Meeresspiegel und 75m Seetiefe an der tiefsten Stelle Bestandteil eines zukünftigen Kanals in der einen oder anderen Form sein wird. Die 1. Option sieht einen Kanal auf Meereshöhe vor, der durch den See läuft, aber von ihm mittels Betonrinnen getrennt ist. Die 2. Option favorisiert einen herkömmlichen Schleußenkanal wie den von Panama, wohingegen die 3. mit der Idee spielt, den ganzen See gleich auf Meeresebene abzusenken, was zwar zusätzliche fruchtbare Ackerböden mit sich brächte, aber auch kaum abzuschätzende ökologische Auswirkungen.

Welche Route ein zukünftiger Kanal nehmen soll, scheint schon etwas klarer zu sein: von der Karibik hinauf den Río San Juan, ungefähr 200 km, durch den See von Nicaragua hindurch und zu guter Letzt ein Landdurchstich von 20 km vom See bis zum Pazifik. Diese anvisierte Route hat schon Ärger mit dem südlichen Nachbarn Costa Rica eingebracht, der im sogenannten Cañas-Jerez-Vertrag aus dem Jahre 1858 Navigationsrechte auf dem Río San Juan zugesprochen bekam, obwohl der ganze Flußlauf auf nicaraguanischem Gebiet liegt. Costa Rica meint, daß Nicaragua deshalb nicht einseitig über die Nutzung des Flusses bestimmen dürfe. Um diese Problematik elegant zu umschiffen, könnte Nicaragua einen Kanal bauen, der das Tal des Río Indio nutzt, wenn dies auch höhere Baukosten zur Folge hätte.

Natürlich ist Nicaragua viel zu klein, um alles alleine bewerkstelligen zu können. Aus seiner Sicht kommt daher nur eine Finanzierungsmöglichkeit in Betracht: die Gründung einer internationalen Gesellschaft, von der Nicaragua 51% der Anteile hält, kraft der Tatsache, daß es sein Territorium zur Verfügung stellt; daneben sollen Länder der 3. Welt die Gelegenheit erhalten, Aktionäre dieser Gesellschaft zu werden. Damit könnte man zwei Ziele erfolgreich verfolgen: 1) den USA würde es schwerer gemacht, eine angebliche Gefährdung ihrer eigenen Sicherheit oder eines befreundeten Staates in der Region zum Vorwand zu nehmen, nach Be-

lieben in Nicaragua zu intervenieren, wenn sie sich einer ganzen Gruppe von Staaten gegenüber sehen; 2) der Konflikt mit Costa Rica könnte so beigelegt werden, daß Costa Rica Teilhaber der neuen Gesellschaft wird und damit unmittelbare Vorteile aus dem ganzen Unternehmen zieht.

Die Vision, die sich Nicaragua von einem neuen Kanal macht, hört sich gut an: zivile Nutzung, internationale Beteiligung, damit keine einseitige US-Kontrolle, Freihandelszonen, dadurch wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Region, wo nicht gleich Milch und Honig fließen werden, aber wo doch eine eigenständigere Entwicklung möglich sein sollte. Ob die USA das zulassen werden, weiß man nicht, aber andere Wirtschaftsregionen, wie die EG und Japan, haben sicherlich ein Interesse an einem verlässlichen und kürzeren Transportwege; und ob sie die Kanalgebühren den USA oder einer internationalen Gesellschaft zu entrichten haben, dürfte ihnen wohl egal sein.



Autonomía – con mayo ya!

Politik der Deeskalation

Im Dezember 1984, zu einer Zeit also, da die Konflikte zwischen der FSLN und der indianischen und afroamerikanischen Bevölkerung an der Atlantikküste Nicaraguas ihren Höhepunkt gerade überschritten hatten, dokumentierte die FSLN mit der Einrichtung der Nationalen Autonomiekommission die Veränderung ihrer in den Anfangsjahren durch krasse Fehler geprägten Politik an der Atlantikregion. Die simple Übertragung der Erfahrungen der Revolution, die ihre Basis fast ausschließlich im pazifischen Teil Nicaraguas gefunden hatte, auf die Atlantikküste hatte einem tieferen Verständnis für die besondere Situation der Costa Atlantica Platz gemacht (vgl. die Rezension von W. Gabbert "Mosquitia.." in diesem Heft).

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Autonomiegesetzes durch die Nationalversammlung Nicaraguas im September 1987 konnte die Politik der FSLN bereits bedeutende Erfolge verzeichnen: dem ersten regionalen Waffenstillstandsabkommen zwischen dem sandinistischen Heer (EPS) und aufständischen Miskitos unter dem damals ranghöchsten Kommandanten der MISURA innerhalb Nicaraguas, Eduardo Pantín, waren etliche andere gefolgt, der Rückstrom derer, die im Zuge der Auseinandersetzungen Anfang der 80er Jahre nach Honduras oder Costa Rica gegangen waren – in ihrer großen Mehrzahl Miskitos –, verstärkte sich weiter.

Daß mit der neuen Politik der Frente und dem Autonomiegesetz die Konflikte der Atlantikküste entschärft, aber beileibe nicht gelöst worden sind, liegt angesichts der komplizierten und vielfältigen Konfliktlinien auf der Hand. Die indianische Bevölkerung (also vorwiegend Miskito, aber auch Sumu und Rama) pocht auf die Anerkennung und Aufwertung ihrer kulturellen und politischen Rechte. Die Führung der indianischen Guerillaorganisationen, welche sich zuletzt 1987 in YATAMA wiedervereint hatten, versteht unter Autonomie die unmittelbare Selbstregierung der Region, d.h. "die alleinige Verfügungsgewalt über die ökonomische, politische und soziale Entwicklung der Region und die Nutzung der Naturressourcen. Die Verteidigung der indianischen Dorfgemeinschaften soll ausschließlich YATAMA obliegen."¹

Die Creoles, also der afroamerikanische Teil der Bevölkerung, verbinden mit der FSLN vorwiegend die Wirtschaftskrise und deren direkte Folgen für ihre privilegierte Stellung innerhalb der ethnischen Hierarchie. "Viele von ihnen machen die Revolution unmittelbar dafür verantwortlich, daß das Wirtschaftsleben an der Küste stagniert."² An die Autonomie knüpfen sich also vor allem Erwartungen an eine wirtschaftliche Entwicklung, die es den Creoles wieder erlaubt, ihren im Vergleich gehobenen Lebensstandard zu halten. Der Hegemonieanspruch der Creoles zumindest in der Südregion kollidiert natürlich mit der Emanzipation der indianischen Bevölkerung.

Die FSLN versteht unter Autonomie die Anerkennung und Ausübung der politischen und kulturellen Rechte der verschiedenen Ethnien an der Costa, d.h. u.a. die offizielle Anerkennung der verschiedenen Sprachen an der Costa, also neben dem Spanischen auch Miskito, Englisch und Sumu, die weitgehende Selbstverwaltung der Gemeinden, die Übernahme von Regierungsämtern und Verwaltungsposten durch costeños, die Sicherung der eigenständigen Entwicklung der indianischen Gemeinschaften durch die Vergabe kommunaler Landtitel. Grundlage des regionalen Projektes der Autonomie ist für die FSLN selbstredend das nationale Projekt der Revolution; der Staat übernimmt also nach wie vor die zentrale Rolle in der Entwicklung der Region.³

Perspektiven und Grenzen des Autonomiestatuts

Mit dem Autonomiestatut konnte die FSLN einen formalen und legalen Rahmen für die Autonomie schaffen, der zwar als vorbildlich gilt, in seinem Charakter als juristisches Papier und staatsrechtliche Konstruktion aber für die nicht am westlichen Politikverständnis geschulten Forderungen der indianischen Bevölkerung nur einen bedingten konkreten Wert besitzen kann. Als eine der zentralen Erfahrungen in der "gran consulta" – den Befragungsaktionen der Autonomiekommissionen in den Gemeinden, in Betrieben und Schulen – bewertete der Koordinator der Autonomiekommission für die südliche Atlantikregion Jonny Hodgson das relative Unverständnis, mit dem die costeños der Frage nach ihren Vorstellungen über ein Autonomiestatut begegneten. Erst an konkreten Fragestellungen entwickelten sich die Erwartungen zur Autonomie – wie die Anerkennung der verschiedenen Sprachen, den Möglichkeiten traditioneller Produktionsformen etc.



Traditionelle Miskito-Dörfer bestehen aus weit auseinanderliegenden Einzelhäusern

Der Sumu-Führer Murphy Almendáriz bemerkte auf die Frage nach der Konzeption der Sumu für die Autonomie: "Der Vorentwurf der Autonomie erreichte nicht die besondere Wirklichkeit unseres Volkes und seine politische Fähigkeit, diese Entwürfe zu diskutieren und zu studieren. Der Begriff >Autonomie< war zu abstrakt. Wenn man von Ansprüchen und Rechten spricht, wissen die Leute, daß sie diese als Volk besitzen."⁴

Die tatsächliche Bedeutung des Autonomiestatuts läßt sich kaum am Gesetzestext messen: vielmehr an seiner Umsetzung, die mit der Beteiligung der verschiedenen Ethnien, vorwiegend der Miskitos und der Creoles, steht und fällt.

Die Konzeption der sandinistischen Politik an der Costa basiert im Grundsatz auf der Entscheidung, alle in Nicaragua vertretenen Gruppen in den Prozeß der Autonomie mit einzubinden. Dabei werden Forderungen der Miskitos wie die nach Selbstverteidigung ihrer Dörfer auf kommunaler Ebene erfüllt. Alle indianischen Gruppen, zuletzt eine immerhin 400 Köpfe zählende YATAMA-Einheit unter einem weiteren Mitglied der Familie Pantín, die den bewaffneten Kampf gegen Nicaragua aufgegeben und Waffenstillstandsabkommen mit dem EPS abgeschlossen haben, behalten ihre Waffen und organisieren die Verteidigung der Dörfer, in die sie zurückgekehrt sind,

Im weiteren Verlauf des Friedens- und Autonomieprozesses an der Costa kommt natürlich der Frage eine entscheidende Bedeutung zu, ob die FSLN eine Verständigung mit den noch kämpfenden Miskitoorganisationen, namentlich der Fraktion um Brooklyn Rivera, erreichen kann. Eine Verhandlungslösung, welche in mehreren, zum Teil hoffnungsverheißenden Ansätzen immer wieder gescheitert war, muß verstärkt auch im Interesse Riveras liegen: die Miskitos sind kriegsmüde, der Großteil der Flüchtlinge ist inzwischen aus Honduras und Costa Rica nach Nicaragua zurückgekehrt, das 1987 gegründete Bündnis der Miskito-Guerillas YATAMA hat sich wieder gespalten.⁵ Die Äußerungen einiger Miskito-Comandantes lassen allerdings nach wie vor nicht auf eine realistische Konfliktwahrnehmung schließen. So erklärte der YATAMA-Offizier Roger Hermann auf einer Pressekonferenz in Guatemala, YATAMA vertrete 300.000 Mitglieder (was der gesamten Bevölkerungszahl der Atlantikregion entspricht); mit den 2500 YATAMA-Kämpfern könne es erst Frieden geben, wenn an der Costa ein demokratisches System mit ihrer Beteiligung zugelassen sei.

Die Atlantikküste zur Zeit bezeichnete Herman als ein "riesiges, in Abschnitte unterteiltes Konzentrationslager."⁶

Konsequenzen des Hurrikans

Die Situation an der Costa Atlantica hat sich durch die immensen Schäden enorm verschärft, die der Hurrican Joan Ende des vergangenen Jahres hinterlassen hat. CEPAL bezifferte die Schäden mit 840 Mill. Dollar; eine Summe, die das letztjährige Handelsbilanzdefizit Nicaraguas von 680 Mill. Dollar noch übersteigt.⁷ Viele zentrale ökonomische Projekte an der Costa wie der Bau des Seehafens El Bluff und der Ausbau der Fischerei und Fischverarbeitung sind damit um Jahre zurückgeworfen bzw. wie die gesamte Holzwirtschaft auf unabsehbare Zeit außer Kraft gesetzt.

An die ökonomische Entwicklung der Costa und deren spürbaren Nutzen im Zuge der Autonomie hatten sich aber die meisten Erwartungen der costeños geknüpft. Andererseits zeichnet sich beim gemeinsamen Wiederaufbau ab, daß sich das Verhältnis zwischen der Atlantikküste und dem pazifischen Teil Nicaraguas verbessert. Dem Hurrikan Joan folgte der "Huracán de amor", eine immense Hilfswelle, an der sich auch die Ärmsten der Pazifikregion beteiligten. Das allerdings nach wie vor vorhandene Mißtrauen gegen die FSLN scheint sich ebenfalls abzubauen, trotz der Propagandakampagnen von Radio Impacto aus Costa Rica und "La Prensa".⁸

Autonomie in Kukra Hill

Die Untersuchung der Autonomie an einem konkreten Beispiel macht deutlich, daß sich die Auseinandersetzungen mit der Autonomie auf zwei Ebenen bewegen: auf der der vorwiegend theoretischen Diskussion um historische Rechte und Berechtigung ethnischer Forderungen, um grundsätzliche Konflikte zwischen klassenorientierter, nationaler Befreiungsbewegung und indianischer Identität. Diese Diskussion ist wichtig, vermag aber nur bedingt den realen Konflikten an der Atlantikküste gerecht zu werden. Die zweite Ebene ist die der realen, täglichen Konflikte, der historisch gewachsenen Animositäten zwischen den costeños und den bezeichnenderweise noch immer "españoles" genannten Mestizos aus dem pazifischen Nicaragua, aber auch der Konflikte zwischen den Ethnien an der Costa



Ein Rama, ein Ulwa-Sumu, ein Miskito und ein "Creole"

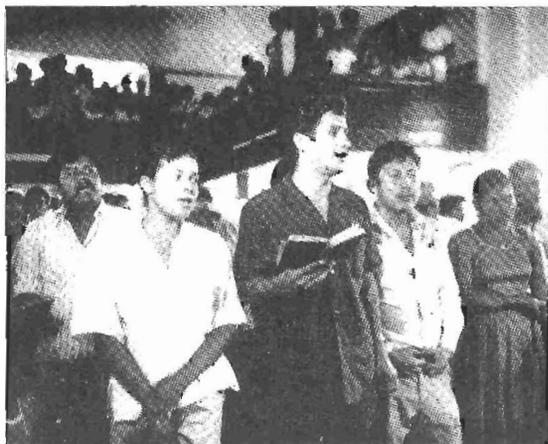
selbst; die Ebene, auf der Probleme wie Krieg, Wirtschaftskrise, fehlende Kader, arrogante, zum Teil korrupte Funktionäre mit die entscheidende Rolle spielen; Probleme also, die in ganz Nicaragua zu spüren sind, an der Costa aber vor dem Hintergrund der spezifischen Konflikte noch eine zusätzliche Bedeutung erfahren.

Von Februar bis Juni 1988 arbeiteten westdeutsche Arbeitsbrigaden in einem Projekt in Kukra Hill, einer 30 km nördlich von Bluefields gelegenen Gemeinde in der Region Autónoma Atlántico Sur, und hatten die Gelegenheit, das Projekt der Autonomie dort genauer zu erleben.

Kukra Hill entstand mit den Bananenplantagen US-amerikanischer Konzerne in den 20er Jahren, verlor mit Aufgabe der Plantagen in den 40er Jahren jedoch wieder deutlich an Bedeutung und Bevölkerung. Mit dem Beginn des Zuckerrohranbaus und dem Aufbau der Zuckerfabrik im Zuge der wirtschaftlichen Aktivitäten Somozas Ende der 50er Jahre vergrößerte sich Kukra Hill wieder. Die Zuckerfabrik, heute in Staatsbesitz, bildet nach wie vor das ökonomische und geografische Zentrum Kukras, die meisten der ca. 3000 Einwohner arbeiten in der Zuckerfabrik, im Zuckerrohranbau oder in der zafra, der Zuckerrohrernte. Daneben gibt es noch eine erkleckliche Anzahl von Kleinbauern, die über die Subsistenzwirtschaft hinaus für den regionalen Markt produzieren.

Ethnische und soziale Schichtung

Die Bevölkerung Kukra Hills setzt sich aus Mestizos, Creoles und Miskitos zusammen. Schon im Straßenbild Kukras fällt auf, daß sich die sozialen Kontakte meist innerhalb der eigenen Ethnie abspielen, ein Eindruck, der sich beim Besuch im Linda Vista, Kukras beliebtester Kneipe, festigt: die anwesenden Creoles formieren sich meist rechts von der Theke in einer Gruppe, Miskitos sind ohnehin nur sehr selten anwesend.



Brooklyn Rivera weiß die Macht der Religion zu nutzen

Ein Blick auf die Lohnliste des Ingenio Camilo Ortega, der Zuckerfabrik, bestätigt die Statistiken der ethnischen Schichtung an der Atlantikküste: nahezu alle hohen Verwaltungsposten werden von Mestizos bekleidet, auch die Ingenieure sind zumeist Mestizos. Den Mittelbau von Facharbeitern und Technikern bestreiten Mestizos und Creoles gemeinsam; Miskitos arbeiten meist als ungelernete Arbeiter, der große Teil in der Zuckerrohrernte. Die große Ausnahme bildete Juan Mercado, ein Miskito als Chef der Zuckerfabrik, der sich allerdings in Auftreten und sozialen Kontakten von den übrigen Miskitos deutlich unterschied und sich eher dem Lebensstil der Mestizen angepaßt hatte.

Als Kleinbauern arbeiten vorwiegend Mestizen und Miskitos.

Miskito in Kukra Hill

Die meisten der Miskitos in Kukra kommen vom Rio Coco, dem zentralen Siedlungsgebiet der Miskito. Früher waren sie jeweils zur zafra für mehrere Monate nach Kukra gekommen, um anschließend wieder in ihre Gemeinden zurückzukehren. In den vergangenen Jahren entschieden sich aber immer mehr dazu, in Kukra zu bleiben; der Krieg, die Aufgabe der Siedlungen am Rio Coco und die Umsiedlungen Anfang der 80er Jahre ließen ihnen oft keine Wahl. Der Kontakt zwischen uns und der Miskito-Gemeinde kam erst nach unserer Teilnahme an einem Gottesdienst der Mährischen Kirche in Gang, Kennzeichen für die zentrale Bedeutung der Kirche im sozialen Leben der Miskito. Leo Pantin, Bruder von Eduardo Pantin, unter dessen Federführung das erste Waffenstillstandsabkommen zwischen bewaffneter Miskito-Guerilla und EPS zustande gekommen war, wurde von den Miskitos in Kukra zum Repräsentanten ihrer lokalen Autonomiekommision gewählt - er war eigentlich der einzige, der aufgrund seiner Bildung und der Beherrschung von Miskito, Spanisch und Englisch für diese Funktion in Frage gekommen war.

(Im Zuge der Diskussion um das Autonomiestatut bildeten sich in allen Gemeinden lokale Autonomiekommisionen der jeweiligen Ethnien, um in den Konsultationen und Versammlungen die Positionen ihrer Leute zu formulieren.)

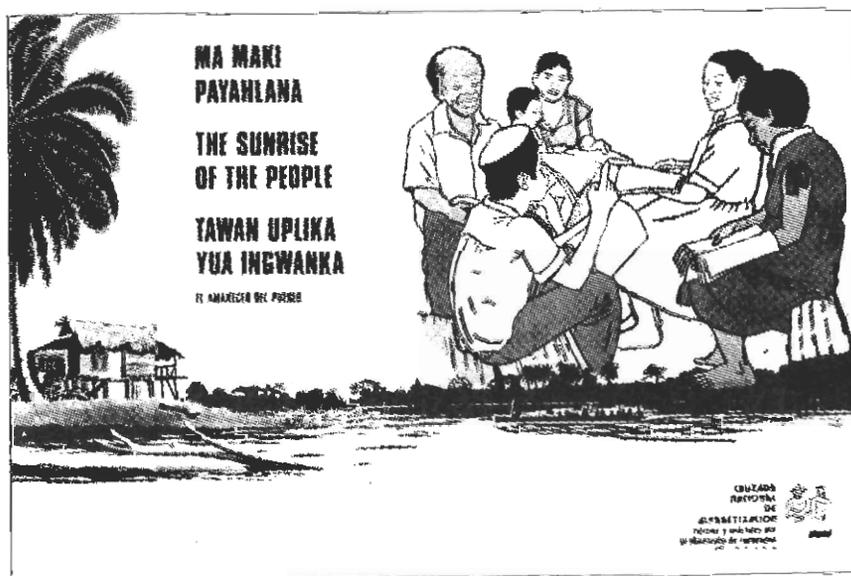
Die Erwartungen Leo Pantins an die Autonomie klangen sehr vage; wichtig erschien ihm vor allem die Verbesserung der Bildung der Miskitos. Er wollte sich mit Hilfe der lokalen FSLN und des Erziehungsministeriums um die Einrichtung des zweisprachigen Unterrichts (Spanisch und Miskito) an der Schule von Kukra Hill bemühen - vergleichbare Projekte der "educación bilingüal" laufen vorwiegend in der Nordregion der Costa Atlántica; in Corn Island, Bluefields und Pearl Lagoon laufen Pilotprojekte zur zweisprachigen Erziehung in Spanisch und Englisch. Was die Einführung der generell angestrebten zwei- oder mehrsprachigen Erziehung und auch Erwachsenenbildung immer wieder zurückwirft, ist das Fehlen von Geld, Material und vor allem qualifizierten LehrerInnen.

Pantin verstand sich in seiner Funktion als Vorsitzender der lokalen Miskito-Autonomiekommision vor allem als Mittler zwischen offiziellen Stellen und seinen oft des Spanischen

unkundigen Leuten. Die Organisation und Struktur der Miskito-Gemeinde zeigte sich nur unklar: in jedem Fall spielte sich ein Großteil des sozialen und kulturellen Lebens im Zusammenhang der Kirche ab; außer Leo Pantin als gewissermaßen "natural leader" waren keine Entscheidungsstrukturen zu erkennen. Vom "Consejo de Ancianos", dem Ältestenrat, der in ethnologischen Untersuchungen als Entscheidungsgremium der Miskito angegeben wird, wußte keiner der Miskito, mit denen wir gesprochen hatten, etwas zu berichten. Umso schwerer wiegt der Wegzug Leo Pantins an den Rio Coco in diesem Jahr; nach seinem Weggang fehlt nun die Mittlerperson zwischen Miskito, offiziellen Stellen und FSLN, das Projekt der zweisprachigen Bildungsarbeit brach vorläufig zusammen.

Los Espanoles no saben vivir - Creoles in Kukra

Reggae, Bob Marley und persönliche Geschichten machten den Großteil unserer Gespräche mit den Creoles aus. Nur selten ließ sich jemand hinreißen, auch über Politik zu sprechen - Ergebnis sicherlich weniger selbstauferlegter Zurückhaltung als schlichten Desinteresses an der Politik. Auf die FSLN und die Revolution schimpfen die meisten: mit der Frente sei der Krieg gekommen, die wirtschaftliche Situation habe sich drastisch verschlechtert, die Sandinisten seien gegen die Kirchen. Mit dem Stolz auf die eigene Kultur, die allerdings nicht näher definiert wird, verbindet sich eine gewisse Geringschätzung für den Lebensstil der Mestizen von der Pazifikseite, aber auch für den der Miskitos. Marvin Paul, verantwortlicher Elektotechniker in der Zuckerfabrik und nach



Plakat der Alphabetisierungskampagne in Sumu, Englisch und Miskito

eigenen Angaben Kukras reichster Mann, ließ als Verantwortlicher der creolischen Autonomiekommission einen vereinbarten Gesprächstermin nach dem anderen platzen. Nur in Privatgesprächen äußerte er sich zu seiner Sicht der Situation und der Autonomie: das pazifische Nicaragua sei durch die Ausbeutung der Atlantikregion reich geworden, Autonomie bedeute für ihn materiellen Wohlstand der costecos und als eine der ersten Maßnahmen die Einrichtung einer Universität an der Costa.

Das Interesse der Creoles von Kukra an der Autonomie stellte sich insgesamt sehr gering dar; politisches Desinteresse verband sich mit der eher irrationalen Gegnerschaft zur Revolution der "Spanier".

Konflikte und Perspektiven in Kukra Hill

Die wirtschaftliche Situation Kukra Hills stellt sich wenig verheißungsvoll dar: die Zuckerfabrik arbeitet seit Jahren gerade kostendeckend und kann ihre eigentliche Kapazität nur zu knapp 40% auslasten, ein Ergebnis der veralteten Maschinen, der mangelhaften Transportwege und -möglichkeiten und minderwertigen Zuckerrohres. Der Import kubanischen Zuckers käme mittlerweile billiger als die eigene Zuckerproduktion. Anhand der Entwicklung in den nächsten 5 Jahren will das Landwirtschaftsministerium MIDINRA entscheiden, ob die Zuckerfabrik geschlossen werden soll. Die Verwirklichung der Autonomievorstellungen in Kukra Hill läuft eher schleppend. Neben der oben erklärten abwartenden Haltung von Miskitos und Creoles, aber auch der Mestizen, die, wenn sie nicht ohnehin nur für eine begrenzte Zeit an der Atlantikküste leben, naturgemäß das geringste Interesse an der Autonomie haben dürften, fehlen die Mittel und die geeigneten Leute, um die Verständigung und gemeinsame Arbeit in der Autonomie voranzutreiben.

Die im Autonomiegesetz festgeschriebene Aufwertung von Englisch und Miskito als offizielle Sprachen neben dem Spanischen wird in der Praxis wenig umgesetzt. Die regelmäßigen, zu aktuellen Ereignissen herausgegebenen Informationsflugblätter der FSLN von Kukra erscheinen nach wie vor nur auf Spanisch, die Verwirklichung der zweisprachigen Erziehung ist durch den Wegzug Leo Pantins und die durch den Hurrikan fast vollständig zerstörte Schule weiter verschoben.

Trotz allem hat es die FSLN verstanden, durch den Versuch der Einbeziehung von Vertretern aller Ethnien in die Diskussion um die Autonomie und die lokalen Entwicklungsvorhaben, durch praktische versöhnende Maßnahmen das Mißtrauen und die Sprachlosigkeit langsam abzubauen. Allein in Kukra Hill leben 25 sogenannte "desalzados", ehemalige Contras, die im Zuge der allgemeinen Amnestie an die Costa Nicaraguas zurückgekehrt waren. Ihre Integration ins zivile Leben Kukra Hills vollzog sich im allgemeinen reibungslos, bei Arbeits- und Wohnungssuche werden die desalzados von der Frente unterstützt.

Innerhalb der Frente-Kader wächst zunehmend das Verständnis um die Besonderheiten der Costa Atlantica, auch wenn die politische Bildungsarbeit dazu noch zu gering ausfällt. Junge Wehrpflichtige, die zur Ableistung des Servicio Militar an die

Costa kommen, bringen im Normalfall statt der Kenntnis der Situation an der Atlantikküste eher noch zusätzliche Vorurteile über die Ethnien der Costa mit.

Die Besetzung verantwortlicher Posten mit Leuten von der Costa gestaltet sich nach wie schwierig aus dem einfachen Grund, daß es noch zu wenige qualifizierte *costeños* gibt, bzw. viele der qualifizierten ebenso wie ihre pazifischen Kollegen die Arbeit in weniger konfliktrichtigeren Gebieten vorziehen.

Schlußfolgerungen

Die Autonomie der Atlantikküste bedeutet in erster Linie einen langsamen und zähen Prozeß der Annäherung, Verständigung und des Interessenausgleichs. Der Erfolg der Autonomie hängt unmittelbar mit der ökonomischen Entwicklung an der Costa und der Fähigkeit der FSLN zusammen, die verschiedenen Ethnien unter expliziter Respektierung und Gewährleistung deren kultureller und sozialer Identität in die Entwicklung miteinzubinden. Die Bedeutung der Autonomie liegt nicht im gesetzlich verankerten Statut, sondern vielmehr in ihrer Umsetzung in den zahllosen Projekten und Initiativen.

Zu dem von der FSLN initiierten Autonomieprozeß scheint es keine Alternative zu geben: der Ansatz von Brooklyn Rivera und der YATAMA wird den verschiedenen Interessen in der Region nicht gerecht, zumal noch nicht einmal die YATAMA selbst imstande ist, sich ihre Einheit zu bewahren.

Mit der massiven Repatriierung und des Zugeständnisses an ehemalige Indianer-Guerillas - die sich immerhin zum Teil mehrere Jahre am Krieg gegen Nicaragua beteiligt hatten! -, die Verteidigung ihrer Dörfer selbst zu organisieren, ging die FSLN in eine Offensive, die gewisse Risiken birgt. Der Erfolg der Autonomie wird auch entscheidend davon abhängen, ob die FSLN in der Lage sein wird, dem Rückstrom der Flüchtlinge an den Rio Coco eine ausreichende materielle Ausgangsbasis zu sichern. Gradmesser für die Basis der Autonomie können die Regionalwahlen an der Costa Atlantica werden, die - eigentlich geplant schon fürs vergangene Jahr - allem Vernehmen nach zusammen mit den nationalen Wahlen Nicaraguas im kommenden Februar abgehalten werden.

H.-C. Böese

Anmerkungen:

- 1 W. Gabbert: Ein Jahr Autonomie, in LN 176
- 2 Edmund Gordon: Die Creoles und die Revolution von 1979, in Meschkat u.a.: "Mosquitia", Hamburg 1987
- 3 vgl. LN 176
- 4 Pensamiento Propio No. 32, April 1986, S.14
- 5 vgl. LN 176
- 6 Monitor-Dienst-Lateinamerika, 85/89
- 7 ANN 141 und 144
- 8 vgl. taz vom 21.11.1988

REZENSIONEN

Mosquita - Die andere Hälfte Nicaraguas

Daß Nicaragua kein relativ homogenes Ganzes ist, sondern aus zwei strukturell verschiedenen Teilen - dem pazifischen und zentralen Nicaragua und der Atlantikregion - besteht, wurde den meisten Betrachtern erst deutlich, als es an der Atlantikküste zu ernsthaften Konflikten zwischen einer Befreiungsbewegung an der Macht, der FSLN und den ethnischen Minderheiten der Region kam. Wie wichtig eine Betrachtung historischer Entwicklungen für ein Verständnis der Gegenwart ist, zeigt sich nicht allein daran, daß sowohl Vertreter des nicaraguanischen Nationalstaates als auch Führer der Indianerorganisationen versuchen, ihre Positionen und Ansprüche mit Hilfe der Berufung auf die Geschichte zu untermauern. Eine Kontinuität zeigt sich auch in der Miskito-Bezeichnung "Spanier" für die vom Pazifik kommenden Mestizen.

Der bereits Ende 1987 erschienene Band "Mosquitia - Die andere Hälfte Nicaraguas" nimmt diesen Sachverhalt ernst. Die verschiedenen Beiträge, die im Rahmen eines von Mitarbeitern des Instituts für Soziologie der Universität Hannover und des nicaraguanischen Forschungs- und Dokumentationszentrums für die Atlantikküste (CIDCA) gemeinschaftlich durchgeführten Forschungsprojektes entstanden, bieten zweierlei - eine detaillierte Analyse historischer Themen und die Aufarbeitung der Entwicklungen seit dem Sieg der Revolution 1979.

Die koloniale Durchdringung der Miskito-Indianer zwischen dem 17. und dem 19. Jahrhundert thematisiert Eleonore v. Oertzen. Im Gegensatz zur gewaltsamen spanischen Eroberung und Herrschaft im westlichen Nicaragua bediente sich der britische Kolonialismus subtilerer Methoden. Über Handel und politisch-militärische Allianzen mit den Miskito versuchten die Briten die Durchsetzung ihrer Interessen. Die Nachwirkungen dieser unterschiedlichen Strategien sind auch heute noch fühlbar: ein tiefgreifendes Mißtrauen der Miskito gegen alles "Spanische" und die Tradition der Anlehnung an eine "Schutzmacht" bei der Auseinandersetzung mit dem nicaraguanischen Staat.

Auch die bestehende ethnische Hierarchie hat ihre Wurzeln in dieser historischen Periode. Ihre gegenwärtige Ausprägung in der Region um Bluefields und in Puerto Cabezas werden in den Aufsätzen von Kathy Yih/ Charles Hale und Susan Norwood untersucht.



Aufforderung, sich ins Wahlregister eintragen zu lassen und an der Miliz zu beteiligen - in Spanisch und Miskito

"Die armen wilden Indianer mit dem Evangelium bekanntmachen" wollten die Missionare der Herrnhuter Brüdergemeine, die die Mosquito-Küste im 19. Jahrhundert protestantisch missionierten. Lioba Rossbach analysiert den Verlauf der Mission und den Prozeß kultureller und geistiger Durchdringung der Miskito durch die deutschen Pastoren. Es wird nachvollziehbar, wie es der auch Mährische Kirche genannten Glaubensgemeinschaft gelang, zu einer Art "Nationalkirche" der Miskito und zur wohl wichtigsten gemeinsamen sozialen Institution der ethnischen Gruppen der Atlantikküste zu werden. Die mährischen Pastoren spielen immer noch eine zentrale Rolle innerhalb der meisten Miskito-Gemeinden. Und das Weltbild der Indianer ist in vielerlei Hinsicht durch einen Synkretismus aus protestantischen und indianischen Vorstellungen geprägt.

Der Beitrag von Volker Wunderich zeigt die große Bedeutung, die die Atlantikküste im Verlauf des Befreiungskrieges Sandinos zwischen 1927 und 1933 erlangte. Es gelang Sandino sogar eine ansatzweise soziale Verbindung zwischen dem "Heer zur Verteidigung der nationalen Souveränität" und einer Reihe von indianischen Dörfern am Rio Coco herzustellen.

Sandinos Sicht der Indianerfrage war durch seine Erfahrungen in den Segovia-Bergen des zentralen Hochlands Nicaraguas geprägt. Die Indianer dort waren von der nicaraguanischen Gesellschaft nicht durch eine ethnische Grenze getrennt. "In den Segovias war die Indianerfrage in erster Linie eine Klassenfrage und ein Problem der Diskriminierung. Dementsprechend war Sandinos Antwort auf den herrschenden Rassismus das Ziel einer wirtschaftlichen Besserstellung und einer gleichberechtigten Integration in die nicaraguanische Nation. Er bejahte die indianische Tradition emphatisch, aber nicht im Sinne einer besonderen, ethnisch definierten Kultur, sondern als eine neue Grundlage für den Patriotismus." (S. 102)

Auch in dieser Hinsicht erscheinen die Sandinisten heute als legitime Erben ihres Namensgebers. Wie dieser knüpften sie ideologisch an die Ideen des Indo-Hispanismus der mexikanischen Revolution an, die Sandino als erster in Nicaragua propagiert hatte. Der Indo-Hispanismus wendete sich gegen den offenen Rassismus. Ein neues Nationalvolk sollte durch die kulturelle und rassische Vermischung (Mestizisierung) entstehen. Er leugnet aber die Existenz einer ethnischen Frage. So be-

schränkten sich auch die programmatischen Aussagen der FSLN zur Atlantikküste auf die Integration der Region in die Nation, die wirtschaftliche Entwicklung und eine Beendigung der ethnischen Diskriminierung.

Ebenso wie die FSLN einen radikal gefaßten Nationalismus zur Festigung des aus unterschiedlichen Klassen bestehenden Bündnisses nutzte, wurde für die Miskito "die ethnische Identität zur hauptsächlichlichen Basis für die Einheit einer neuen Organisation" (S. 260) seit den 70er Jahren. Denn auch die potentielle Anhängerschaft von ALPROMISU und später MISURASATA war keineswegs sozial homogen. (Vgl. zur Entwicklung der Indianerorganisationen die Arbeiten von Ernesto Richter und Charles Hale.)

Der Konflikt zwischen FSLN und MISURASATA eskalierte u.a. deshalb, weil der Versuch der Indianerorganisa-



Markt in Bluefields

tion, eine eigene, vom Staat unabhängige Machtbasis aufzubauen, mit dem Anspruch der Sandinisten, eine grundlegende politische (und militärische) Kontrolle der Region beizubehalten kollidierte.

"Chronik einer gescheiterten Umsiedlung", so lautet der Untertitel eines Beitrags des CIDCA, der sich selbstkritisch mit der Evakuierung der Miskito-Dörfer am Rio Coco 1982 und der Neu-Ansiedlung in Tasba Pri auseinandersetzt. Das Scheitern dieses mit Priorität behandelten Projektes ist u.a. darauf zurückzuführen, daß bei der Konzipierung der Produktion in Tasba Pri von falschen Annahmen über die Tradition des gemeinschaftlichen Arbeitens ausgegangen wurde. Diese Institution ließ die Miskito als prädestiniert für kollektives Arbeiten in Kooperativen erscheinen. Aber das System der Austauscharbeit ("pana pana") "ist an sich keine Form gemeinschaftlicher Produktion, sondern ermöglichte vielmehr die Aufrechterhaltung der individuellen Familienwirtschaft der armen Miskito-Bauern." (S. 249)

Auch aus dem Vorhandensein von Proletarisierungstendenzen zog man Schlüsse, die sich bald als unzutreffend herausstellten. Der Miskito-Arbeiter wiederum "versteht sich im wesentlichen als Bauer, der zu einer bestimmten Gemeinde gehört. Die Lohnarbeit wird immer nur als eine befristete Tätigkeit betrachtet. Die Rückkehr in sein Dorf und zum Feldbau bleibt sein Ziel." (S. 228) Er ist also in der Regel nicht direkt mit einem "klassischen" Proletarier zu vergleichen, für den die Lohnarbeit (meist) die einzige *Lebensperspektive* darstellt.

Der Band wird abgeschlossen durch Dokumente und Anmerkungen zum Autonomie-Prozeß von Klaus Meschkat, die nichts von ihrer Aktualität verloren haben. Während die Indianerorganisation YATAMA (ebenso wie ihre Vorläufer) unter Autonomie eine weitgehende Selbstregierung und die Anerkennung eines indianischen Territoriums verstehen, tendieren die Sandinisten in Richtung auf eine Art regionaler Selbstverwaltung. Das Ende 1987 verabschiedete Autonomiegesetz (vgl.: LN 142, 176) gibt lediglich einen legalen Rahmen ab, der, wie die Sandinisten selbst meinen, im Autonomie-Prozeß noch modifiziert werden muß, und der noch beträchtliche Verhandlungsspielräume offen läßt.

"Es führt kein Weg daran vorbei, Daß indianische Völker und ethnische Gruppen wie die Afroamerikaner durch starke und unabhängige Organisationen vertreten werden müssen, wenn sie sich in einem Autonomieprojekt ins

Spiel bringen wollen. Die Frage nach der Autonomie ist deshalb letztlich die Frage nach der Autonomie solcher Organisationen, die nicht von der staatstragenden Partei manipuliert oder instrumentalisiert werden dürfen." (S.288)



Über die mindestens 25.000 Creoles ist im Zusammenhang mit dem Konflikt an der Atlantikküste nur selten geredet worden. Allzusehr haben die bewaffneten Auseinandersetzungen bzw. die mehr oder weniger starken Indioorganisationen im Vordergrund der Diskussion gestanden. Diese Lücke versucht der Beitrag von Edmund Gordon zu schließen.

"Mosquitia - Die andere Hälfte Nicaraguas" bietet jedem Nicaragua-Interessierten eine Fülle materialreicher Studien und leistet damit einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion um das Verhältnis von nationalen Befreiungsbewegungen und indianischer Selbstbestimmung, die häufig eher von Projektionen als von Sachkenntnis getrübt war.

Zu erwähnen bleibt noch, daß hier ein ansprechend gestalteteter und reich mit Illustrationen, Karten und Photos (zumeist von Cordelia Dilg) ausgestatteter Band vorliegt.

Wolfgang Gabbert

Klaus Meschkat, Eleonore von Oertzen, Ernesto Richter, Lioba Rossbach, Volker Wunderlich (Hrsg.):
 Mosquitia - Die andere Hälfte Nicaraguas
 Über Geschichte und Gegenwart der Atlantikküste, Hamburg:
 JUNIUS-Verlag 1987



500 Jahre Unterdrückung und der Versuch der Befreiung

Frank Niess: Das Erbe der Conquista. Geschichte Nicaraguas; Pahl-Rugenstein 1987; 498 S., 19,80 DM

Das vorliegende Werk von Frank Niess ist mit fast 500 dicht beschriebenen Seiten sicherlich das umfangreichste, das zur Geschichte Nicaraguas von der Vorkolonialzeit bis zur Gegenwart bisher in deutscher Sprache erschienen ist. In einfacher, nicht durch den Anspruch wissenschaftlicher Drögeheit verkorkster Sprache schildert Niess die Entwicklung Nicaraguas.

Geschichtsbücher haben grundsätzlich das Problem, daß sie einerseits Geschichte in Phasen darstellen und so verdeutlichen und "rote Fäden" spinnen wollen, andererseits aber immer wieder auf Einzelbereiche stoßen, die sich in die einmal gewählte Phaseneinteilung einfach nicht einreihen lassen wollen. Niess will Geschichte plastisch werden lassen, will nicht auf die Darstellung wichtiger Ereignisse in chronologischer Reihenfolge verzichten. Dadurch gerät sein Buch spannend und leicht lesbar und bietet vor allem jenen, die schon in Nicaragua waren, viele Informationen zum besseren Verständnis des Gesehenen. Jedoch werden durch diese "Ereignisgeschichte" die polit-ökonomischen Zusammenhänge kaum deutlich; auch immer wieder in den Text eingeflochtene Daten zur Wirtschaftsentwicklung, Verteilung des Ackerlandes etc. vermögen nicht den Überblick über diesen wesentlichen Teil der Entwicklung zu verschaffen. Tabellen - die hier völlig fehlen - sind zwar kein bewegendes Leseerlebnis, könnten aber gelegentlich doch zum besseren Verständnis beitragen. Offenbar überweg bei Niess hier die Angst, seine Zielgruppe zu verprellen ("Leser, interessierte Laien genauso wie Schüler und Studenten, die sich einen ersten Überblick über die Geschichte Nicaraguas verschaffen wollen").

Gelegentlich verwundert der (Un-)Proporz in der Darstellung: Gibt nur ein Absatz Aufklärung über den Versuch der FSLN in den 60er Jahren, die Fokus-Strategie in Nicaragua anzuwenden (ohne deutlich zu erläutern, worin die Fokus-Strategie eigentlich besteht), so finden sich längere Beschreibungen folgender Art (S.356):

"Mit dem Mut der Verzweiflung und dem eisernen Willen, alle Entbehrungen auf sich zu nehmen, trainierte diese Truppe aus halbnackten und unterernährten Gestalten den Guerilla-Krieg. Einen Tag kämpften sie gegen den Hunger an. Den nächsten gegen Schwindelgefühle. Den übernächsten gegen die gefürchtete Leismaniasis, eine Form des Aussatzes, die in den Bergen Mittelamerikas häufig vorkommt. Und am vierten Tag litten sie unter all dem zusammen. Abgerissen, dem Verhungern nahe, um einige Kameraden ärmer schlug sich dieses neue "verrückte kleine Heer" nach seinen Kontakten mit der Guardia Nacional wieder nach Honduras durch."

Viele Geschichten, viel plastische Geschichte, doch wenig Theorie, so könnte man/frau das Buch beurteilen, das (dennoch oder deswegen?) ein sehr lesenswertes ist.

»Mitglied der FSLN, Linksrevolutionär«

Das Erscheinen der Schriften Carlos Fonsecas, des wichtigsten Theoretikers des Sandinismus, war in der BRD schon lange überfällig, zumal angesichts der Fülle von Literatur über Nicaragua, die hier in den letzten zehn Jahren produziert worden ist. Das Buch ist eine Auswahl aus der nicaraguanischen zweibändigen Ausgabe der Schriften und versucht, versehen mit einer Kurzbiographie, die wichtigsten Etappen im Denken Fonsecas, die auch Etappen im Kampf der FSLN gegen die Somoza-Diktatur sind, wiederzugeben.

Fonseca wird 1936, zwei Jahre nach der Ermordung Sandinos durch Somozas Nationalgarde in ärmlichen Verhältnissen geboren und schafft es, obwohl er schon als Jugendlicher schwer arbeiten muß, in León Jura zu studieren. Er organisiert studentische Aktivitäten, gründet zusammen mit Tomás Borge die erste marxistische Studienzelle und tritt der kleinen prosovjatischen *Sozialistischen Partei Nicaraguas (PSN)* bei. Über die Gründung oppositioneller Organisationen, mehrmalige Verhaftungen, der Teilnahme an den Weltjugendfestspielen in Moskau 1957, eine schwere Verwundung bei der Guerilla-Aktion von "El Chaparral" 1959, mehrere Reisen nach Kuba, bei denen er Kontakt zu Che Guevara bekommt und die immer kritischere Auseinandersetzung mit der zögerlichen und dogmatischen Haltung der PSN entwickelt er eine nationalrevolutionäre Theorie für Nicaragua unter Einbeziehung der Gedanken Sandinos. Im Mittelpunkt steht für ihn die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes zur Überwindung der Diktatur. Gemeinsam mit Borge gründet er 1961 die FSLN. Er ist nicht nur der ideologische Kopf der Frente, sondern auch wesentlich am Aufbau der militärischen und politischen Organisation beteiligt. Schonungslose Analyse auch der eigenen Fehler und Schwächen und eine kritische Solidarität mit dem real existierenden Sozialismus bestimmen sein Denken.

Seine Schriften, z.T. illegal oder im Ausland veröffentlicht, z.T. erst nach 1979 in den Archiven somozistischer Folterknechte wiedergefunden, geben nicht nur einen Überblick über Fonsecas eigenen Werdegang, sie sind Teil der Geschichte Nicaraguas, Ideengeschichte der nicaraguanischen Revolution und verdeutlichen die Wurzeln dessen, was uns heute als "Sandinismus" oftmals so schwer einzuordnen fällt. Fonseca wurde 1976 im Kampf getötet.

Bernd Pickert

Carlos Fonseca: Unter den Fahnen Sandinos. Ausgewählte Schriften. Edition Marxistische Blätter 1988, 370 S., 18,80 DM

URUGUAY

Die Linke zwischen Referendum und Wahlen

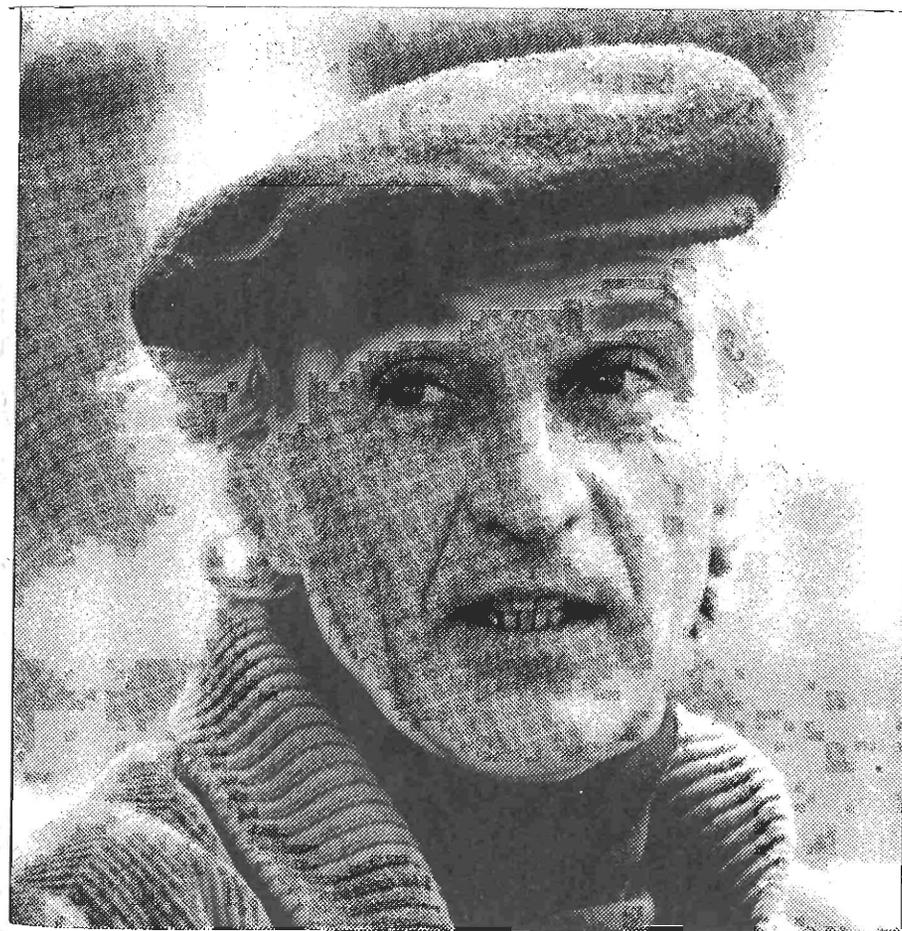
Interview mit Mauricio Rosencof

In den vorigen Nummern haben die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN mehrfach über die aktuellen Geschehnisse in Uruguay berichtet, v.a. über das Referendum zum Gesetz der Strafflosigkeit für die Militärs und die Spaltung der Frente Amplio. Im folgenden Interview äußert sich Mauricio Rosencof, Schriftsteller und führendes Mitglied der Bewegung der Nationalen Befreiung (Movimiento de Liberación Nacional - Tupamaros), zum Ergebnis des Referendums, seine Konsequenzen für die politische Arbeit der Linken, die Lage der Frente Amplio nach den Abspaltungen und die Form der Beteiligung der MLN bei den bevorstehenden Wahlen.

LN: Was bedeutet das Resultat des Referendums für die uruguayische Gesellschaft und für den Kampf um Gerechtigkeit in Lateinamerika?

MR: Es gibt hier unterschiedliche Einschätzungen. Meine ist positiv. Ich werde mit einigen Zahlen darstellen, wie die Abstimmung für die beiden Seiten ausfiel. Der erste Punkt ist, daß Uruguay aus zwei Ländern besteht: Montevideo und das Landesinnere. Uruguay hat 2,8 Millionen Einwohner, davon lebt die Hälfte in Montevideo, einer Hafen- und Industriestadt, mit einer sehr entwickelten Arbeiterklasse und wichtigen Organisationen, wie z.B. die Einheitsgewerkschaft. Die andere Hälfte des Landes, v.a. nördlich des Rio Negro, ist durch feudal-latifundistische Grundbesitzverhältnisse charakterisiert: Ein Drittel des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens des Landes befindet sich in den Händen von 200 Familien. Es gibt Besitztümer von 30.000 und 40.000 Hektar. Diese Struktur zeigt sich auch in der Bevölkerungsverteilung: Uruguay hat etwa 14 Einwohner pro Quadratkilometer - etwa die gleiche Zahl wie Finnland - aber es sind 2800 Einwohner in Montevideo, während im Landesinneren kaum eine halbe Person auf einen Quadratkilometer kommt. Die Bevölkerung im Landesinneren ist in gewisser Weise von den politischen, gewerkschaftlichen und sozialen Aktivitäten isoliert, die sich in Montevideo entfalten, auch wenn es natürlich auch im Landesinneren solche Aktivitäten gibt. Diese Situation äußert sich z.B. darin, daß die ganze Armee mit Männern aus dem Landesinneren rekrutiert ist. Und es ist zu bedenken, daß es sich hinsichtlich ihres Anteils am Budget und ihres personellen Umfangs um eine der relativ stärksten Armeen in Lateinamerika handelt. Und da es keine Wehrpflicht gibt, bekommen all diese Männer Gehalt, Pensionen usw. Die Leute in Montevideo sagen daher, daß es sich bei dieser Armee aus dem Landesinneren um eine Besatzungstruppe handelt. Was hat all dies mit dem Referendum zu tun? Sehr viel! Das Landesinnere ist durch den Feudalismus und den Latifundismus bestimmt. Nur offizielle und offi-

ziöse Fernseh- und Radiostationen können dort empfangen werden. Als die Nationale Kommission für das Referendum aufs Land fuhr, um für das "voto verde" (die "grüne Stimme" der Gegner des Gesetzes der Strafflosigkeit, d.Red.) und seine Zweckmäßigkeit für den Frieden und die Gerechtigkeit in Uruguay und gegen die Strafflosigkeit für die Militärs einzutreten, mußte sie - anstatt Überzeugungsarbeit leisten zu können - die Leute darüber aufklären, daß es ein Referendum geben würde. Sie wußten nicht, daß ein Referendum anstand! All dies hat mit dem Ergebnis des Referendums zu tun: In Montevideo hat das "voto verde" mit deutlichem Vorsprung gewonnen, aber der Sieg des "voto amarillo" (der "gelben Stimme" der Befürworter des Strafflosigkeitsgesetzes, d.Red.) im Landesinneren war noch klarer. Das heißt, daß eigentlich zwei verschiedene Länder abgestimmt haben.



Mauricio Rosencof

Ein anderer Punkt ist der der Mobilisierung des Volkes. Die Initiative, gegen das Gesetz der Straflosigkeit anzugehen, ging von keiner Partei aus, sondern von den Müttern der Verschwundenen und ähnlichen Gruppen. So entstand eine Kampagne und eine Massenbewegung, wie es sie in der Geschichte des Landes noch nicht gegeben hatte. Es wurden Sammlungen gemacht, Veranstaltungen organisiert usw., die vor allem Montevideo erschüttert haben. Und das Resultat? 1984 stellte sich die Linke als Frente Amplio zur Wahl und erreichte ein gutes Ergebnis, 400.000 Stimmen, was sie zur drittstärksten Kraft machte. Das "voto verde" erzielte jetzt 800.000 Stimmen, das heißt doppelt so viel wie damals die Linke. Das heißt aber nicht, daß die traditionelle Linke soviel zugelegt hat. Es heißt vielmehr, daß es auch innerhalb der traditionellen Parteien und unter den nicht parteiorientierten Wählern Stimmen für das "voto verde" gab: Der wichtigste Flügel der Partido Nacional war gegen das Gesetz, auch Teile der Regierungspartei, der Partido Colorado, haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. Das bedeutet, daß es einen Präzedenzfall und damit Perspektiven für eine Verständigung auf neuer Ebene gegeben hat: In einzelnen Fragen können sich die linken Flügel der Partidos Colorado und Nacional, die Frente Amplio und Linke außerhalb der Frente Amplio zusammenschließen. Wenn es eine hypothetische "Partido Verde" gäbe, würde sie die Wahlen gewinnen. Außerdem spielt sich all dieses inmitten von Mobilisierungen ab: die "votos verdes" sind keine passiven Stimmen, das sind die Stimmen von Leuten, die vielfältige Aktivitäten mitgemacht haben, Plakate kleben, Veranstaltungen, Demonstrationen usw. Schließlich wurde all das nicht für bestimmte kurzfristige materielle Ziele getan, sondern es ging um eine Frage der Moral, der Würde, der Integrität, ohne Rachegefühle gegenüber denen, die solche Grausamkeiten begangen haben, wie die Armee- und Polizeioffiziere in Uruguay, allein, um das Prinzip der Gerechtigkeit wieder zur Geltung zu bringen.

Wie sieht es bei denen aus, die für das "voto amarillo" gestimmt haben? Das ist ein ganzes Spektrum. Da sind zunächst die reaktionärsten und konservativsten Kräfte. Schon die Armeeingehörigen und ihre Familien machen eine große Gruppe aus. Dann sind da die reaktionärsten Teile der Partido Colorado, wie die Anhänger Pachecos, und der Partido Nacional, die sich schon unter der Diktatur mit den Militärs identifiziert hatten. Viele dieser Kräfte haben die zivile Seite der Militärdiktatur gestellt. Das heißt, es war, als ob sie für sich selbst gestimmt hätten. Außerdem waren sie es, die für die Gesetze verantwortlich waren, die den Militärs freie Hand gaben und die sie nach Argentinien gehen ließen, damit sie Zelmar Michelini und Gutiérrez Ruiz folterten und ermordeten, der eine von der Partido Nacional und Präsident des Abgeordnetenhauses, der andere Senator. Das steuerte ein sozusagen ziviler Präsident der Diktatur.

Dann gab es die Masse der Schwankenden, die nach den Umfragen vor dem Referendum das Ergebnis entscheiden würden. Diesen Sektoren gegenüber übten die Befürworter des "voto amarillo" eine

Propaganda aus, die auf Drohungen basierte. Dabei taten sich vor allem Vizepräsident Tarigo, Präsident Sanguinetti und der Verteidigungsminister Medina hervor. Das Argument war, daß das Land wieder im Chaos versinken würde, wenn das Gesetz aufgehoben würde, da die Militärs nicht bereit wären, sich der Gerechtigkeit zu stellen. Das Argument ist tatsächlich korrekt. Bereits vor dem Referendum haben die Militärs sich nicht den zivilen Gerichten gestellt. Als der Verteidigungsminister darauf hin angesprochen wurde, sagte er, daß eine Vorladung vor ein ziviles Gericht überhaupt nichts bewirken würde, da die betreffenden Soldaten nicht einmal Kenntnis davon erhielten. Die Vorladungen liefen über sein Büro, und er behielt sie in seinem Tresor.



Vizepräsident Tarigo: Die gelbe Angst

Man wollte also mit der Angst vor dem Chaos Stimmen gewinnen, und das gelang. Viele zogen den gegenwärtigen Zustand einer Rückkehr in die Vergangenheit vor - obwohl es nicht einfach Vergangenheit ist, denn immer noch gibt es keine Auskunft über die Verschwundenen, immer noch wurden die verschwundenen Kinder nicht zurückgegeben. Daneben gab es aber auch ehrliche, integre Menschen ohne Angst, die das Gesetz zwar ebenfalls schlecht fanden, unter den gegebenen Bedingungen aber nichts Besseres für möglich hielten und sich im Interesse der Befriedung des Landes schließlich dafür aussprachen.

Zur gleichen Zeit gewann aber gerade eine Strömung in der Partido Colorado die internen Wahlen, die den bösartigen Ton von Tarigo und Sanguinetti in der Kampagne kritisierte. Das ist interessant.

denn es zeigt, daß die Strömung von Sanguinetti und Tarigo, mit ihrem aggressiven Ton, nicht vorherrschend innerhalb des "votos amarillo" war. Auch der Gewinner der parteiinternen Wahlen, Jorge Batlle, war zweifellos ein entschiedener Befürworter des Gesetzes, aber sein Eintreten war weniger aggressiv, ausgeglichener.

Nun, es gibt zwei Konsequenzen des Referendums: Zum einen ist das Gesetz der Strafflosigkeit nicht mehr dasselbe wie vor einem Jahr. Jetzt sind 800.000 Menschen, 47% dagegen. Zweitens gibt es jetzt einen ausgezeichneten Präzedenzfall dafür, daß Gesetze über ein Plebiszit in Frage gestellt werden können. Leute aus allen Parteien haben gesehen, welche Macht ein Zusammenschluß an einem konkreten Punkt haben kann. Ich glaube, morgen kann sich das an einem anderem Thema wiederholen, und das kann der zukünftige Ausgangspunkt für etwas darstellen, was wir, die Tupamaros, beim Verlassen des Zuchthauses vorgeschlagen haben, um ein Programm durchzuführen, das den nationalen Reichtum besser verteilt, und dies nennen wir Frente Grande. Wir meinen, daß hier potentiell all die Kräfte sind, die schaffen könnten, was ich vorhin erwähnte: die "Partido Verde", 800.000 Stimmen!

LN: Das Referendum hat also unter anderem gezeigt, daß die Linke auf dem Land noch viel Arbeit vor sich hat. Die Tupamaros haben eine Bewegung für das Land (Movimiento por la Tierra) gegründet. Welche Bedeutung hat diese Bewegung?

MR: Die Idee, auf's Land zu gehen und die Leute dort zu organisieren, ist ein altes theoretisches Konzept der Linken. Das praktische Muster dazu hat Raúl Sendic erarbeitet. Vor der Bewegung für das Land hat er eine andere Organisation geschaffen, in der er die Zuckerarbeiter organisierte. Bei einer ähnlichen Gelegenheit, vor 35 Jahren, habe ich ihn kennengelernt. Es gab einen Streik der Reisarbeiter im Landesinneren, und ich war dort als Gründer und Leiter der Redaktion der Tageszeitung der Kommunistischen Partei und lebte in einem Rancho mit den zukünftigen Streikenden. Dann kam ein anderer Journalist mit einer neuen Fotoausrüstung, es war Raúl Sendic. Wir organisierten eine große Demonstration mit den Reisernarbeitern, die unter fürchterlichen Bedingungen lebten, sie arbeiteten 12 Stunden täglich, ohne Stiefel, so daß 13-14jährige Jungen schon Rheuma hatten. Auf dem Marsch nach Montevideo lagerten wir nahe einer Stadt, und als im Morgengrauen alle aufstanden, die Peones sich ihre typischen Ponchos überwarfen und sich den Mate zubereiteten, beobachteten Raúl und ich die Szene im Gegenlicht, und ich sagte: "Verdammt, Che, das sieht aus wie eine Armee!" Und er antwortete lakonisch: "Es ist eine Armee!" Das war 1955/56. Und Raúl schuf diese Armee. Er arbeitete danach mit den Zuckerrohrschneidern. Er lehrte sie die Gesetze, er war Rechtsanwalt und wurde zum Zuckerrohrschneider, um die Arbeiter im Norden des Landes zu organisieren. Er versammelte sie in den Zuckerrohrfeldern. Er war immer sehr originell, in seinem Denken und seinem Verhalten, er

vereinbarte Bescheidenheit, Einfachheit und Intelligenz. Er hatte immer ausgefallene Ideen; bei den Versammlungen in den Zuckerrohrfeldern zog er für den, der die richtige Antwort gab, ein Bonbon als Belohnung aus der Tasche. Der Marsch der Zuckerrohrschneider nach Montevideo hat damals die ganze Stadt aufgewirbelt und war zugleich Ausgangspunkt für das Wachstum der Bewegung der Nationalen Befreiung (Movimiento de Liberación Nacional/MLN - Tupamaros). Diese Gewerkschaft (der Zuckerrohrschneider) besteht weiter, sie ist ein Teil der Bewegung für das Land. Außerdem gingen aus ihm viele ausgezeichnete Guerilleros, Parteimitglieder und Gewerkschaftsführer hervor, viele von ihnen ließ die Diktatur verschwinden, andere kämpften in Argentinien, Chile, Kolumbien, Nicaragua. Das waren die Schüler Raúl's. Vor kurzem beerdigten wir ihn, es kamen 80.000, und an der Spitze gingen seine Zuckerrohrarbeiter.

Aber die Arbeit im Landesinneren ist sehr schwierig. Wegen der Latifundienstruktur gibt es nur eine geringe Bevölkerungskonzentration: Auf einer Fläche von 5.000-7.000 Hektar findest Du 5-7 Menschen, die Du organisieren kannst. Das ist außerdem sehr schwer: Will sich jemand organisieren, reicht es aus, ihn zu entlassen, und es gibt 100, die ihn ersetzen wollen. Die wichtigste "Industrie" im Landesinneren sind die Kasernen, womit wir wieder beim Thema vom Beginn des Gesprächs wären.



Als wir das Zuchthaus verließen, gründete Raúl die Bewegung für das Land. Er sagte, daß wir mit der Agrarreform nicht warten können, bis wir die Macht erobert haben. Die Menschen müssen auf dem Land verwurzelt werden, dazu müssen wir Land besorgen, wie immer wir können, wir müssen Land kaufen, wir müssen Schenkungen besorgen, wir müssen Gruppen aus Ökologen, Technikern, Spezialisten, Arbeitslosen und alten Mitgliedern der Organisation bilden und ein Netz aus Höfen und Kooperativen in verschiedenen Teilen des Landes schaffen. Das besteht erst embryonal, hat aber eine ausgezeichnete Perspektive. Raúl selbst hat auch eine Fischerkooperative gegründet, in der Haie gefangen werden.

Die Bewegung für das Land ist eine militante Kraft im Aufstieg. Aber es handelt sich hier nicht nur um Militanz, es ist auch eine Frage der Produktion, die Familien müssen sich niederlassen können, es muß Wohnraum geschaffen werden, es muß für den Markt produziert werden - es ist alles etwas komplizierter. Raúl hat das so ausgedrückt: Für den Arbeiter in Uruguay ist das Problem heutzutage nicht, wie er den Sozialismus erreicht, sondern das Monatsende.

Insofern legt die Bewegung für das Land ihren Finger in die Wunde, denn es besteht ein großer Vieh- und landwirtschaftlicher Reichtum, 9 Millionen Kühe, 40 Millionen Schafe, eine der größten Fischreserven der Welt, Uruguay exportiert Milch und Käse, und 31% der Kinder sind unterernährt, und es herrscht Hunger. Eine gerechtere Verteilung würde ausreichen, daß wenigstens jede/r das tägliche Brot bekommt.



LN: Leisten auch andere linke Organisationen Arbeit auf dem Land?

MR: Nun, nicht wie die Bewegung für das Land und nicht im Stil von Raúl Sendic, der von gleich zu gleich mit den Reis- und Zuckerrohrarbeitern gearbeitet und sich nicht auf eine Tribüne geschwungen hat, um zu erklären, was die Leute tun sollen. Eine der letzten Gelegenheiten, bei der ich Raúl lächeln sah, war, als wir uns bei ihm mit einem Senator, einem Abgeordneten und einer Arbeiterdelegation unterhielten. Als das Telefon klingelt, geht Raúl 'ran und kehrt mit einem Lächeln zurück, und er sagt mir nur: "Die Sau auf dem Hof hat Ferkelchen geworfen!" So etwas war für ihn ein Teil der alltäglichen Militanz.

Die anderen linken Parteien, die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei kümmern sich natürlich auch ums Land, mit ihrem Stil, mit ihrer Sprache. Mein Eindruck ist aber, daß sie nicht entfernt die Haltung und die Sprache gefunden haben, die für die Verbindung und Durchdringung des Landesinneren nötig ist.

LN: Du hast davon gesprochen, daß die Erfahrungen mit dem Referendum die Basis für die Gründung einer Frente Grande und einer "Partido Verde" sein können. Haben die Abspaltungen von der Frente Amplio diese Perspektive erschwert?

MR: Meine persönliche Meinung ist, daß jedwede Abspaltung von Kräften schlecht ist: die Familie muß zusammenbleiben. Aber wir müssen die Vorfälle objektiv betrachten. Auch wenn die Vorkommnisse uns nicht gefallen, hat es keinen Sinn, wenn wir unseren Ärger über eine der Fraktionen ausschütten.

Von der Frente Amplio haben sich zwei Kräfte unterschiedlicher Bedeutung abgespalten. Die eine ist die Partido por el Gobierno del Pueblo, von Zelmar Michelini und Hugo Batalla gegründet, und heute von letzterem geführt. Batalla ist ein großartiger Mensch, Freund und Anwalt von Liber Seregni und von Raúl Sendic. Die Abspaltung dieser Gruppe bedeutet nicht, daß sie jetzt Positionen einnimmt, die denen der anderen Kräfte der Frente Amplio widersprechen. Ich meine, daß die Ursachen für die Abspaltung vor allem in den internen Kämpfen liegen, Kämpfe um Führungspositionen, und wie bei einer Ehescheidung kann die Schuld nicht einer Seite alleine gegeben werden. Batalla hat übrigens bei den letzten Wahlen über die Hälfte der Stimmen der Frente Amplio gewonnen; drei der sechs Senatoren der Frente gehören zu seiner Gruppe. Ich denke, daß man die Kommunikationsbrücken beibehalten muß, und wir sprechen mit ihnen genauso wie vorher. In den grundsätzlichen Fragen, Nationalisierung der Banken, Nichtbezahlung der Auslandsschulden, das Referendum, die Landfrage, die Außenpolitik - in all diesen Fragen gab es keine Veränderungen. Es ist weiterhin eine wichtige Gruppe der Linken, die sich sozialdemokratisch definiert. Sicherlich werden sie die Aufnahme in die Sozialistische Internationale beantragen.

Der andere Sektor, der sich abspaltete, sind die Christdemokraten, eine kleinere Gruppe. Zunächst war es eine sehr wichtige Sache, daß in einem Bündnis der Linken Christdemokraten auftauchten. Diese außergewöhnliche Situation hat z.B. dazu geführt, daß die Internationale der Christdemokraten starken Druck auf sie ausgeübt hat, indem sie z.B. mit der Streichung der Zuschüsse für den Fall gedroht haben, daß sie in der Frente Amplio blieben. Und die Mitarbeit in der Frente Amplio war noch viel weniger in dem Fall möglich, daß wir darin auftauchten. Sie haben sich systematisch gegen unseren Beitritt gewandt, was allerdings nicht verhindert hat, daß wir Beziehungen zu einigen ihrer Führer pflegen, die uns klar sagten, daß

sie nicht mit uns in einer Organisation zusammenarbeiten wollen. In Einzelfragen, wie beim Referendum, haben unsere Mitglieder durchaus zusammengearbeitet.

Von beiden Parteien, die sich abgespalten haben, sind kleine Gruppen in der Frente Amplio geblieben. Für mich sind weder die besser oder schlechter, die die Frente verlassen haben, noch die, die geblieben sind. Beide müssen für die Zukunft in Betracht genommen werden.

Das gleiche gilt für Sektoren anderer Parteien, v.a. der Partido Nacional, z.B. die Gruppe Carlos Julio Pereyras, oder eine der PräsidentInnen der Nationalen Kommission für das Referendum, Matilde Rodríguez Larreta, die Witwe von Gutiérrez Ruiz. Die Gruppe von Carlos Julio Pereyra ist die stärkste innerhalb der Partido Nacional. Man hat über die Möglichkeit einer Koalition von Pereyra und Hugo Batalla spekuliert, die ihnen sogar Siegeschancen geben würde. Wegen der Wahlgesetze ist das für diese Wahlen nicht möglich, daher wird eine Verfassungsänderung angestrebt. Auch in der Partido Colorado gibt es eine Minderheitsströmung, die inhaltliche Berührungspunkte mit der Frente Amplio, mit Batalla, mit der PDC und mit Carlos Julio Pereyra hat. Das ist ein interessantes Panorama, weil es die Möglichkeit einer parlamentarischen Verständigung dieser Kräfte im neuen Parlament eröffnet. Ich schätze, daß die Partido Colorado wieder die Wahlen gewinnen wird und daß Jorge Battle Präsident wird. Er ist liberaler als Sanguinetti, repräsentiert aber die gleichen Interessen. Ich denke aber, daß die Partido Colorado die Mehrheit im Parlament verlieren wird. Vor kurzen haben sogar Jorge Battle und sein Kandidat zur Vizepräsidentschaft erklärt, daß die Frente Amplio aufgerufen werden könnte, an der Regierung teilzuhaben. Wir glauben aber nicht an die Jungfräulichkeit Marias, und es ist genauso möglich, daß er sich mit den konservativsten Kräften zusammenschließt. Auf jeden Fall sehe ich interessante Möglichkeiten für die Zukunft, mit einer Verfassungsänderung und einer Verständigung unterschiedlicher Sektoren mit programmatischen Berührungspunkten. Das Referendum war ein Präzedenzfall für solche Zusammenschlüsse an Einzelfragen, nicht ein strategischer Zusammenschluß. Ob dies genutzt wird, hängt von der Fähigkeit der politischen Führer ab, Strömungen mit ähnlichen Positionen zusammenzufassen.

LN: Wird die MLN an den Wahlen teilnehmen, und wenn ja, in welcher Form?

Die Perspektive und der Einfluß der MLN überschreitet den strikt organisatorischen Rahmen. Wir haben z.B. ein Radio (Radio CX 44), das pluralistisch ist; es sprechen darin Batalla, Seregni, Carlos Julio Pereyra - das heißt, der Geist der Zusammenarbeit, von dem ich eben sprach, bestimmt die Arbeit des Radios. Die Radiostation gehört zu den meistgehörten in Montevideo, sie erreicht aber das Landesinnere nicht. Auch unsere Zeitschrift Mate Amargo, die in ihrer

Kategorie zu den meistgelesenen gehört, ist pluralistisch. Unsere Mobilisierungsfähigkeit ist bedeutend, ebenso die spontane Mobilisierung. Als wir den Leichnam Raúls zurückbrachten, versammelten sich nach Angaben der Presseagenturen am ersten Tag 40.000 bis 50.000 Menschen, um an Raúls Sarg vorbeizuziehen. Und am nächsten Tag ein Umzug von 4 1/2 Stunden, 80.000 Menschen, eine ein-drucksvolle Menge.



Beim Trauerzug für Raúl Sendic

Während der Totenwache kam eine Delegation der Frente Amplio, mit dem General Seregni und Vertretern der verschiedenen Parteien, und sie teilten uns mit, daß sie unserer Aufnahme in die Frente Amplio, die in der Diskussion war, zugestimmt hätten.

Wie werden wir innerhalb der Frente arbeiten? Von unserer Position aus haben wir niemals eine gleichgültige oder abschätzige Haltung gegenüber der legalen Arbeit eingenommen. Wir selbst hatten immer - soweit es möglich war - unseren legalen Apparat. Wir haben den Willen des Volkes, wie er sich in den Wahlen ausdrückte, respektiert, keine Zwangsmaßnahmen oder Sabotage ausgeübt. Bei den Wahlen 1971 haben wir eine eigene Organisation gegründet, die Unabhängige Bewegung 26. März, die damals beschlossen hat, an den Wahlen teilzunehmen, ohne eigene Kandidaten aufzustellen, sondern mit einem Wahlaufuf zugunsten der Sektoren, die den Positionen der Bewegung 26. März nahekommen. Unsere Stimmen kamen so der Frente Amplio zugute, und darin bestimmten Strömungen.

Heute ist die Lage etwas anderes. Es wurde ein Zusammenhang innerhalb der Frente geschaffen, der sich Bewegung für die Partizipation des Volkes (Movimiento de Participación Popular - MPP) nennt. Außer den Organisationen, die sie gegründet haben, wie die unsere, gibt es darin eine starke Beteiligung von parteiunabhängigen Sektoren der Frente Amplio. Die Idee ist, daß die Basis die Parlamentskandidaten der Bewegung für die Partizipation des Volkes wählt. Wir werden keine eigenen Kandidaten aufstellen, sondern in dieser Liste mitarbeiten und sie unterstützen.



CX44 la radio de la gente

Der Radiosender »CX 44 - Radio Panamericana - wurde im Mai 1988 von den TUPAMAROS gepachtet, die seit ihrer Freilassung und Reorganisation 1985 als legale Organisation arbeiten. Hochverschuldet und nur mit einfachen Mitteln ausgerüstet, macht der Sender mittlerweile eines der populärsten Radios des Landes. Umfangreiche Nachrichtensendungen, Berichte und Reportagen aus Betrieben, Stadtteilen und der Universität, Roundtable-Gespräche mit Vertretern aus dem gesamten politischen und gesellschaftlichen Spektrum und eine starke HörerInnenbeteiligung ließen das Radio »CX 44« innerhalb nur eines Jahres zum drittbellebtesten Sender werden. Grund dafür ist die pluralistische Konzeption und die Offenheit, mit der politische und soziale Themen angegangen werden, ohne die Parteilichkeit aufzugeben. Finanziell steht der Sender mit seinen mehr als 30 MitarbeiterInnen ständig am Abgrund. Hoch verschuldet erwirtschaftet er im Moment noch mehr als 10.000 Dollar Defizit im Monat. Dennoch sind die BetreiberInnen zuversichtlich, daß »CX 44« überleben wird und muß. Angesichts der Medienmonopole in Montevideo und der Tatsache das immer weniger UruguayerInnen sich Printmedien leisten können, ist das Radio ein wesentliches gesellschaftspolitisches Projekt der TUPAMAROS (MLN).

CENTRO C I C CULTURAL INTEGRACION

Das C.I.C. wurde 1985 von ehemaligen politischen Gefangenen aus verschiedenen Organisationen und Parteien gegründet. Sie wollen alle Formen kulturellen Ausdrucks, die während der Diktatur in Uruguay in den Gefängnissen, aber auch außer-

halb, entwickelt wurden, sammeln und veröffentlichen. Sie begreifen ihre Arbeit als Unterstützung für eine sozio-kulturelle Integration Uruguays. Das Land war ihrer Ansicht nach mit der Diktatur in drei Teile gespalten worden: in das »exilierte«, das »gefangene« und das »eingeschlossene« Uruguay, das heißt gefangen im großen Gefängnis Uruguay. Ihr Anliegen ist es außerdem nicht nur anzuklagen, sondern Erfahrungen- und Bewußtseinsarbeit zu leisten und damit die kollektive Erinnerung zu unterstützen mit dem Ziel, daß es zu keiner Wiederholung der Diktatur kommen kann. (Veröffentlichungen bisher u.a.: »ESCRITOS DE LA CARCEL«, volumen 1-4. Poética de la Tortura)

SPENDEN ZUR UNTERSTÜTZUNG

STICHWORT: "CX - 44" - LA RADIO DE LA GENTE und/oder
"C I C" - CENTRO DE INTEGRACION CULTURAL
KONTO NR. : 33 90 43-106 POSTGIROAMT BERLIN-WEST,
BLZ 100 100 10
INHABER : LATEINAMERIKA-ZENTRUM e.V

PERU

Zwischen Sendero und Sozialdemokratie

Interview mit Lucas Cachay

Lucas Cachay kommt aus dem Departement San Martín aus der Amazonasregion im Nordosten Perus. Er arbeitet in der "Verteidigungsfront der Rechte des Volkes von San Martín", einem Zusammenschluß verschiedener Basisorganisationen im Departement, und ist außerdem in der Leitung der "Nationalen Volksversammlung" (Asamblea Nacional Popular), die das Forum der Basisorganisationen auf nationaler Ebene darstellt. Die LN sprachen mit ihm über Anspruch und Realität der Volksbewegung im Departement San Martín und in Peru allgemein und über die politischen Perspektiven der nächsten Jahre.

LN.: Wie läßt sich die Situation im Departement San Martín charakterisieren?

L.C.: Die peruanische Amazonasregion ist eines der rückständigsten Gebiete des Landes, weil die immer zentralistisch orientierten Regierungen sich auf die Entwicklung der Küstenregion und der Hauptstadt konzentrierten. Trotz des landwirtschaftlichen Potentials der Region hat sich nie eine Regierung dafür interessiert. Obwohl 75% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung in diesem Sektor tätig sind, existieren weder ausgearbeitete Entwicklungspläne für die Landwirtschaft in der tropischen Zone, noch gibt es eine entsprechende Infrastruktur oder Technisierung in diesem Bereich. Die Planung der wenigen Straßen durch die peruanische Urwaldregion orientiert sich nicht an den Entwicklungsinteressen der dortigen Bevölkerung, sondern am Interesse der großen Firmen, die an der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, besonders des Holzes, beteiligt sind.

LN: Wie sieht die Arbeit von Organisationen wie der Verteidigungsfront der Interessen des Volkes von San Martín konkret aus?

L.C.: Die Volksorganisationen haben seit 1970 verschiedene Maßnahmen durchgeführt. Es ist eine Arbeit der kleinen Schritte. Dabei geht es z.B. um die Ausbil-



Lucas Cachay

dung von Mitarbeitern. Um dies realisieren zu können, mußten wir in einigen Zonen erst einmal Lesen und Schreiben unterrichten, was besonders die Bauernorganisationen gestärkt hat. Wir arbeiten in sehr unterschiedlichen Organisationsformen. Zwar wird oft von der Notwendigkeit der Einheit aller Volkskräfte des Departements und im ganzen Land gesprochen, aber die Entwicklung ist nicht einheitlich. Manchmal haben wir es mit weiter entwickelten, manchmal mit sehr rückständigen Zonen zu tun. Diese Ungleichheit führt dazu, daß der Kampf oft sehr auf bestimmte lokale Probleme bezogen ist. Daran ist nichts Schlechtes. Für unsere Forderungen, für Schulen oder Straßen zu kämpfen, ist notwendig, aber man muß versuchen, den Kampf in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Wir werden um die Agroindustrialisierung kämpfen müssen, aber dieser Kampf kann nicht darin bestehen, darauf zu warten, daß ein Herr Rockefeller aus den USA eine agroindustrielle Anlage nach San Martín stellt. Es kommt darauf an, mit Kreativität Wege zu einer besseren Organisation des Volkes zu finden. Die Verteidigungsfront z.B. gibt es noch nicht lange. Erst in den letzten Jahren ist auf lokaler Ebene die Initiative gewachsen, die Volksorganisationen in einer handlungsfähigen Einheit zusammenzufassen. Der politische Kampf besteht darin, als Volksorganisation gangbare Vorschläge zur Lösung der grundlegenden Probleme der Bevölkerung zu machen, in Bereichen wie Landwirtschaft, Bildung und Gesundheitswesen.

Das Problem der mangelnden medizinischen Versorgung z.B. läßt sich ohne finanzielle Mittel natürlich nicht lösen. Wir können aus diesem Grund nicht einfach Anti-Malaria-Mittel in die betroffenen Zonen bringen. Aber wir betreiben wenigstens die Ausbildung von Gesundheitsarbeitern. Auch das ist nur begrenzt möglich, aber

inzwischen kommen Gesundheitsarbeiter aus den Dorfgemeinschaften. Im Verlauf von Streiks und Mobilisierungen formieren die Krankenschwestern und Ärzte in den Städten Gruppen und stehen den an den Aktionen Beteiligten permanent zur Verfügung.

Was die Erziehung angeht, versuchen wir, Weiterbildungsseminare für Lehrer zu organisieren, um ihnen die Gelegenheit sowohl zur didaktischen, als auch fachlichen Weiterbildung zu geben. Die Lehrgewerkschaft organisiert diese Seminare besonders in den Ferienmonaten. Auch der Staat bietet Weiterbildung für Lehrer in den höheren pädagogischen Institutionen an. In diesem Jahr ist die Zahl der dort Teilnehmenden um über die Hälfte zurückgegangen, weil fast niemand sich mehr einen dreimonatigen Aufenthalt in der Stadt leisten kann.

LN: Welche politische Linie verfolgt die Volksbewegung? Wer sind mögliche Bündnispartner?

L.C.: Um die Massen des Volkes zu erreichen, ist die Integration vieler politischer Kräfte in die Bewegung nötig, das bezieht auch Teile der politischen Rechten mit ein. Unser Ziel ist eine sozialistische, nicht-kapitalistische Gesellschaft, aber wir glauben, daß die Revolution nicht unbedingt und nicht nur von Marxisten-Leninisten gemacht werden wird. Die Revolution muß eine Revolution aller demokratischen Kräfte des Volkes sein, nicht die Revolution einer Gruppe. Innerhalb des demokratischen Spektrums befinden sich z.B. auch christliche Gruppen und nicht-marxistische Sektoren der Bevölkerung, die zum Erreichen des Ziels ihren Teil beitragen werden. Es ist nicht die Aufgabe der revolutionären Kräfte, dem Volk ihr Modell aufzuzwingen, sondern es zu überzeugen und zu organisieren.

LN: Welche Rolle spielt bei dieser Vorstellung von Revolution der bewaffnete Kampf?

L.C.: Auf den bewaffneten Kampf kann nicht verzichtet werden. Der Gegner benutzt alle Mechanismen und Spielräume zur Durchsetzung einer Strategie der Unterdrückung. Die Unterdrückung findet sowohl auf wirtschaftlicher, politischer, als auch auf militärischer Ebene statt. Der bewaffnete Kampf ist die direkte Folge der Gewalt gegen das Volk, die bisher von allen Regierungen angewandt wurde. Einige sind allerdings für einen Kampf nur auf der militärischen Ebene, andere vertrauen einzig auf den Mechanismus von Wahlen. Das



"Zu Verkaufen! Verhandeln mit dem MRTA"

Die Wandmalerei ist schon Geschichte: heute regiert hier Sendero

ist nicht unsere Linie. Der Gegner muß auf allen Ebenen, ideologisch, politisch, wirtschaftlich und militärisch angegriffen werden.

LN: Die Guerilla MRTA, "Revolutionäre Bewegung Tupac Amaru", ist im Departement San Martín besonders aktiv. Welche Beziehungen bestehen zwischen den Volksorganisationen, wie der Verteidigungsfront und der Nationalen Volksversammlung, und dem MRTA?

L.C.: Es ist zunächst wichtig, davon auszugehen, daß MRTA eine Organisation ist, die nicht nur in San Martín, sondern auf nationaler Ebene den bewaffneten Kampf führt. Der MRTA ist eine verbotene Partei, die ein politisches Programm aufgestellt hat, das nicht nur von politischen Kräften wie den unseren, die sich außerhalb der Izquierda Unida - IU - (1) stehend als revolutionär bezeichnen, akzeptiert wird. Die Zustimmung zu diesem Programm reicht darüber hinaus weit in die IU und in andere demokratische Kräfte hinein. Der Grund ist, daß der MRTA keine anarchistische oder fokistische (2) Revolution vorbereitet, sondern versucht, breitere Volks-

1) Vereinigte Linke

2) Von "foco" span. "Herd", bezeichnet der Begriff eine bestimmte Taktik des Guerillakampfes, wie sie z.B. von Che Guevara angewandt wurde.

kräfte in den bewaffneten Kampf miteinzubeziehen. Auch aus den Dokumenten des MRTA geht hervor, daß die lokalen Volksorganisationen nicht übergangen werden. Natürlich ist der MRTA auch in Organisationen wie die Verteidigungsfront und die ANP integriert, zwar nicht als MRTA, aber über seine Anhänger. Das können z.B. Bauernorganisationen sein, innerhalb derer der MRTA seine feste Basis hat. Wo Gruppen des MRTA in die Dörfer kommen, werden sie willkommen geheißen.

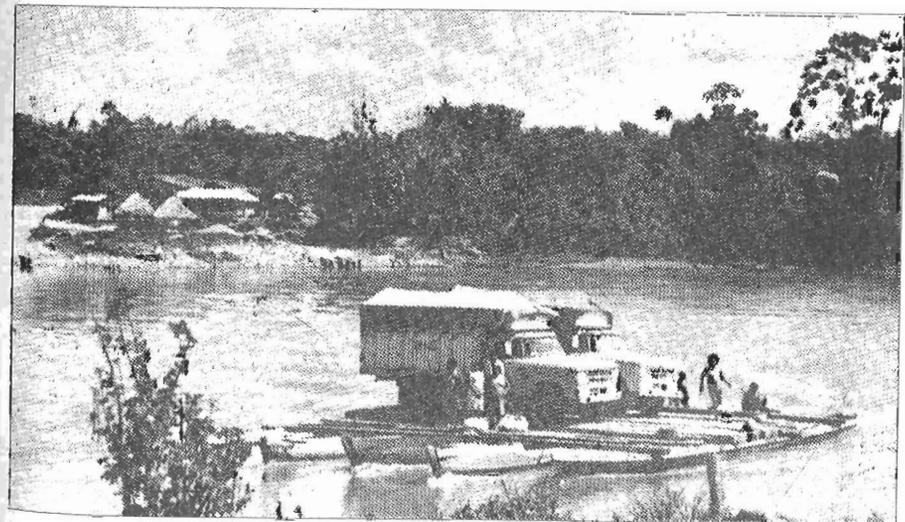
LN: Wenn hier von revolutionärem Kampf und Guerilla in Peru die Rede ist, hört man fast nur von der Kommunistischen Partei Perus, PCP-Sendero Luminoso. Kann Sendero ein Verbündeter im Kampf gegen die Repression sein, oder sind seine Ziele und Aktionsformen zu unterschiedlich von denen der Volksbewegung?

L.C.: Die ANP hat dazu in ihrer letzten Sitzung vor meiner Abreise nach Europa eine Einschätzung gegeben. Sendero Luminoso wurde verurteilt, und das nicht nur, weil sie die natürlichen Organisationen des Volkes nicht respektieren, sondern weil sie sie vernichten wollen. Sendero beschimpft die ANP als sozialdemokratisch, ihre Führer als bestechlich und als Teil der Konterrevolution. Sendero führt Mordaktionen gegen Führer der Volksbewegung durch. Hier sind der Tod eines Minengewerkschaftsführers und die Ermordung der Franzosen und ihrer peruanischen Mitarbeiter zu nennen, beides wurde bereits von Sendero zugegeben. Wir verurteilen Sendero wegen dieser Geschehnisse, die schon fast den gleichen Charakter haben, wie die Vorgehensweise der Repressionskräfte. Mit Sendero gibt es nicht den geringsten Berührungspunkt, der eine Zusammenarbeit rechtfertigen könnte.

LN: Wie gehen die Volksorganisationen mit dem Problem der Repression, besonders in den Gebieten im Ausnahmezustand, um?

L.C.: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Perus lebt in Zonen, in denen der Ausnahmezustand erklärt ist, und die damit nicht von den zivilen Behörden, sondern von einer politisch-militärischen Führung beherrscht werden. Es gibt zwei Hauptachsen der Bewegung: Ayacucho und San Martín. In Ayacucho wurde die dortige Verteidigungsfront von Sendero Luminoso lahmgelegt. In San Martín dagegen wurde die Verteidigungsfront nie vom MRTA behindert, im Gegenteil, der MRTA bekundet ständig seine Solidarität. Der Ausnahmezustand produziert die permanente Verletzung der Menschenrechte. Sowohl in

Ayacucho als auch in San Martín gibt es Verschwundene, aber das Bedrückendste ist, daß die Militärs Ayacucho in ein Massengrab verwandelt haben. Dort sind die schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen passiert. In San Martín ist es nicht ganz so. Als am Anfang 5.000 Militärs mit Helikoptern und Maschinengewehren in San Martín einfielen, war das ein Schreck für die Bevölkerung. Einige Führer der Bewegung mußten das Departement verlassen, weil ihr Leben in Gefahr war. Aber wir haben unsere Macht als Volksbewegung auch Stück für Stück wieder aufgebaut. Wir leisten organisiert Widerstand. Deshalb gab es bisher in San Martín nur 14 Verschwundene, es gab drei Morde, und zehn Personen sind im Moment im Gefängnis. Das und nicht mehr ist die Bilanz bis jetzt. Die Verhaftungen gehen weiter, aber das Volk findet über seine Verteidigungsfront Mechanismen gegen die Repression. Dabei handelt es sich nicht nur um rechtliche Mechanismen, denn als politisches Problem muß die Repression auch politisch angegangen werden. Wenn z.B. ein Bauer verhaftet wird, kümmert sich die Organisation um die Verteidigung. Sie nutzt rechtliche Mechanismen wie eine Anzeige bei Gericht. Auf politischer Ebene nutzen wir über alle organisierten Gruppen, bäuerlich, gewerkschaftlich oder studentisch, die lokalen Radiosender, um unsere Forderungen zu stellen. Darin kommt unsere Gegnerschaft der Armee gegenüber zum Ausdruck, und damit wird es zum politischen Mechanismus. Um all das kümmert sich die Organisation, nicht



Keine Idylle im peruanischen Urwald

nur eine Person. Im Fall von Verhaftungen von Führern der Bewegungen nehmen wir sofort Kontakt mit den Zeitungen und Radios in Lima auf und machen so daraus ein Problem von nationaler Dimension.

LN: Könnte durch einen Wahlsieg der IU 1990 eine wirkliche Verbesserung der politischen Situation eintreten?

L.C.: Innerhalb der IU gibt es die Tendenz, geführt von Alfonso Barrantes (Ex-Bürgermeister von Lima, d. Red.), in Richtung auf eine nationale Einheit und die Versöhnung der Klassen; eine nationale Einheit, die auch die Parteien der Rechten umfassen soll. Politisch liefe das auf ein sozialdemokratisches Modell eines "verzierten" Kapitalismus hinaus. Für uns ist das kein Ausweg. Wir werden die Entscheidung unseres Volkes respektieren müssen, aber wir werden die Organisation des Volkes aufrechterhalten. Regierungen kommen und gehen, die der IU wird vielleicht enden wie jetzt die der APRA. Nur auf dem Weg der Organisation breiter Massen hin zu einer Revolution, die eine Revolution des Volkes und nicht die einer Gruppe ist, werden wir die Probleme des Landes lösen können.

Besteht die Gefahr eines Militärputsches?

L.C.: Die Gefahr eines Putsches steht schon lange auf der Tagesordnung, und das nicht nur wegen der Putschgelüste der Militärs, sondern vor allem wegen der Politik der USA. Präsident Bush hat allerdings kürzlich in der New York Times verkündet, er wolle keinen Putsch in Peru. Aber vor allem muß man sehen, daß das Peru von heute ein anderes ist, als zur Zeit des letzten Putsches 1968. Das Volk ist viel besser organisiert. Es gibt die ANP, die regional fest verankert ist. In der Bevölkerung hat eine Radikalisierung stattgefunden, und das ist für einen Putsch gefährlich. Es gäbe weiterhin das Problem der bewaffneten aufständischen Gruppen. Der schon jetzt existierende bewaffnete Widerstand würde nach einem Putsch von der IU und sogar von Teilen der Rechten mitgetragen. Außerdem hatte das Volk die Militärs 1980 gezwungen, den Regierungspalast zu verlassen und in die Kasernen zurückzukehren, ihr Ansehen ist seitdem sehr gering. Und schließlich haben die Militärs keine politischen Lösungen für die Wirtschaftskrise anzuzeigen. Warum sollten sie in einer Situation des wirtschaftlichen Chaos und der völlig leeren Staatskassen die Regierung übernehmen? Alle diese Faktoren tragen dazu bei, den Appetit möglicher Putschisten auf die Macht stark zu dämpfen.

Kommando Rodrigo Franco

Vor neun Jahren, im Mai 1980, rief Sendero Luminoso zum bewaffneten Kampf auf, der, in Konfrontation mit dem Militär, besonders von Menschenrechtsorganisationen als schmutziger Krieg bezeichnet wird. In neun Jahren sind schätzungsweise 14.000 Menschen umgebracht worden, ständig verschwinden weitere Opfer, besonders in den Regionen des Ausnahmezustandes, wo Sendero und Militärs unkontrolliert von einer wirksamen Justiz walten und morden können.

Seit etwa einem Jahr macht eine weitere Gruppierung von sich reden: das sogenannte "Kommando Rodrigo Franco". Sein Beitrag zum neunten Jahrestag des "schmutzigen Krieges": Mord an einer Journalistin der peruanischen Tageszeitung "el comercio", Barbara d'Alchille, am zweiten Juni 1989 in der Provinz Ayacucho.

Was verbirgt sich hinter dem Namen?

Das Kommando Rodrigo Franco gilt als paramilitärische rechte Gruppierung, ähnlich den Todesschwadronen in Mittelamerika, die, mit dem Vorwand der "Terrorismusbekämpfung", durch Mordandrohungen und -ausführung Verunsicherung in linken Kreisen, unter Journalisten, Amtsträgern und Anwälten schaffen. Durch diese Strategie bedrohen sie all diejenigen, die sich um Transparenz in den Gebieten des Ausnahmezustandes, um Aufklärung durch die Medien oder um die Abwicklung fairer Prozesse bemühen: Das Ziel der Aktionen von Rodrigo Franco ist nicht nur das Umfeld von Sendero selbst. Erstes Opfer wurde im Juli 1988 der Rechtsanwalt Manuel Flores in Lima, der Anwalt von Osman Morote, der von den Behörden ange-schuldigt wurde, der stellvertretende Kommandeur Senderos zu sein. Symbolträchtig wurde Manuel Flores am peruanischen Staatsfeiertag umgebracht.

Im August wurde ein Journalist der Wochenzeitung "caretas" das nächste Opfer.

Es gibt Indizien dafür, daß das Kommando Rodrigo Franco Verbindungen zu rechtsgerichteten Kreisen der Regierungspartei APRA hat. Besonders der Name von M. Agustin Mantilla wird genannt, einem Apristen, der am 15. Mai 1989 bei der letzten Regierungsumbildung neuer Innenminister geworden ist. Er gilt als einer der Drahtzieher der Gefängnismassaker im Juli 1988 (siehe LN 151). Er soll außerdem maßgeblich an Plänen zwischen Militärs, Polizei und rechten Apristen beteiligt sein, paramilitärische Gruppierungen zu gründen. Schon im Juli 1985 fand ein Treffen zu diesem Zweck statt.

Daß Rodrigo Franco gute Kontakte zu führenden Militärs hat und seine Aktionen von diesen gedeckt werden, konnte man auch während

des "paro armado", des von Sendero ausgerufenen "bewaffneten Generalstreiks" sehen. Als dieser im November 1988 in Ayacucho stattfand und praktisch alle Aktivitäten auf der Straße lahmlegte und kaum ein Mensch auf der Straße zu sehen war bis auf die patrouillierenden Militärs, da erschienen in der Stadt etliche Graffiti-Parolen von Rodrigo Franco. Ein Sprayer wurde nicht festgenommen, wengleich es in der Stadt unmöglich war, unbemerkt auch nur die Straßen entlang zu gehen.

Auf Anfrage behaupten Polizei und Militärs bislang lediglich, sie tappten bei der Fahndung nach Mitgliedern des Kommandos völlig im Dunkeln, und in der Tat wurde bis heute kein Mensch in diesem Zusammenhang festgenommen. Alles spricht dafür, daß die Aktivitäten von oben gedeckt werden.

Dabei ist die Strategie von Rodrigo Franco äußerst "erfolgreich": zahlreiche Journalisten haben nach Mordandrohungen die Region um Ayacucho bereits verlassen, so zum Beispiel Odilo Farfan, der nach der Ermordung eines Familiensmitglieds für seine Familie um Asyl in Frankreich bat, oder der deutsche DPA-Korrespondent Gerd Hopner, der Peru nach Todesandrohungen verließ. Nachgesagt wird dem Kommando auch der Mord an Saul Cantoral, dem populären Führer der Minenarbeitergewerkschaft.

Rodrigo Franco war ein APRA-Funktionär, der 1987 von Sendero Luminoso umgebracht wurde. Es scheint, als stehe der Name nicht für ein Ende dieses grausamen Mordens, sondern für eine neue Steigerung der Gewalt. Statt Wege aus dem "schmutzigen Krieg" zu suchen, sorgen die Beteiligten dafür, daß jeder Tote nur wieder neue Tote hervorbringt, unschuldige Opfer zwischen den Fronten.

Erdmute Albers



Eskalation der Gewalt
Militär als Draht-
zieher?

CHILE

Gegen die Straflosigkeit

1978 erließ die chilenische Militärjunta eine Selbstamnestie für die von ihr bis dahin verübten Verbrechen; daß Pinochet jetzt auch für die danach begangenen Verbrechen eine weitere Amnestie begehrt, ist nur logisch (9.6. in Iquique). Daß er mit diesem Projekt auch bei rechten Anhängern auf Ablehnung stößt und er drei Tage später seinen eigenen Vorschlag zurücknimmt, ist überraschend; anzunehmen, daß damit das Thema "Straffreiheit für die von der Diktatur begangenen Verbrechen" vom Tisch wäre, das wäre wohl blauäugig. Menschenrechtsverletzungen (immer natürlich nur "Ausnahmefälle"), so erklären auch rechte Politiker, sollen vor ordentlichen Gerichten verfolgt werden. So Pinochets Stellvertreter im Oberkommando des Heeres, General Zincke (18.5.89); so auch Jaime Guzmán, Präsident der regime-treuen UDI, der Pinochets Amnestieprojekt politisch unklug findet, weil es der linken "Propaganda" recht gäbe, es habe in Chile schwere systematische Menschenrechtsverletzungen gegeben. Trotz dieser verbalen Zugeständnisse von Rechts - nach den Erfahrungen in Argentinien und Uruguay ist es kaum vorstellbar, daß sich die Militärs einfach in ihre Kasernen zurückziehen, ohne sich zuvor gegen Strafverfolgung abzusichern.

Dabei erklärt die Opposition bis weit nach links, es gehe nicht darum, "die Streitkräfte" als Institution zu verurteilen, sondern einzelne Verbrechen und Täter.

Aber die Tatsache, daß Pinochet nach seiner Präsidentschaft Oberkommandierender des Heeres bleiben wird und laut "seiner" Verfassung vom künftigen Präsidenten nicht abgesetzt werden kann(!) - dieser Machtfaktor könnte ein erschreckend schwerwiegendes Argument in Justitias Waagschalen sein...

Die strafrechtliche Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen wird sich vor mindestens drei Problemen sehen:

- dem politischen Willen der künftigen Regierung und der chilenischen Gesellschaft, die Verbrechen zu ahnden,
- der Schwierigkeit, die Verbrecher zu identifizieren und ihnen ihre Taten nachzuweisen;
- und schließlich, diese Arbeit einer Justiz zu übergeben, die sechzehn Jahre, von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, der Diktatur willfährig war.

Wird den Chilenen die strafrechtliche Aufarbeitung der Diktatur gründlicher gelingen, als das in der Bundesrepublik mit den Nazi-verbrechen der Fall war?

Auf der einen Seite ist festzustellen, daß die Frage der Menschenrechtsverletzungen in der chilenischen Öffentlichkeit keine große Rolle gespielt hat; die Arbeit engagierter Gruppen erweckt meist nur geringes Echo, die Zahl ihrer Mitarbeiter ist begrenzt, die

Gruppen selbst sind häufig auf größere Städte wie Santiago, Valparaiso und Concepción beschränkt. Auf der anderen Seite ist davon auszugehen, daß diese Gruppen in den langen Jahren der Diktatur gewissenhaft Vorarbeit geleistet haben: die Verbrechen sind umfangreich dokumentiert, 40 000 Fälle allein bei der Vicaría de la Solidaridad.



Strafe für die Mörder
fordern engagierte Gruppen wie diese drei Witwen

Strafverfolgung ist durchsetzbar

Vor einigen Wochen führten Mitarbeiter der LN ein Gespräch zu diesem Fragenkomplex mit dem chilenischen Anwalt Roberto Garretón, der für die Vicaría arbeitet - jene Organisation der katholischen Kirche Chiles, die Opfern von Menschenrechtsverletzungen Beistand bietet, sofern sie gewaltfrei gehandelt haben.

Garretón zeigte sich zuversichtlich über die Möglichkeit, Menschenrechtsverletzungen der Diktatur unter der nächsten Regierung verfolgen zu können; entgegen früheren, skeptischeren Einschätzungen sieht er bei allen Oppositionsparteien seit dem Frühjahr 88 die Sensibilität gegenüber Menschenrechtsverletzungen erhöht. Und seit Dezember 88 gebe es eine Übereinkunft zwischen den in der Concertación vertretenen Oppositionsparteien und verschiedenen Men-

"Gegen Straffreiheit" - Ex-Geheimdienstagent hingerichtet

Am selben Tag, da Pinochet sein Amnestiebegehren verkündete, erschoss ein Kommando der Guerilla-Organisation Manuel Rodríguez (autónomo) Roberto Fuentes, einen der berühmtesten staatlichen Terroristen.

1975-77 leitete Fuentes das Comando Conjunto, das neben dem damaligen Geheimdienst DINA operierte und vor allem die chilenische KP verfolgte. Fuentes war u.a. verantwortlich für die Verhaftung und das Verschwinden von 12 Mitgliedern des Zentralkomitees Ende 1976.

Im August 1985 erhob - eine der rühmlichen Ausnahmen unter chilenischen Richtern - Carlos Cerda Anklage gegen Fuentes und weitere 39 Personen; der Oberste Gerichtshof verlangte unter Berufung auf das Amnestiegesetz von 78 die Einstellung des Verfahrens, ehe die Schuldfrage geklärt war. Amnestie als Blanko-Scheck. Als Cerda sich dem widersetzte, suspendierte das Oberste Gericht den Richter unter Gehaltskürzung für zwei Monate und nahm die Amnestierung selber vor.

Fuentes, ehemaliger Luftwaffenoffizier, wechselte 87 aus dem aktiven Dienst in die Privatindustrie, er besaß einen Zulieferbetrieb für die Waffenproduktion.

Chiles Uniformierte wollen sich vom Makel dieser Schlächter lösen: Die Luftwaffe widmete über ihre Pressestelle dem Ex-Kameraden knappe zwei Sätze und wies darauf hin, für die Aufklärung dieses Attentats sei die zivile Gerichtsbarkeit zuständig.

Verbittert beklagte sich Fuentes' Bruder bei der Beisetzung über die Treulosigkeit der Luftwaffe.

Den Schlächtern weinen die Komplizen keine Träne nach...

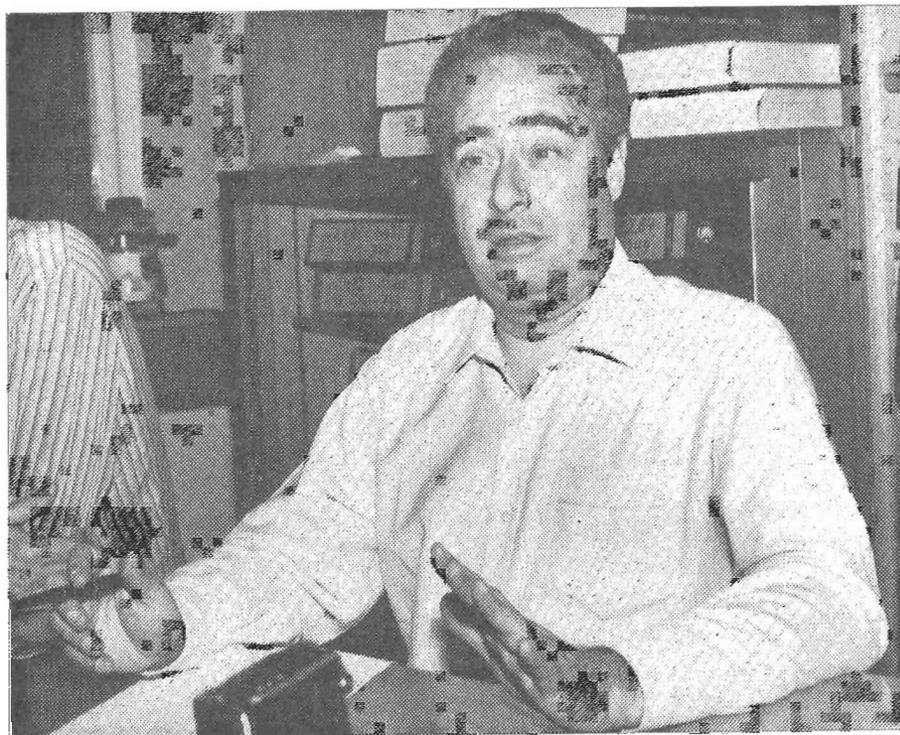


schenrechtsgruppen, in gemeinsamen Arbeitsgruppen die notwendigen Vorarbeiten zu leisten.

Unserm Eindruck von der Korruptheit der chilenischen Justiz, mit der eine solche Verfolgung nicht zu leisten sei, begegnet er mit dem Hinweis, daß Unrechtsurteile in der Regel von der Militärjustiz stammten; sie ist die juristische Stütze des Regimes, 80% aller von ihr verhandelten Prozesse richten sich gegen zivile Oppositionelle.

Auch wenn Pinochet vor seinem Abgang den ihm hörigen, vergreisten Obersten Gerichtshof durch jüngere Anhänger ersetzt, - das chilenische Recht lasse die Absetzung von Richtern dann zu, wenn sie ihre Pflichten nicht erfüllt haben: wenn sie die Sicherheitsbedürfnisse der Diktatur vor Menschenrechte stellten.

Anfang Juni legte Pinochet tatsächlich einen Gesetzentwurf vor, mit dem er einige der höchststrichterlichen Mumien in den Ruhestand ködern will, um rechtzeitig regimetreue Richter ins Oberste Gericht schleusen zu können. Eine zusätzliche Abfindung erhält derjenige Richter über 75 Jahre, der innerhalb der nächsten drei Monate sich freiwillig in Pension begibt; diese Frist ist natürlich wichtig, damit die rechte Verjüngung noch unterm gegenwärtigen Regime erfolgen kann.



ROBERTO GARRETÓN: Straflosigkeit wird es nicht geben!

Aufnahme: Jens Holst

Wir trauern um unseren Freund und Genossen

Francisco (Pancho) Pastor Morris

der am 20. Juni 1989 im Alter von 25 Jahren in Hamburg aus dem Leben geschieden ist.

Pancho mußte mit 10 Jahren ins Exil gehen. Er war Teil einer aus Chile vertriebenen Familie, die in vier verschiedenen Ländern versuchte, die chilenische Tragödie zu überleben. Pancho wuchs in der Praxis der internationalen Solidarität mit Chile, Kuba und Nicaragua auf; die beiden letztgenannten Länder hat er als Dolmetscher für Solidaritätsbrigaden besucht.

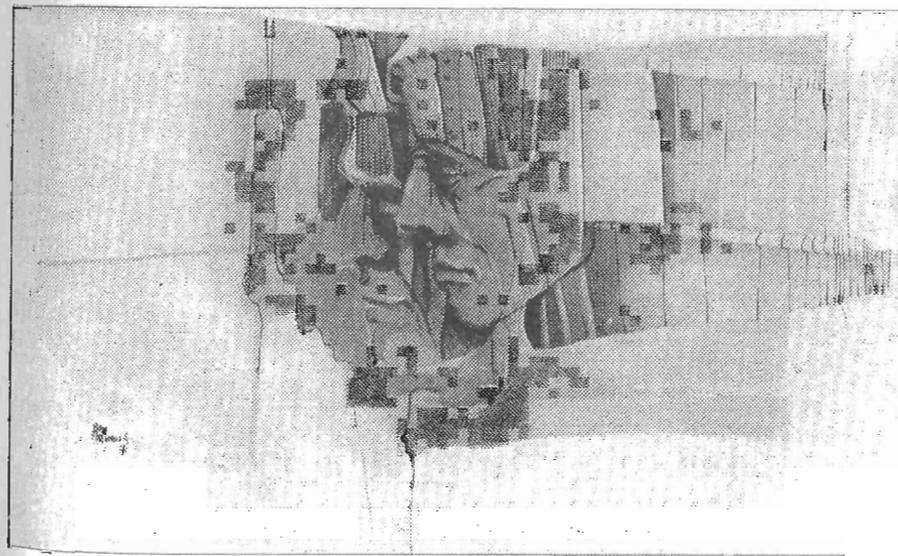
In Berlin war er Mitglied der chilenischen jungen Kommunisten und der AStA-Chile-Gruppe und beteiligte sich an der Unterstützungsarbeit für die Patriotische Front Manuel Rodríguez.

Zwei Ereignisse bestimmten das letzte Jahr seines Lebens:

die Entscheidung, einen Dokumentarfilm über junge chilenische Rückkehrer in Chile zu drehen, weswegen er nach Chile fuhr, und

die Einreichung einer Klage gegen die Junta wegen der standrechtlichen Erschießung seines Onkels im Jahr 1973.

Die Verfolgung und Einschüchterung, der er wegen dieser Aktivitäten ausgesetzt war, zwangen ihn dazu, vorzeitig nach Deutschland zurückzukehren. Sie führten dazu, daß Pancho immer mehr aus dem seelischen Gleichgewicht kam, und schließlich waren sie der direkte Anlaß dafür, daß er den Entschluß gefaßt hat, aus dem Leben zu scheiden.



HAFT UND FOLTER

Aus einem Zyklus des chilenischen Malers Hugo Riveros, der nach seiner Rückkehr aus dem Exil am 7. Juli '81 ermordet wurde

Spendenaufzur

Die Völker Amazoniens brauchen Hilfe - Wir brauchen Amazonien !

Seit Jahren werden die tropischen Regenwälder mit zunehmender Geschwindigkeit vernichtet. Die Zerstörung Amazoniens gefährdet den Lebensraum der Menschen, Tiere und Pflanzen sowie die weltweiten Klimaverhältnisse. Jedoch gehen die meisten Gefährdungen von den Industrieländern selbst aus, da diese für den größten Teil der weltweiten Umweltverschmutzung verantwortlich sind.

Die Abholzung Amazoniens steht in direktem Zusammenhang mit der Verschuldung und dem aus der notwendigen Devisenerwirtschaftung resultierenden Exportzwang. Die ökonomischen und ökologischen Probleme sind eng miteinander verknüpft und gehen über die nationalen Grenzen hinaus. Darum können politische Lösungsvorschläge nur glaubwürdig und sinnvoll sein, wenn sie eine globale Zielrichtung haben.

Zunächst ist es notwendig die Menschen Amazoniens zu unterstützen. Sie sind es, die durch ihre Bemühungen ihren Lebensraum zu erhalten den Regenwald schützen. Indianer, Seringueiros (Kautschukzapfer) und Kleinbauern brauchen dringend Geld für Rechtsanwälte, für Öffentlichkeitsarbeit, für ihre Organisierung, für ihren Kampf gegen Vertreibung, Ermordung und Ausrottung durch Großgrundbesitzer, Spekulanten, internationale Konzerne und Weltmarktzwänge, für ihren Kampf um das Überleben und um Menschenrechte.

Der Trägerkreis Amazonientage unterstützt mit seinen Aktivitäten finanziell Zusammenschlüsse dieser drei Bevölkerungsgruppen. Wir bitten hierfür um Spenden, die ohne Umfragen direkt an die Empfänger weitergeleitet werden.

Konto Nr. 4006 - 104 PGA Berlin, BLZ 10010010
bei ASW Berlin e.V. Stichwort: "Hilfe für Amazonien"

Trägerkreis Amazonientage: BUND, Robin Wood, AL Berlin, FDCL, ASW, IPCN, Kampagne für das Leben in Amazonien (Kassel), CRIC (Italien), AStA FU, BAZ, Netzwerk.

Zeitschriftenschau

epd-Entwicklungspolitik 9/89

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Analyse: Politische Nichtregierungsorganisationen (Schwerpunkt) * Interview mit BMZ-Staatssekretär a.D. Volkmar Köhler * Indonesien: Vertreibung durch Staudammprojekt * Korruption in Venezuela und Zimbabwe * Porträt: Pro Asyl **Information:** Weniger Geld für die GTZ? * Entwicklungsländer bei Telekommunikation benachteiligt * Deutsche Bank wandelt Schulden in Spenden um * EG-NRO gegen Strukturanpassung im Lomé-Vertrag * Porträt: Pazifik-Informationsstelle **Dokumentation:** Europäische Aktion zur Verschuldung * Venezuela - Die Iden des März * Der Islamismus in Maghreb * Aus internationalen Zeitschriften

epd-Entwicklungspolitik 10/89

Information: epd-Gespräch mit BMZ-Staatssekretär Hans-Peter Repnik * Al Imfeld: Ökonomische Lehrstücke in Westafrika * Umschuldungen deutscher Waffengeschäfte in Afrika? * Regenwaldbewegung fordert Tropenholz-Importstopp * Europäisches Flüchtlingsmanifest * Rüstungsporträt: Thyssen **Analyse:** Industrie- und Entwicklungsländer streiten sich über Kommunikationstechnologie * Europäische ökumenische Versammlung in Basel * Eritrea-Friedensinitiative wendet sich an UNO **Dokumentation:** Wolfgang Sachs: Zur Archäologie der Entwicklungsidee * Al Imfeld: Entkolonialisierung der Mission * EKD-Rahmenplan für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik

Dritte Welt (früher AIB) 7/89

Gottesweg 54, 5000 Köln 51

China: Demokratisierungsgegner behalten die Oberhand * **Panama:** Regierung annullierte Wahlen / Das Tauziehen um den Panamakanal * **Argentinien:** Der Peronismus kehrt zurück * **Libanon:** Bürgerkrieg ohne Ende? * **BRD-Dritte Welt:** Bundesdeutsche Drahtzieher agieren gegen die SWAPO / Die Traditionslinie der IGFM * **Solidarität:** 13.BUKO: Kultur und Widerstand * **Kultur:** Nicaragua: kultureller Aufbruch ohne große Mittel

informationsdienst südliches afrika 3/89 (Mai)

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Schwerpunkt: Presselandschaft und Zensurbestimmungen in Namibia und Südafrika * Der Fortgang des Unabhängigkeitsprozesses in Namibia * Nachfolge de Klerks und Arbeitergipfel in Südafrika * Mord an Apartheidgegner David Webster

Inprekorr, Nr.216, Juni 89

Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Thema: Das Europa der Rassisten * **Dänemark:** Vom offensten zum geschlossensten Land Westeuropas * **Frankreich:** Die "Front National" - eine ernste Gefahr * **Großbritannien:** Kürzungen gefährden Frauengruppen * **Brasilien:** Ein Programm für Frauen in Südamerikas größter Stadt * **CSSR:** Demokratie für einige. Petr Uhl's Kritik am "Manifest des Komitees für Bürgerrechte" * **die Internationale:** Resolution der IV.Internationale über die Reformen in der UdSSR * **Italien:** Der Eintritt der LCR in "Democrazia Proletaria"

Blätter des iz3w, Nr.158, Juli 89

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Schwerpunkt: Frankreich in der Dritten Welt - Dritte Welt in Frankreich, mit Artikeln zur französischen Afrikapolitik, Frankophonie, Guadeloupe, Ausländern in Frankreich. **Schwerpunkt:** 10 Jahre Revolution in Nicaragua, mit Diskussionsbeiträgen zur Wirtschaftspolitik der Sandinisten und zur Nicaragua-Solidarität. **Länderberichte:** Panama, Peru, Paraguay, Namibia, Indonesien, Jordanien. Bericht vom BUKO '89, Rezensionen, Kurznachrichten.

Brasilien Rundbrief - Juni 1989

Brasilieninitiative Freiburg, In den Weihermatten 27,

7800 Freiburg

Delegation der Arbeiterpartei (PT) in Bonn * Großgrundbesitzervereinigung UDR verteidigt "Stabilität" * Interview mit den schwarzen Autoren Geni Guinarães, Cuti, Oswaldo de Camargo * Der innerkirchliche Konflikt in Brasilien * Keine direkte Unterstützung mehr für die CPT von Misereor * Neueste Daten zur sozialen Situation * A Razão do Poema - Der Grund des Gedichts * David Kopenawa Yanomami ausgezeichnet * Landkonflikte

Eingegangene Bücher

Büro für ungewöhnliche Maßnahmen/BUKO (Hrsg.): **Wut Witz Widerstand** Die IWF/WB-Kampagne in Bild und Wort, Schmetterling Verlag Stuttgart 1989, ISBN 3-12-926369-59-0

Klaus Hart/Luiz Ramalho (Hrsg.): **Brasilien Ein politisches Reisebuch**, VSA-Verlag Hamburg 1989, ISBN 3-87975-466-7

Heinz Schulze (Hrsg.): **Menschenfischer - Seelenkäufer** Evangelikale und fundamentalistische Gruppen und ihr Wirken in der 3.Welt, AG SPAK, Kistlerstr.1, 8000 München 90, 1987

Gerhard Kruij: **Entwicklung oder Befreiung?** Elemente einer Ethik sozialer Strukturen am Beispiel ausgewählter Stellungnahmen aus der katholischen Kirche Mexikos (1982-1987), Verlag Breitenbach Saarbrücken 1988, ISBN 3-88156-426-8

Robin Schneider: **Rama and the sandinist Revolution**, Dietrich Reimer Verlag Berlin 1989, ISBN 3-496-00468-1

Gioconda Belli: **Bewohnte Frau**, Peter Hammer Verlag Wuppertal 1988, ISBN 3-87294-375-8

Frei Betto: **Zeichen des Widerspruchs** Gespräche über Politik - Religion - Ordensleben - Volksbewegung - Jugend in Lateinamerika, Edition Exodus Fribourg/Brig 1989, ISBN 3-905575-42-6

International Work Group for Indigenous Affairs: **Yearbook 1988**, Copenhagen 1989, ISBN 0902-6266

Fernando Morais: **Olga** Das Leben einer mutigen Frau, Volksblatt Verlag Köln 1989, ISBN 3-923243-50-2

Anna Simpson/Latin America Bureau: **Whose Gold? Geist and the Banana Trade**, London 1988, LN-Vertrieb Gneisenaustr.2 1000 Berlin 61, ISBN 0-906156-28-9

Termine**Nicht nur Cuba libre**

Alltag in Kuba nach 30 Jahren Revolution. Bilder über Kuba werden uns durch Berichterstattung in unseren Medien immer wieder angeboten. Wie sieht die Realität in Kuba heute aus, im Jahre 1989? **Seminar** vom 8.-10.9.89, Haus am Schüßberg, Wulfsdorfer Weg 33, 2075 Ammersbek-Hoisdüttel, Tel. 040/6052559.

Ökologie und Menschenrechte in Brasilien

Seminar vom 13.-15.10.89 im Heidehaus, 4936 Augustdorf. Gastreferenten: José Lutzenberger (brasilianischer Ökologe) und Siegfried Pater (Filmemacher und Buchautor). Information und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, Carlos Petram, 4973 Vlotho, Horstweg 11, Tel. 05733/6800.

Menschenrechte und Demokratisierung in Lateinamerika

Seminar vom 17.-19.11.89 im Haus Teutoburg, 4800 Bielefeld. Christa Schüßler und Carlos Petram. Information und Anmeldung: AKE-Bildungswerk, 4973 Vlotho, Horstweg 11, Tel. 05733/6800.

Mapuche-Tagung

Neuer Termin für die Tagung zur Mapuche-Problematik: 23. und 24.9.89, im Schlatterhaus, Österbergstr. 2, Tübingen. Näheres bei: Chile-Arbeitskreis Tübingen, c/o Evang. Studentengemeinde, Österbergstr. 2, 7400 Tübingen.

Wie man Comics macht

Workshop mit Juan Acevedo/Peru. Anmeldung bei: AG SPAK, Adlzreiterstr. 23, 8000 München 2. Das Ganze findet statt vom 14.-16.7.89.

PERIPHERIE**die letzten Nummern:**

Nr. 32 Ungleichzeitigkeit
Nr. 33/34 Souveränität und Entschuldung

die neuen Hefte:

Nr. 35 Arbeit, Alltag, Feste
Nr. 36 Bevölkerungspolitik und Familienplanung (soeben erschienen)

in Vorbereitung:

Technologie: Stadt und Urbanisierung

in jedem Heft:

Buchbesprechungen, Eingegangene Bücher, Zeitschriftenschau

Bezug:
LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61

Vierteljahreszeitschrift (112.S.)

cuba: THE TEST OF TIME



Neuerscheinung!
Latin America
Bureau

Bezug:
LN Vertrieb
Gneisenastr. 2
1000 Berlin 61

Cuba: The Test of Time describes the mixture of achievement and obstacle that makes up modern Cuba. At a time when Cuba is seeking its own radical alternative to Soviet perestroika and glasnost, the book provides an up-to-date inside look written by a social historian who has lived in Cuba for 20 years.

'Jean Stubbs has written a most informative and fair minded survey of the achievements and problems of a revolution under blockade.' (New Left Review)

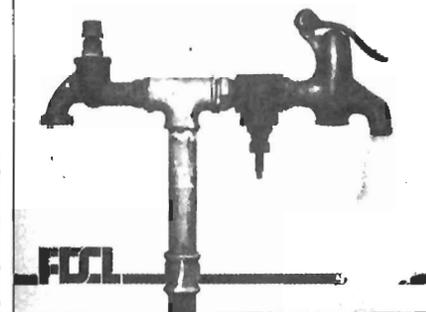
FOCL

FORSCHUNGS- UND
DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE/LATEINAMERIKA

Ali Schwarz/Manfred Ernst

DENN SIE WISSEN WAS SIE TUN

Zwischen Solidarität und Boykott
BRD & Nicaragua



Ali Schwarz
Manfred Ernst
**DENN
SIE WISSEN
WAS SIE TUN**
Zwischen Solidarität
und Boykott
BRD & Nicaragua

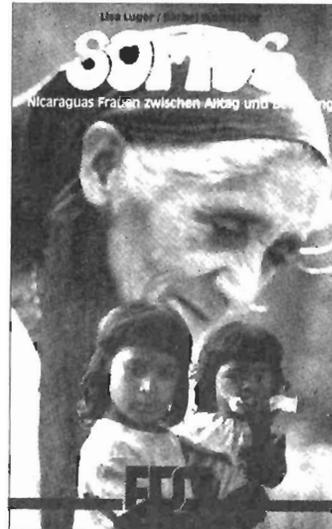
ISBN 3-923020-05-8
336 Seiten

- Diese Arbeit untersucht die staatliche Entwicklungspolitik gegenüber Nicaragua und beschreibt Selbstverständnis und Projekte der in Nicaragua arbeitenden Nicht-Regierungsorganisationen ebenso wie die Aktivitäten der Solidaritätsbewegung.
- Interviews mit Repräsentanten der Organisationen oder den vor Ort arbeitenden Entwicklungshelfern und -experten geben einen praxisnahen Einblick in Schwierigkeiten aber auch Erfolge der Projektarbeit in Nicaragua.
- Angesichts der immer stärkeren Unterordnung developmentspolitischer Zielsetzungen unter wirtschaftliche und außenpolitische Interessen (Ost-West-Konflikt) scheint uns dieses Buch politisch sehr wichtig.
- Eine gut lesbare Lektüre, die eine breite Öffentlichkeit anspricht, ohne in einen universitär-wissenschaftlichen Stil zu verfallen.

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder bei:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 1 Berlin 61

FOCL

FORSCHUNGS- UND
DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE/LATEINAMERIKA



Lisa Luger /
Bärbel Sulzbacher
**SOMOS – Nicaraguas
Frauen zwischen Alltag
und Befreiung**

286 S. mit 40 Abb.

“SOMOS” – “Wir sind” ist der Titel der Zeitschrift der sandinistischen Frauenorganisation. Er wurde als Titel dieses Buches ausgewählt, weil hier nicaraguanische Frauen selbst zu Wort kommen. Sie erzählen aus ihrem Alltag, von ihren beruflichen Erfolgen und Schwierigkeiten, ihren Beziehungen zu Männern, ihrer Arbeit für die Revolution.

Interviews, Artikel, Reiseeindrücke, Comics und Fotos in diesem ‘Lesebuch’ informieren über:

- Gesundheits- und Bildungswesen
- die Arbeit der Hausangestellten
- den “machismos”
- die Frauenorganisation AMNLAE
- Frauen in der Verteidigung
- Prostitution
- viele andere Bereiche des Alltags in Nicaragua

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder bei:
LN-Vertrieb, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

links

Die spätkapitalistische Gesellschaft ist die reichste und technisch fortgeschrittenste Gesellschaft in der Geschichte. Sie bietet – oder sollte bieten – die größten und realistischsten Möglichkeiten einer befriedeten und befreiten menschlichen Existenz. Und sie ist gleichzeitig die Gesellschaft, die diese Möglichkeiten der Befriedung und Befreiung auf sehr wirksame Weise unterdrückt. Diese Unterdrückung durchherrscht heute die Gesellschaft als Ganzes und kann daher nur aufgehoben werden durch eine radikale Veränderung der Struktur dieser Gesellschaft.

Herbert Marcuse

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach
Ich hätte gern ein
 Probeheft / Abonnement der links

Name: _____
Straße: _____
Ort: _____

SAHARA-INFO
Zeitschrift der Freunde des Saharaischen Volkes e.V.
10 Jahrgang / Nr. 3
Juli 1988
Preis: 2,00 DM



berichtet regelmäßig über
– den Befreiungskampf der F. POLISARIO
– die diplomatischen Auseinandersetzungen um die WESTSAHARA
– das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahara
– die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das
SAHARA INFO
erscheint alle 2 Monate
Jahresabonnement nur 15,- DM!
Probheft und Abbestellung bei
GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES
SAHARAISCHEN VOLKES e. V.
U. Hilpert, Bamberger Straße 34
2800 Bremen 1

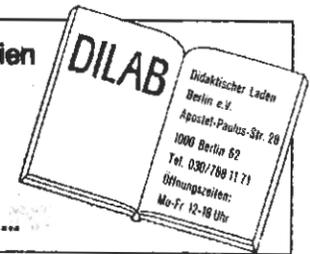
Kleinanzeige

SPANISCH IN ANDALUSIEN
Intensivkurse mit pol. Ausrichtung
Spezialkurse für Frauen
Wohnen mit Spanier/innen

Ecuela Coop. de Ideomas
Conde Cifuentes 11 Granada
Tel. 03458/256875

**Unterrichtsmaterialien
Lehrprobenbörse
Beratung**

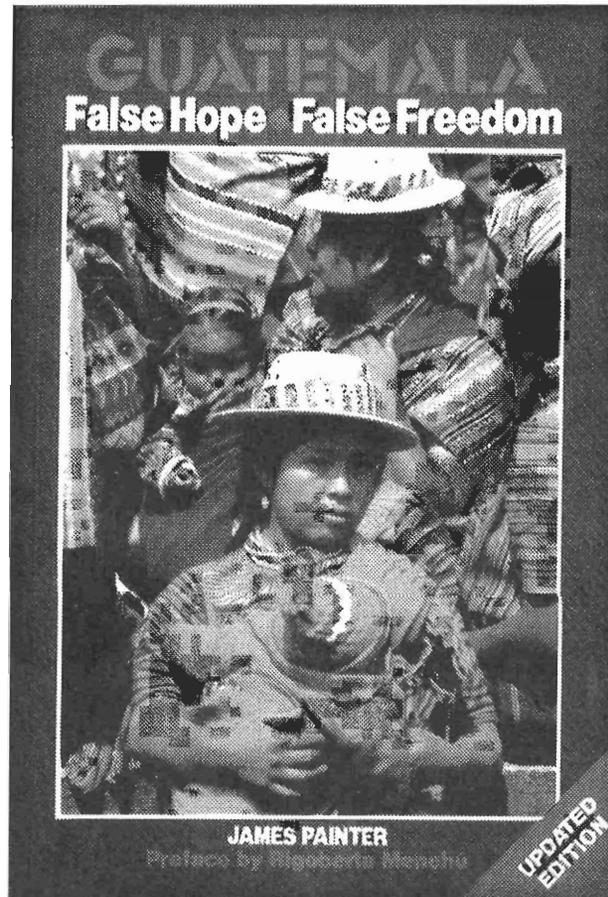
... auch
Schulbestellungen ...



**Informationsbrief
WELTWIRTSCHAFT
&
ENTWICKLUNG**

Die neue, monatliche Fachinformation für Dritte-Welt-Bewegte und entwicklungspolitisch Interessierte ● In der Nullnummer: R. Falk über den EG-Binnenmarkt ● K. Mitke über BRD-Banken ● H. Buchwald zum Brady-Plan ● Th. Fues zum Energiesektorkredit für Brasilien ● Infosiegel

Kostenlose Probeexemplare bei:
ASK, Hamburger Allee 52,
6000 Frankfurt, Tel. 069/709060



Überarbeitete
Neuaufgabe

Latin America
Bureau

März '89
175 pp
19,80 DM

Bezug:
LN Vertrieb
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61

The updated edition of *Guatemala: False Hope, False Freedom* examines the first half of President Vinicio Cerezo's five-year term in office. It documents the impotence of his government, analyses Guatemala's economic and political structure and argues that the Christian Democrats are incapable of introducing the radical reforms the people need.

'The subjekt of this book is the mask worn by a circus democracy or, rather, the face which the mask hides - the reality of Guatemala, the reality of Latin America.'
(Eduardo Galeano)

„LATIN AMERICA
BUREAU“

- Peru: *Paths to Poverty* 1985, 136 pp. 12.80
- Honduras: *State for Sale* 1985, 132 pp. 12.80
- The Great Tin Crash: *Bolivia and the World Tin Market* 1987, 104 pp. 9.80
- Soft Drink - Hard Labour: *Guatemalan Workers Take On Coca Cola* 1987, 38 pp. 3.50
- Guatemala: *False Hope - False Freedom* 1987, 134 pp. 17.80
- The Thatcher Years: *Britain and Latin America* 1988, 87 pp. 12.80
- Ecuador: *Fragile Democracy* 1988, 113 pp. 14.50
- The Dance of the Millions: *Latin America and the Debt Crisis* 1988, 256 pp. 21.80
- The Poor and the Powerless: *Economic Policy and Change in the Caribbean* 1988, 396 pp. 32.-
- Cuba: *The Test of Time* 1989, 143 pp. 14.50

„F. D. C. L.“

Isidore Bustos:
Die Verfassung der Diktatur.
Die Entwicklung der Grundrechte in Chile, 1987, 286 Seiten DM 19,80

Manfred Ernst/Sönke Schmidt (Hg.):
Demokratie in Costa Rica - ein zentralamerikanischer Anachronismus? 1986, 224 Seiten und 16 Bildseiten DM 19,80

Manfred Ernst/Alf Schwarz:
Denn sie wissen was sie tun.
Zwischen Solidarität und Boykott. Die BRD und Nicaragua. 1985, 336 Seiten, 16 Abbildungen DM 19,80

Michael Rediske:
Umbruch in Nicaragua.
Die Entstehung der Revolution aus dem Zerfall bürgerlicher Herrschaft. 1984, 256 Seiten

„PERIPHERIE“

Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der dritten Welt

Nr. 30/31
Frauen, Arbeit, Organisation

Nr. 32
Ungleichzeitigkeit

Nr. 33/34
Umkämpfe Souveränität - Zur Politik von IWF und Weltbank

Nr. 35
Arbeit, Alltag, Feste

PERIPHERIE erscheint mit 4 Ausgaben pro Jahr (DIN A 5, 112 Seiten).
Jahresabonnement (inclusive Porto):
Einzelpersonen DM 36,- /übersee (Luftpost) DM 53,-.
Institutionen DM 72,- /übersee (Luftpost) DM 89,-.
Einzelheft DM 10,- (plus Porto),
Doppelheft DM 18,- (plus Porto).

Meine Adresse:

Postkarte

LATEIN AMERIKA
NACHRICHTEN

Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61